Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

2. Juni 1980
Jg. 8 Nr. 23

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Aufschwung der Arbeiter- und Schülerbewegung in Azania

z.mif. Seit zwei Wochen streiken in Kapstadt 3000 farbige und schwarze Arbeiter in den Fleischfabriken für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung. Die Massen in den Arbeitervorstädten unterstützen den Kampf durch Fleischboykott. In Durban stehen 7000 Textilarbeiter im Streik um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Der Frametex-Textilkapitalist hat 6000 Arbeiter entlassen, die Polizei belagert die Stadt. Von zahlreichen Universitäten aus werden Solidaritätsdemonstrationen organisiert. Die Kolonialregierung hat mehrere Universitäten geschlossen. Der vor sechs Wochen begonnene Schulstreik farbiger Schüler wurde von den schwarzen Schülern aufgegriffen und hat inzwischen das ganze Land erfaßt, die Großstädte Kapstadt, Johannesburg, Durban ebenso wie Bophuthatswana und Transkei.

Frontstaaten führen Konferenz

Frontstaaten führen Konferenz über Namibia durch

z.mif. Für das vergangene Wochenende haben die afrikanischen Frontstaaten eine Gipfelkonferenz in der sambischen Hauptstadt Lusaka einberufen. Der Präsident der Befreiungsorganisation von Namibia SWAPO, Sam Nujoma, nimmt daran teil und hat deshalb einen Termin in London bei dem britischen Außenminister Carrington abgesagt. Thema der Frontstaatenkonferenz sind die fortgesetzten Versuche der südafrikanischen Kolonialisten, die Durchführung von Wahlen unter Aufsicht der UNO in Namibia zu verzögern und unterdessen durch Terror und Manöver die Siedlergesellschaft zu stabilisieren. Die Volksbefreiungsarmee Namibias PLAN, die vor allem im Norden des Landes operiert, versetzt den Kolonialtruppen täglich empfindliche Schläge. Immer öfter gelingt ihr der Abschuß von Flugzeugen und die Vernichtung feindlicher Truppen.

UNCTAD-Konferenz über neues Zinnabkommen gescheitert

z.doj. Das bestehende 5. Zinnabkommen läuft am 30. Juni 1981 aus. Auf der Zinn-Konferenz vom 14.4. bis 16.5. stellten die Produzentenländer – fast nur Länder der 3. Welt – den imperialistischen Verbraucherländern ihre Forderungen: Stimmenmehrheit der Produzentenländer im Zinnrat, der die Preise festlegt, Erhöhung und Angleichung der Ausgleichspreise an den Weltmarktpreis und größeres Reservelager (mindestens 30000 t), das auch von den Imperialisten bezahlt werden muß. Die USA als der größte Aufkäufer von Zinn, die letztes Jahr mit massiven Verkäufen aus ihrer Zinn-Reserve den Preis gedrückt haben, traten als Hauptgegner der 3. Welt auf, unterstützt von der EG und der UdSSR, die vom „Gesamtinteresse" und Preisüberprüfungen „in ungerechten Zeitabständen" schwafelte. Anfang 1981 ist eine erneute Konferenz vorgesehen.

VR China erhält rechtmäßigen Sitz in der Weltbank zurück

z.gek. Nach dem Internationalen Währungsfonds (IWF) hat auch die Weltbank die Volksrepublik China als „rechtmäßigen Vertreter Chinas" anstelle Taiwans anerkennen müssen. China hatte 1945 zu den Gründungsmitgliedern beider im Rahmen der UNO gegründeten Organisationen gehört. 1949 hatte man Taiwan den Sitz zugeschanzt. Auf Mitgliederversammlungen von IWF und Weltbank in diesem Jahr wird die Quote der VR China am Grundkapital sowie ihre Vertretung im jeweiligen Leitungsgremium noch zu entscheiden sein. – Im Juni wird eine Weltbankdelegation nach China reisen und begutachten, welche Entwicklungsprojekte kreditiert werden und ob zu den günstigsten Zinsbedingungen („weiche Kredite"). Die Bankiers erhoffen sich besseren Einblick in die Zahlungsbilanz und das Entwicklungsprogramm der VR China. Den können sie haben.

Jugendhilfegesetz: schikanös und demütigend

500 neue Erziehungsberatungsstellen, 13000 zusätzliche Sozialarbeiter

z.rua. Am 23. Mai hat der Bundestag gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion ein Jugendhilfegesetz (JHG) verabschiedet. Es soll am 1.1.1982 in Kraft treten; das auf dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 beruhende Jugendwohlfahrtsgesetz von 1953 außer Kraft tritt. Zur verstärkten staatlichen Kontrolle und Bevormundung der Arbeiterfamilien und -jugend wird die Zahl der Erziehungsberatungsstellen von derzeit ca. 700 auf 1200 aufgestockt; 13000 Sozialarbeiter, Pädagogen und Psychologen werden zusätzlich eingestellt. Veranschlagte Kosten: bis 1987 jährlich 113 Mio. DM, ab 1987 jährlich 783 Mio. DM. Getragen werden sollen sie zu 80% von den Gemeinden und zu 20% von den Ländern.

Ziel des in einem Stufenplan durchzuführenden Gesetzes sei es – so die Bundesregierung –, die geschlossene Unterbringung Jugendlicher verzicht-
Bundesregierung –, die geschlossene Unterbringung Jugendlicher verzicht-
bar zu machen. Sie will die Unterdrückung der Jugend effektiver machen und nutzt dabei den Haß der Arbeiterklasse gegen die Heimunterdrückung. „Mehr Hilfen – weniger Heime" preist die SPD-Fraktion das Reformwerk. Tatsächlich sollen weniger Kinder in Heime gesteckt werden. Denn das kostet: Die staatlichen Ausgaben für „öffentliche Jugendarbeit" – vor allem Heimunterbringung – haben sich seit 1970 mehr als verdoppelt. Um sie zu drosseln, sollen die den Arbeiterfamilien von Staats wegen entrissenen Kinder verstärkt in Pflegefamilien, Jugendwohngemeinschaften und bei Adoptiveltern untergebracht werden. In jedem Fall obliegt den Jugendbehörden die umfassende Überwachung. Gleichzeitig wird der Jugendstrafvollzug ausgedehnt.

Bereits das Jugendwohlfahrtsgesetz entrechtete die Arbeiterfamilie bei der Erziehung ihrer Kinder; das Jugendhilfegesetz soll diese Entrechtung vervollständigen und den Arbeiterfamilien obendrein die Kosten aufbürden. Sein Anwendungsbereich reicht bis weit über die Volljährigkeit. §1 bestimmt: „Jeder junge Mensch hat zur Entfaltung seiner Persönlichkeit ein Recht auf Erziehung." Das heißt: „... die Würde des Menschen zu achten, ... die persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu erkennen, ... die eigenen Rechte und Interessen unter Achtung der Rechte anderer wahrzunehmen, ... Pflichten gegenüber Mitmenschen, Familie, Gesellschaft und Staat zu erfüllen und an der Gestaltung von Gesellschaft und Staat mitzuwirken". Alles im Rahmen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Junger Mensch ist nach dem Gesetz, wer noch nicht 25 Jahre alt ist. Den Eltern wird als „zuvörderst obliegende Pflicht" die Ausübung dieser Erziehungsziele auferlegt, verwirken sie sie, leistet der Staat „Hilfen zur Erziehung". Mit diesem Begriff werden die im JWG definierten Begriffe der Fürsorgeerziehung (staatlich angeordnet) und der Freiwilligen Erziehungshilfe ersetzt. Letztere war nach dem JWG zumindest soweit „freiwillig", daß sie von den Eltern – zumeist auf Druck des Jugendamtes – selbst beantragt, aber auch wieder aufgehoben werden konnte. Die im JHG formal zugestandene Anhörungs- und Zustimmungsberechtigung der Eltern für
stimmungsberechtigung der Eltern für
„Hilfen zur Erziehung" wird eingeschränkt bei „Gefahr für das Wohl des Kindes". Mit Unterstützung der Polizei können die Jugendbehörden Kinder gewaltsam aus der Wohnung der Eltern entfernen und an einen geheimgehaltenen Ort verbringen. Das den Eltern nach dem JWG noch zustehende Beschwerderecht ist gestrichen. Neben der Einschränkung der Freiheit der Person, der Unverletzlichkeit der Wohnung, der Freizügigkeit und der freien Wahl des Arbeitsplatzes wird das Brief- und Postgeheimnis eingeschränkt.

Wurden bisher die Kosten für die zwangsweise Unterbringung noch vom Staat getragen, werden sie jetzt voll den Eltern, dem Jugendlichen selbst oder bei verheirateten „jungen Menschen" dem Ehegatten in Rechnung gestellt. Ist der betroffene Arbeiter zahlungsunfähig, ist das nur weiterer Anlaß, ihm die Kinder auf Dauer zu entziehen, weil „die Familie nicht in der Lage ist, eine seinem Wohl entsprechende Erziehung zu gewährleisten".

Der Entwurf des Jugendhilfegesetzes wurde von der SPD/FDP-Regierung 1970 bei einer Sachverständigenkommission in Auftrag gegeben. 1970 war ein Großteil der Arbeiterfrauen bereits in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingesogen. Die infolge von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit zwangsläufig zunehmende Zerrüttung der Familienverhältnisse nutzte die Bourgeoisie als Vorwand, die staatliche Kontrolle über die Jugend der Arbeiterklasse auszudehnen. Gleichzeitig erstarkte aber auch die Rebellion der Arbeiterjugend in den Erziehungsheimen. Die SPD/FDP-Regierung suchte nach neuen Formen der staatlichen Unterdrückung. „Modellversuche" wurden gestartet, in denen der Unterdrückungscharakter nicht so offen zutage tritt. Zum Beispiel Jugendwohngemeinschaften: vier bis fünf Jugendliche zusammen mit einem Sozialarbeiter, der vom Jugendamt eingesetzt ist und darüber zu wachen hat, daß die Jugendlichen regelmäßig zur Arbeit bzw. Schule gehen. Ihre Lebenshaltung müssen sie selbst bestreiten. Für die Staatsmacht mehrfach nützlich: Der Unterdrückungscharakter bleibt gewahrt, aber im dunkeln, die Staatskasse ist lästiger Ausgaben befreit. Diese „Modellversuche" erhalten jetzt mit dem JHG Gesetzescharakter.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Die CDU/CSU hat einen Gegengesetzentwurf vorgelegt. Zwar mit den „Hilfen" der Regierung einverstanden, fordert sie die Bestimmung von Arbeiterfamilien, Familien kleiner Angestellter und Beamter als „Zielgruppe" des Jugendhilfegesetzes. Die CDU/CSU bestreitet den Bundestagswahlkampf als Verfechter der Rückkehr zur „intakten Familie". Die Arbeiterklasse weiß aus Erfahrung, daß dies eine Illusion ist. Es sind doch gerade die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die die Familien gewaltsam auseinanderreißen. Für die Arbeiterklasse ist der Kampf um ausreichenden Lohn und die Selbstverwaltung der Versicherungskassen notwendig, um der weiteren Zerstörung ihrer Reproduktion entgegenzuwirken.

Puertoricaner demonstrieren vor dem Weißen Haus gegen US-Besatzung, für Unabhängigkeit



„US-Marine raus aus Vieques! Vieques gehört dem Volk, nicht der Marine! Unabhängigkeit für Puerto Rico!" – unter diesen Forderungen demonstrierten am 17.5. mehr als 2500 in den USA lebende Puertoricaner in Washington. Sie unterstützen den Kampf der 8000 Bewohner der puertoricanischen Insel Vieques. 75% der Fläche Vieques' sind seit Beginn der 30er Jahre von US-Truppen besetzt; sie nutzen das Gelände für Anlande- und Bombenzielübungen. Fischbestände, Wasserversorgung und Landwirtschaft sind weitgehend zerstört. Die Arbeitslosen- und Auswanderungsrate wächst. Anfang 1980 blockierten die Fischer die bisher größten Manöver der US-Marine. Mit Steinschleudern griffen sie die Kriegsschiffe an. Für Juni haben die US-Imperialisten neue Manöver angekündigt.

Delegation der Sozialistischen Internationale in Iran

Schmidt und Brandt schicken Kreisky und andere vor, um die „Lage zu sondieren"

z.scc. Kurz nachdem die BRD das Embargo gegen Iran in Kraft setzte und während die westdeutschen Zerstörer den Ausgang des Roten Meeres in den Indischen Ozean passierten, um an der arabischen Halbinsel vorbei Kurs auf das pakistanische Karatschi zu nehmen, weilte eine Delegation der Sozialistischen Internationale zwecks „Sondierung der Lage" in Iran. Entstanden war der Plan zu dieser diplomatischen Mission – in des westdeutschen Kanzlers Privatstube, am 6. Mai in traulichem Kreise von Schmidt, Brandt, dem österreichischen Kanzler Kreisky, dem schwedischen Sozialdemokraten Palme und dem niederländischen Den Uyl.

Offensichtlich, die westdeutschen Imperialisten versuchen, auf mehreren Klavieren zu spielen. Daß sie in der EG als Hauptscharfmacher für das von den USA verlangte Embargo gegen Iran auftreten, daß ihre Kriegsschiffe im Gefolge der im Golf kreuzenden US-Kriegsflotte Iran bedrohen, hält sie keineswegs davon ab, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Widersprüche zwischen Iran und der US-Supermacht und Iran und der sozialimperialistischen Supermacht zu ihren Gunsten zu nutzen. Tatsächlich sind sie in Zugzwang. Ihre westeuropäischen Konkurrenten, mit traditionellen Kolonialverbindungen in den Mittleren Osten, drohen sie aus dem Geschäft zu werfen. Hartnäckig halten sich Gerüchte über einen französisch-iranischen Geheimvertrag, dem zufolge Frankreich gegen Erdöllieferungen des Irans Ausfälle durch das Handelsembargo auszugleichen sich verpflichtet. Die britischen Imperialisten, die gleich von den EG-Embargo-Beschlüssen abgerückt waren, indem sie alle geltenden Lieferverträge ausnahmen, haben jetzt auch alle Dienstleistungen ausgenommen und darüberhinaus vereinbart, daß die bestehenden Verträge geändert, ergänzt und erweitert werden können. Bereits im April hatten sich ihre Exporte in den Iran auf 56,2 Mio. Pfund fast verdreifacht, und sorgenvoll rechnen die westdeutschen Bourgeois mit weiterer Steigerung.

Nicht nur die Widersprüche also zwischen den USA und der EG, sondern auch zwischen den imperialistischen Mächten innerhalb der EG bringt die Politik des Iran zum Tanzen. Schon kann man von allen möglichen Umwegen lesen, über die BRD-Kapitalisten auch weiterhin Geschäfte mit Iran abwickeln können. Mit der „Sondierungsmission" der Sozialistischen Internationale, die ihren zweifellos erreichten Einfluß in Ländern der Dritten Welt für eine „Vermittlerrolle" in die Waagschale wirft und in der sich die westdeutschen Sozialdemokraten ein Übergewicht verschafft haben, versuchen die westdeutschen Imperialisten, politisch Boden gutzumachen. Und gleichzeitig, als Todfeinde der iranischen Revolution, an der Unterwerfung Irans zu arbeiten. Habe nicht gerade die SI hohe Verdienste daran, wenn die Revolution in Portugal nach 1974 in „geordnete Bahnen" übergegangen sei, ließ Kreisky ein Ziel des Unternehmens erkennen. Aber gemach! Erst einmal mußte die Delegation die militärische Aggression der USA ausdrücklich verurteilen, was die Bedingungen für eine Wiederholung verschlechtert. An den Volksmassen in Westdeutschland ist es, das iranische Volk zu unterstützen und die Aufhebung des Embargos zu verlangen, um die Rechnung der BRD-Imperialisten zu durchkreuzen.

Afghanische Befreiungskräfte sprengen sowjetisches Treibstoff- und Munitionslager



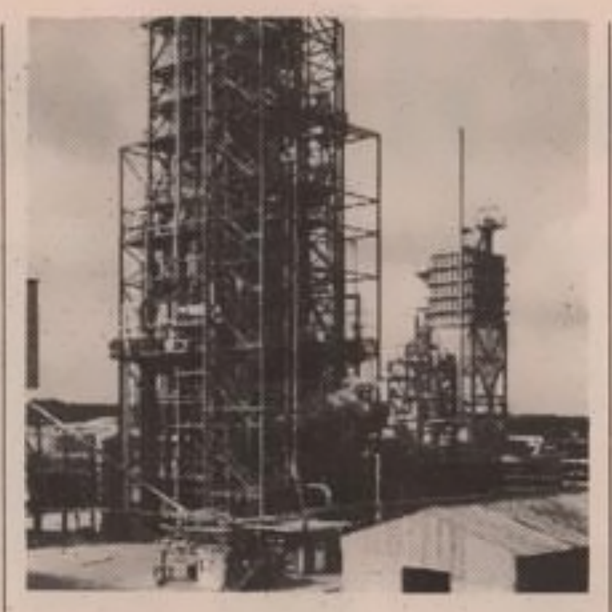
Bei dem Angriff auf ein Treibstoff- und Munitionslager nahe von Kabul wurden acht Wachmänner getötet. Um die Provinzhauptstadt Herat gibt es heftige Kämpfe, die Polizeistation wurde gestürmt. Bild: erbeuteter sowjetischer Panzer.

z.lhe. **Die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts über den NDR haben die Privatfunkpläne von Albrecht fürs erste abgeblockt.** Weil Niedersachsen die Kündigungsfrist versäumt hat, muß es bis zum 1. Januar 1986 im NDR verbleiben. Schleswig-Holstein ist dagegen zum 1. Januar 1981 rechtswirksam aus dem NDR ausgetreten. Allerdings ist kaum denkbar, daß Schleswig-Holstein mit einem Anteil von etwa zwanzig Prozent am Gesamtgebührenaufkommen des NDR der Bourgeoisie als Basis ausreichen wird, einen eigenen Sender einzurichten. Wenn Stoltenberg jetzt auch über einen neuen Dreiländervertrag grundlegend neu verhandeln will, es wird im Ergebnis dazu führen, daß er zunächst in den NDR wieder eintreten muß. Gleichzeitig sind die Privatfunkpläne durch diese Urteile nur aufgeschoben. Die Urteile enthalten nichts zur künftigen Ausgestaltung des Rundfunks. Albrecht hat bereits entsprechende Pläne für 1986 angekündigt. Die SPD ist allerdings fürs erste das für sie bedrohliche Problem los, sich gegenüber einem offen reaktionären Rundfunk verhalten zu müssen, der auf Seiten der Arbeiterklasse nach einer passenden Antwort verlangt. Im NDR ist alles unter einem Dach und die Sendungen sind ,,im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu halten'' (§4 NDR-Staatsvertrag). Die Beschäftigten im NDR können die Situation nutzen, sich erneut gegen Entlassungen, Rationalisierungen und Zurückstufungen zusammenzuschließen.

z.thr. **Stoltenberg erklärte: Das KKW Brokdorf wird jetzt gebaut (28.5.80).** Er folgte der Ansicht der Nordwestdeutschen Kraftwerks AG (NWK), die beiden Auflagen des ,,Baustopputeils'' (Antrag auf ein Zwischenlager und Einleitung der Untersuchungen für ein Endlager) seien erfüllt. Gleichzeitig gab die Enquete-Kommission des Bundestages neben der zielstrebigen Verfolgung der Pläne für den schnellen Brüter und der Wiederaufbereitungsanlage bekannt, daß das erste Zwischenlager in Gorleben errichtet wer-
für ein Endlager) seien erfüllt. Gleichzeitig gab die Enquete-Kommission des Bundestages neben der zielstrebigen Verfolgung der Pläne für den schnellen Brüter und der Wiederaufbereitungsanlage bekannt, daß das erste Zwischenlager in Gorleben errichtet wer-
den soll. ,,Bohrbeginn ist Baubeginn'' sagen die Bauern in Gorleben zu den Tiefbohrungen. Wie richtig dies ist, zeigt sich daran, daß mit Beginn der sogenannten Probebohrungen die Entsorgung des KKW Brokdorf gelöst sein soll. Um die Bauarbeiten fortzusetzen, soll die besetzte Bohrstelle bei Gorleben geräumt werden. Bis jetzt wird mit dem Polizeieinsatz gezögert. Trotz vielfältiger Drohungen unterstützen die Bauern und die Bürgerinitiative die Platzbesetzung. In einem Brief, den eine Delegation Innenminister Baum nach Bonn brachte, fordern sie: Stopp der Produktion von Atommüll, Einstellung der Bohrungen, Keine Genehmigung der Zwischenlager. Baum ließ sie abblitzen. Die BI erklärte: Sobald praktische Konsequenzen erforderlich seien, endet die ,,Dialogfähigkeit''. Die Bauern und die BI wurden zum 30.5. nun doch von Baum geladen. Er versucht es nochmals mit Spaltung.

z.mam. **Die Bundesregierung sieht ,,gute Chancen'', den Kohlepfennig in Höhe von 4,5% des Strompreises zu belassen.** 1974 wurde mit dem Gesetz zur Sicherung des Steinkohlebergbaus die Ausgleichsabgabe (Kohlepfennig) in Höhe von 3,2% des Strompreises beschlossen. Ausgeglichen werden sollte damit die Differenz zwischen den hohen Kohlepreisen und den niedrigen Heizölpreisen. Mit Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC-Länder ist diese Ausgleichsabgabe erst recht zu einem Subventionsmittel für das Energieprogramm geworden – von den Massen zu zahlen. Mitte Mai hat der Wirtschaftsausschuß den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur ,,Änderung energierechtlicher Vorschriften'' beraten, der dazu feststellt: ,,Eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe ist mit der Novelle nicht verbunden.'' Eine Streichung schon gar nicht. Der Gesetzentwurf dient der Subventionierung einer neuen Vereinbarung zwischen dem Steinkohlebergbau und der Elektrizitätswirtschaft. Der 10-Jahresvertrag von 1978, der eine subventionierte Jahresabnahme von 33 Mio. t SKE vorsah, wird durch einen Vertrag ersetzt, der bis 1995 eine Mehrabnahme von 330 Mio. t SKE vorsieht. Investitionskostenzuschüsse für Kohlekraftwerke sollen den Kapitalisten per Kohlepfennig finanziert werden.

z.rua. **Am 20.5. hat die Deutsche Shell AG – 100%ige Tochter der niederländischen Royal Dutch/Shell – ihren Geschäftsbericht vorgelegt.** Darin werden Angriffe gegen die OPEC bei gleichzeitiger Tiefstapelei der eigenen Profitsucht geführt. Aber die Bilanz



spricht für sich: Bei einer Umsatzsteigerung gegenüber 1975 um 54% stiegen die Profite 1979 um 160% auf 260 Mio. DM. Allein aus dem Mineralölgeschäft wurden 83,6 Mio. DM gezogen. Um auf die OPEC Preisdruck ausüben zu können, plant die Deutsche Shell AG in den nächsten 5 Jahren Investitionen von 3,6 Mrd. DM (1975–1979: 1,27 Mrd. DM). Diese sollen vor allem in den ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften (u.a. in Tunesien und Nordjemen) und in den Bereichen der Erkundung von Nordseeöl und Erdgas sowie der Kohleverflüssigung angelegt werden. Im Oktober 1979 nahm die Deutsche Shell AG in Hamburg-Harburg ihre erste Versuchsanlage für Kohleverflüssigung in Betrieb (Bild).

z.dok. **,,Wir fordern die Regierung der Bundesrepublik auf, sofort jegliche politische und wirtschaftliche Unterstützung dieses Terrorregimes einzustellen.''** Dies forderten koreanische Studenten und Arbeiter in der Bundesrepublik in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt. Auf einer Kundgebung in Frankfurt am 30.5. machte eine Gruppe Koreaner von ca. 100 Teilnehmern die USA für den Terror gegen das kämpfende Volk von Südkorea verantwortlich. Der ehemalige Chefredakteur der ,,Metall'', Moneta, griff dort ebenfalls die USA an und sagte dem koreanischen Volk die Unterstützung der Gewerkschaften zu.

nehmern die USA für den Terror gegen das kämpfende Volk von Südkorea verantwortlich. Der ehemalige Chefredakteur der ,,Metall'', Moneta, griff dort ebenfalls die USA an und sagte dem koreanischen Volk die Unterstützung der Gewerkschaften zu.



z.dif. **,,Ich bin offen gestanden beeindruckt von der Offenheit, mit der die DDR die gemeinsame Interessenlage für den Frieden, für die Fortsetzung der Entspannungspolitik, für den langfristigen Ausbau der deutsch-deutschen Beziehungen in dieser schwierigen internationalen Lage diskutiert hat.** Wir wollen beide einen Beitrag dazu leisten, den internationalen Dialog über die Fragen von Frieden und Entspannung voranzubringen.'' So äußerte sich Bundesforschungsminister Hauff anläßlich seines ,,Arbeitsbesuches'' in der DDR. Die BRD-Imperialisten versuchen, den durch die verschärfte Rivalität der beiden Supermächte anwachsenden wirtschaftlichen Druck auf die RGW-Staaten für ihre Zwecke zu nutzen und verstärkt in die RGW-Märkte einzudringen. Erstes Ergebnis der Reise von Volker Hauff sei, daß die Verhandlungen über das Wissenschaftsabkommen, die 1973 aufgenommen worden waren und nach 24 Runden noch zu keinem Abschluß gekommen sind, wieder ,,belebt'' werden sollen.

z.brr. **Zwei Monate nach der spektakulären Kreditaufnahme des Bundes in Saudi-Arabien kam es in Riad zu erneuten Gesprächen des Bundesfinanzministers Matthöfer mit der saudi-arabischen Regierung.** Ergebnis dieser Gespräche ist nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums die gemeinsame Auffassung, daß die Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen von Ölausfuhr-, Industrie- und Entwicklungsländern verringert werden sollen. Erneut wies die saudi-arabische Regierung auf die Notwendigkeit hin, das wirtschaftliche Verhalten der Industrieländer an die Verknappung von Energie anzupassen. Die entsprechenden Warnungen der OPEC-Länder sind über Jahre von den westeuropäischen Staaten ignoriert worden. Noch im letzten Jahr ist der Rohölimport der BRD der Menge nach um 14%, wertmäßig betrachtet um 50% gestiegen. 2,5 Mrd. DM hat der Bund an Krediten aus Saudi-Arabien bezogen. Schon angekündigt hat die Bundesregierung weitere Kredite im Ausland. Damit soll das für 1980 erwartete Leistungsbilanzdefizit gedeckt werden.

z.gab. **Am 29.5 traf der brasilianische Außenminister Ramiro Saraivo Guerreivo mit Außenminister Genscher zusammen.** Bei dem geplanten Treffen mit Wirtschaftsminister Lambsdorff, Entwicklungshilfeminister Offergeld und ,,Vertretern der Wirtschaft'' am 30. und 31. Mai soll dann über die ,,künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit'' verhandelt werden. Mit über 50 Mrd. Dollar Auslandsverschuldung, wofür an Zinszahlungen allein 40% der gesamten brasilianischen Exporterlöse draufgehen, haben die Imperialisten Brasilien im Würgegriff. Die BRD-Imperialisten, die zweitgrößten Investoren (2,2 Mrd. Dollar) hinter den US-Imperialisten (4,1 Mrd. Dollar), werden weitere Bedingungen zur Erleichterung ihrer Kapitalinvestitionen stellen. Erst Anfang des Jahres hatte die brasilianische Regierung angekündigt, auf zahlreiche Export- und Importverordnungen zu verzichten und keine Schutzzölle errichten zu wollen und mit staatlichen Lohnangleichungen an die Inflationsvorgabe den Kampf der brasilianischen Arbeiterklasse niederhalten zu wollen. Im vergangenen Monat noch hatte der 41tägige Streik der brasilianischen Metallarbeiter die Produktion bei VW do Brasil, Mercedes, Ford u.a. imperialistischen Konzernen lahmgelegt. In der vergangenen Woche hat die IG-Metall-vertreterversammlung in Friedrichshafen eine Solidaritätsresolution verabschiedet und die Verhaftung der brasilianischen Gewerkschaftsführer verurteilt.

z.vol. **Obwohl die BRD zu einem der wasserreichsten Gebiete der Erde gehört, wird Wasser knapp.** Seit 1950 ist der Pro-Kopf-Verbrauch von 85 l auf 135 l pro Tag gestiegen, davon 92% für Industrie und Verwaltung, 8% für die Massen. Tatsächlich wird eine ständig steigende Menge von Wasser durch Ableiten der industriellen Schadstoffe zwecks Kostenersparnis durch die Kapitalisten sowohl als Trink- als auch als Industriewasser unbrauchbar gemacht. Jetzt diskutieren die Kapitalisten Möglichkeiten zur Verbesserung des ,,Trinkwassers'': eine Pipeline aus den Alpen nach Hamburg, ein Import aus Island oder Grönland mit Tankschiffen, einen 10 Mrd. cbm Speicher im Hambacher Forst (Köln). Solch sauberes ,,Trinkwasser'' würde die Kosten der Kapitalisten senken, wie es auch Voraussetzung für bestimmte Produktionsprozesse ist, z.B. in der Elektroindustrie.

z.gih. **Die ÖTV-Hessen hat sich entschieden gegen die weitere Erhöhung der Kontoführungsgebühren ausgesprochen.** Die ,,Welt der Arbeit'' schreibt: ,,Über Jahre hinweg hätten Sparkassen und Banken die bargeldlose Auszahlung von Löhnen und Gehältern propagiert. Jetzt, da fast alle Arbeitnehmer Girokonten hätten und damit der Zahlungsverkehr der Arbeitgeber sowie Sparkassen und Banken erleichtert worden sei, wolle man mit Girokonten Geschäfte machen.'' – 463,0 Mrd. DM betrugen die Nettolöhne und -gehälter 1979. Das sind im Monat durchschnittlich 38,6 Mrd. DM. Fast alle Lohn- und Gehaltszahlungen werden mittlerweile über Girokonten der Banken und Sparkassen abgewickelt. Ein Teil der Löhne und Gehälter steht somit den Banken als Geldkapital zur Verfügung. Zum 31.12.1979 waren es 55 Mrd. DM, die die Banken den Industriekapitalisten bei einem Zinssatz von 10% leihen konnten. Die Banken haben so 5,5 Mrd. DM Zinsen eingesteckt und verlangen zusätzlich

Langfristiges Programm in Sachen Osthandel

9. Tagung der Deutsch-Sowjetischen Wirtschaftskommission

z.jüd. Von einem durch die USA geforderten Handelsboykott gegen die Sowjetunion wegen der Invasion der Sozialimperialisten in Afghanistan wollen die westdeutschen Imperialisten nichts wissen. Im Gegenteil: Bereits bei seinen Reisen nach Ungarn und Rumänien hat der Graf Lambsdorff seine ,,grundsätzliche Meinung zum Ost-West-Handel'' wiederholt, daß nämlich wirtschaftliche Beziehungen und Handel politische Spannungen nur abbauen helfen. EG-Kommissar Brunner darf noch deutlicher sagen: ,,Wer heute Wirtschaft als Waffe einsetzt, der behindert die Zusammenarbeit zu Lasten der Effizienz.'' Nichts als die Gier nach Höchstprofit regiert das Handeln der Imperialisten. Und deren Befriedigung hat jetzt noch bessere Aussichten:

In der vergangenen Woche hielt sich der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, N.A. Tichonow, in Bonn zur Vorbereitung von Schmidts Besuch in der SU und zur 9. Tagung der Deutsch-Sowjetischen Wirtschaftskommission in Bonn auf: ,,Beide Seiten bestätigen ihre Bereitschaft, an dem vereinbarten Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen festzuhalten.'' (Gemeinsames Kommuniqué am 30.5.80)

Die Kommission konkretisierte den 1978 geschlossenen Vertrag über eine 25jährige Zusammenarbeit. Besondere Bedeutung hat dabei der kommende Fünfjahrplan der SU (1981–1985). Schon jetzt ist klar, daß sich der Warenumsatz in den Jahren 1976–1980 gegenüber dem 5-Jahreszeitraum vorher verdoppeln wird. In den letzten Monaten gaben sich die Manager der westdeutschen Konzerne die Klinken der SU-Ministerien in die Hand, im wesentlichen über den Bau von Eisen-, Stahl- und Chemiefabriken (vgl. KVZ 13/80). 1979 ist der Warenaustausch gegenüber dem Vorjahr um 19% auf rund 14 Mrd. DM gestiegen.

Der Export in die SU besteht zu 94% (1979) aus gewerblichen Fertigprodukten. Umgekehrt sind es vor allem Rohstoffe. Voller Freude stellen die westdeutschen Imperialisten immer wieder die schlechte Qualität sowjetischer Maschinen, die Reparaturhäufigkeit, ihre Absichten zu Rationalisierungen und Modernisierungen insbesondere im Werkzeugmaschinenbau und in der chemischen Industrie fest. ,,Sowjetische Experten beklagen, daß in der Volkswirtschaft schon fast mehr Personal mit der Reparatur von Maschinen und Ausrüstung als mit der Produktion neuer Technik beschäftigt sei.'' (Nachrichten für Außenhandel, 2.5.80) – Mit Aufmerksamkeit verfolgen sie das ,,Jahrhundertbauwerk'' der Baikal-Amur-Magistrale (BAM), eine 2. transsibirische Eisenbahn, die 1984 auf einer Länge von 3145 km den Abbau der zahlreichen Bodenschätze ermöglichen soll: Holz, Erdöl, -gas, Kalisalze, Metalle (insbesondere auch Kupfer) und Kohle werden schon abgebaut. Die SU betreibt die Erschließung des Gebietes für den eigenen Rohstoffbedarf ihrer immensen Kriegsproduktion – gleichzeitig aber auch als Exportbasis ihres notwendigen Imports von vor allem technischem Gerät. Von beidem wollen die westdeutschen Imperialisten profitieren.



Westdeutsche Kapitalisten (unter Führung des staatlichen Salzgitter-Konzerns) übergaben im Februar den Moskauer Flughafen Scheremetjewo 2

Die Bauernsteuer richtet sich gegen kleine Bauern
Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuß für Verdoppelung der Einkommensteuer
z.frb. Zwei Beschlüsse haben die bürgerlichen Politiker dieser Tage gefaßt,
Bundestag ein dreistufiges Verfahren beschlossen. Das Einkommen des Bau-
Knapp 600000 der 830000 Betriebe, 30000 mehr als zur Zeit, werden nach

Die Bauernsteuer richtet sich gegen kleine Bauern

Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuß für Verdoppelung der Einkommensteuer

z.frb. Zwei Beschlüsse haben die bürgerlichen Politiker dieser Tage gefaßt, die weitreichende Folgen für die Bauern haben. Einmal ist es der Beschluß des EG-Ministerrates, die Agrarpreise um 5% zu erhöhen. Die europäischen Bauernverbände hatten 7,9% gefordert. Nach Angaben des Bauernverbandes sind die Einkommen der Bauern in Westdeutschland seit dem Wirtschaftsjahr 1975/76 praktisch nicht gestiegen. Die Preisbeschlüsse der EG werden das Einkommen senken, denn die Preise für Saatgut, Futtermittel usw. werden sich von der Zurückhaltung des Ministerrats wenig beeindrucken lassen. Den Agrarkapitalisten, die Lohnarbeit ausbeuten, mögen die 5% reichen, den Bauern, die selbst arbeiten und nicht die Vorteile der Großproduktion ausnutzen können, reicht es nicht.

Der zweite Beschluß fiel hinter den Türen des Vermittlungsausschusses. Dort wird zwischen Bundestag und Bundesrat ausgehandelt, wenn der Bundesrat einem vom Bundestag beschlossenen zustimmungspflichtigen Gesetz nicht zustimmt. So war es hier gewesen. Seit Beginn der Parlamentsperiode arbeiten alle Parteien an einer Erhöhung der Einkommenssteuer für die Bauern. SPD und FDP hatten im Bundestag ein dreistufiges Verfahren beschlossen. Das Einkommen des Bauern bildet sich aus einer Vielzahl von Einnahmen und Ausgaben. Nach dem Regierungsentwurf wäre das zu versteuernde Einkommen bis zu einer Obergrenze von 25000 DM im Jahr nach Durchschnittsätzen ermittelt worden. Merkmale für die Ermittlung sind Einheitswert des Betriebs, Arbeitsleistung des Betriebsinhabers und der mitarbeitenden Familienangehörigen, Viehbestand usw. Die Durchschnittsätze wurden gegenüber den jetzt geltenden kräftig erhöht. Werden diese Sätze erhöht, so erhöht sich das angerechnete steuerpflichtige Einkommen und damit die Besteuerung. Über der Grenze von 25000 DM sollte eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung verlangt werden, bei der jede Ausgabe zu belegen ist. Ab 36000 DM wird eine ausführliche Buchführung verlangt.

Die CDU/CSU wollte die mittlere Stufe nicht, aber auch die Durchschnittsätze erhöhen. Jetzt haben sich die bürgerlichen Parteien darauf festgelegt, die Einkommensermittlung nach Durchschnittsätzen bis 32000 DM statt 25000 DM zuzulassen und der mittleren und oberen Stufe einen Abzugsbetrag von der Steuerschuld bis zu 2000 DM zukommen zu lassen. Knapp 600000 der 830000 Betriebe, 30000 mehr als zur Zeit, werden nach erhöhten Durchschnittsätzen besteuert. 90000 müssen Belege sammeln, und 140000 müssen eine ausführliche Buchführung machen.

Die Sachwalter des Profits sind's zufrieden. Im Statistischen Jahrbuch des Landwirtschaftsministers wird die ,,Steuer- und Zinsleistung der Landwirtschaft'' nicht umsonst in einer Tabelle verhandelt. Tribut an das Bankkapital und an den Staatsapparat. 638 Mio. DM Einkommensteuer zahlte die Landwirtschaft 1977/78. Die Bundesregierung rechnet mit 300 Mio. DM Mehreinnahmen, genausoviel wie aus ihrem ursprünglichen Entwurf. Der Bauernverband errechnete damals mindestens 700 Mio. DM. Das ist eine Verdoppelung der Steuerlast. Die Hauptlast tragen die Betriebe unter 20 ha, für die die Durchschnittsätze erhöht werden, sowie die Betriebe um 25 ha, die für die Sammlung der Belege noch mal 2000 DM Kosten rechnen müssen. Von den Betrieben über 50 ha machen schon jetzt ⅔ Buchführung. Für sie ändert sich so gut wie nichts. Sie bekommen das Land, von dem die kleinen und mittleren Bauern durch dieses Steuergesetz enteignet werden. Und die Kapitalisten bekommen die Zufuhr zum Arbeitsmarkt.

Südkorea will kein „Niedriglohnland" mehr sein

Arbeiter treten an die Spitze der Kämpfe / US-Besatzer in Alarmbereitschaft

z.ulg. Eine Woche lang war Kwangju, die viertgrößte Stadt Südkoreas, befreit. Dann haben am letzten Dienstag Elitetruppen, die mit ausdrücklicher Genehmigung des kommandierenden US-Generals von der Grenze mit Nordkorea abgezogen worden waren, die Volkserhebung in Blut erstickt. Der Aufstand in Kwangju hatte sich aus Straßendemonstrationen gegen die am 17. Mai errichtete unverhüllte Militärdiktatur spontan entwickelt. Er verfügte über kein klares Programm und hat keine einheitliche Führung herausbilden können. Nach Zeitungsberichten sind aus den umliegenden Dörfern Jugendliche zur Unterstützung der Aufständischen nach Kwangju geeilt. Aber der bewaffnete Aufstand blieb auf die Stadt selbst beschränkt. Unter diesen Umständen war seine Niederschlagung kaum zu vermeiden.

Die Volksbewegung gegen das von den US-Imperialisten ausgehaltene Militärregime hat eine Niederlage erlitten. Aber geschlagen ist sie noch längst nicht. Donnerstag demonstrierten am vierten Tag hintereinander in der 65 km südlich von Kwangju gelegenen Hafenstadt Mokpo Zehntausende gegen das Militärregime und für die Freilassung der politischen Gefangenen. Eine der Parolen: „Die Regierung soll für das in Kwangju vergossene Blut bezahlen."

Anders als bei früheren Erhebungen der südkoreanischen Volksmassen, wie z.B. der, die 1960 zum Sturz des damaligen Diktators Syngman Rhee führte, stehen diesmal die Arbeiter – neben den Studenten – an der Spitze der Kämpfe. Die Verschärfung des Kriegsrechts am 17. Mai war die unmittelbare Reaktion des Marionettenregimes darauf, daß sich den ursprünglich hauptsächlich von Studenten getragenen Demonstrationen in der Hauptstadt Seoul immer mehr junge Arbeiter angeschlossen hatten. Am 14. z.B. demonstrierten dort fast 50000. Bereits vorher waren Ende April in der Bergbaustadt Sabuk bei Demonstrationen streikender Bergleute ein Polizist getötet und 31 verletzt worden. Am 30.4. setzten sich in der zweitgrößten Stadt des Landes, Pusan, streikende Stahlarbeiter mit Eisenstangen gegen die Polizei zur Wehr.

Mit blutigem Terror haben die verschiedenen Marionettenregimes seit dem Koreakrieg die organisatorischen Verbindungen der Kommunisten in Südkorea weitgehend zerschlagen können. Die Arbeiter verfügen noch kaum über selbständige Gewerkschaftsorganisationen. Die Führung der gegenwärtigen Kämpfe liegt daher noch zum großen Teil in den Händen der bürgerlich-demokratischen Opposition. Das erklärt viele der politischen Schwächen der Bewegung, z.B. daß Vertreter der Aufständischen von Kwangju an die US-Imperialisten appellierten, sie sollten vermitteln.

Aber es bleibt die Tatsache: Mit der Verwandlung Südkoreas in eine Arbeitskolonie haben die Imperialisten zugleich ein großes Industrieproletariat geschaffen, das immer mehr zur führenden Kraft im Kampf gegen die Imperialistenherrschaft heranreift. Allein von 1971 bis 1977 ist die Zahl der Lohnabhängigen in der Industrie von 1,4 auf 2,9 Millionen gestiegen, ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung von 13 auf 21%. Ein Großteil davon ist in den Zweigbetrieben imperialistischer Monopole zusammengeballt. Seit 1962 haben die Imperialisten rund 1 Mrd. Dollar in Südkorea investiert, die Akkumulation ihrer Filialen „vor Ort" noch nicht mitgerechnet. Mit einem Anteil von 59% liegen die japanischen Imperialisten an der Spitze, die früheren Kolonialherren und jetzigen Hauptprofiteure an der Ausbeutung Südkoreas. Mit knapp 20% folgen die USA und mit 12% die EG-Länder.

Der massive Kapitalexport in das „Niedriglohnland" hat den Konzernen Rekordprofite ermöglicht, aber er hat auch alle Widersprüche treibhausmäßig reifen lassen. Obwohl die Arbeiter in den letzten Jahren einige Lohnerhöhungen durchsetzen konnten, liegt der *Durchschnitts*lohn weiterhin mindestens ein Viertel unter dem amtlichen Existenzminimum. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch lag 1975 bei 6,4 kg (BRD: 81,3 kg), an Milch bei 4,5 l. Die Arbeitszeit überschreitet oft 12 Stunden an sieben Tagen in der Woche. Nur für Kinder unter 13 Jahren ist die Arbeitszeit gesetzlich beschränkt – auf 42 Stunden wöchentlich. In den „Freizonen" für den imperialistischen Kapitalexport gelten die südkoreanischen Arbeitsgesetze ohnehin nicht.

Um die nötige vogelfreie Arbeiterarmee zu schaffen, wurde in den 60er Jahren billiges US-Getreide eingeführt, obwohl *damals* der Lebensmittelbedarf des Landes noch aus eigener Produktion gedeckt werden konnte. Ein riesiges Bauernlegen war die Folge. Die meisten südkoreanischen Bauern arbeiten auf winzigen Fetzen (durchschnittlich 0,9 ha) eigenen Landes. In den 70er Jahren sind sie in „Genossenschaften" gepreßt worden, die ihnen zu von den imperialistischen Monopolen diktierten überhöhten Preisen Kunstdünger und Saatgut verkaufen und praktisch ein Monopol auf die Abnahme ihrer Produkte haben. Allein 1977 haben 400000 Bauern das Land verlassen müssen. Mit 40% der Bevölkerung bleibt die Bauernschaft die Hauptkraft der Revolution.

Abgesehen von einer Handvoll direkt mit dem ausländischen Kapital liierter Kompradoren gerät auch ein großer Teil der Bourgeoisie und vor allem des städtischen Kleinbürgertums unter immer heftigeren Druck der imperialistischen Monopole, zumal, seit 1979 die Importe „liberalisiert" worden sind. Das Erstarken der nationalbürgerlichen Opposition gegen das Marionettenregime hat hier seine Grundlage.

Die Bedingungen für den Aufbau einer antiimperialistischen Einheitsfront sind günstig, aber tatsächlich errichtet ist diese Front noch nicht. Die US-Imperialisten wollen dem durch „Verbreiterung der Basis" ihres Marionettenregimes um „gemäßigte" Oppositionspolitiker, von denen es eine ganze Reihe gibt, zuvorkommen. Aber wenn sich die Einheitsfront in den Kämpfen
sich die Einheitsfront in den Kämpfen
selbst herauszubilden beginnt, dann gilt, wie die „Washington Post" gleich zu Beginn des Aufstands in Kwangju zu berichten wußte, „Sicherheit zuerst". Im Brustton der Empörung erregt sich gleich darauf dasselbe Blatt, daß der US-Botschafter „erst" 45 Minuten *vor* dem südkoreanischen Kabinett von der Ausdehnung des Kriegsrechts informiert worden sei.

Unter allen Umständen will die US-Supermacht die Spaltung des Landes und ihre Herrschaft über den Süden aufrechterhalten. Aus eigenen Interessen und auch, weil die gemeinsame Plünderung Südkoreas der zuverlässigste Kitt für das Bündnis mit den japanischen Imperialisten ist. Die 39000 Mann US-Besatzungstruppen in Südkorea sind in Alarmbereitschaft versetzt worden. Seit Wochen bereits kreuzt ein US-Flugzeugträger in den koreanischen Küstengewässern, ein weiterer ist von Japan aus in Richtung Korea ausgelaufen.



Mit dem bewaffneten Aufstand von Kwangju, dem ersten seit dem Koreakrieg, hat eine neue Etappe im Kampf für Unabhängigkeit und Einheit begonnen.



Zum ersten Mal in der Geschichte besucht mit Hua Guofeng ein chinesischer Regierungschef Japan. Die VR China will auf allen Gebieten die Beziehungen vertiefen. Das entspricht den Wünschen des japanischen Volkes. Ministerpräsident Hua forderte in Tokio die USA auf, ihre Truppen aus Südkorea abzuziehen.

Japan: Neuwahlen am 22. Juni – Finanzbourgeoisie sucht neue „nationale Basis"

z.wos. Ein Mißtrauensantrag der Sozialistischen Partei hat am 16.5. die Regierung Ohira zu Fall gebracht. Er war erfolgreich, weil sich nicht nur alle Oppositionsparteien anschlossen, sondern auch die LDP-interne Opposition, angeführt von den beiden früheren Ministerpräsidenten Fukuda und Miki, durch Fernbleiben nachhalf. Dem Kabinett wurde vorgeworfen, „in seiner Wirtschaftspolitik gescheitert zu sein und keinen Ausweg zu finden (besonders in der Bekämpfung der Inflation); sich der Verantwortung für eine Reihe politischer Korruptionsskandale zu entziehen; sich in der Außenpolitik bei fehlender Selbständigkeit den USA unterzuordnen, sowie Japan auf den Weg zur militärischen Großmacht zu führen." Die Regierung besitze keine „nationale Basis" mehr. (Asahi-Shimbun, 17.5.) Damit wurden das Parlament aufgelöst, Neuwahlen auf den 22. Juni angesetzt, und Ohira solange zum „amtierenden Ministerpräsidenten" herabgestuft.

Die japanische Monopolbourgeoisie ist nach Abschluß des Haushaltsjahres 1979 einem Rekorddefizit in der Handelsbilanz von 2,45 Mrd. Dollar konfrontiert. Die Exporte stiegen nur um 8%, die Importe hingegen um 41%. Zwar ist der Warenexport weiterhin gewaltig, doch hält der Kapitalexport nicht Schritt. In dieser Lage wird die Bourgeoisie durch die Einbrüche auf dem Inlandsmarkt empfindlich getrof-
dem Inlandsmarkt empfindlich getrof-
fen. Die krisenhafte Verengung auf dem Weltmarkt dürfte ihre internationale Position erschüttern. Daher muß sie ihr Wirtschaftspotential zu größerer politischer Selbständigkeit nutzen, besonders gegenüber der Supermacht USA, und auch militärisch von dieser loskommen. Die Volksmassen dagegen wollen Blockfreiheit. Die japanische Arbeiterklasse ist aufgrund ihrer Erfahrungen erbittert gegen jegliche neue Kriegsabenteuer ihrer Bourgeois.

Die Politik der VR China gegenüber Japan hat diesen Bestrebungen genützt. Mit der Anti-Hegemonie-Klausel im Freundschaftsvertrag von 1978 wurde Japan der Rücken gegenüber der UdSSR wie den USA gestärkt. Japan selbst legte sich damit öffentlich fest, seine frühere kriegerische Expansion nicht wieder aufzunehmen.

Während die Rivalität zwischen den beiden Supermächten wächst, ließ sich die Regierung Ohira wieder an die Seite der USA drücken. Widerwillig stimmte sie Carters Sanktionen gegen das iranische Volk zu. Der Forderung nach höheren Rüstungsausgaben im Rahmen der US-Strategie samt entsprechender waffentechnischer Abhängigkeit gab Ohira ebenfalls nach.

Die Bourgeoisie mißtraut der politischen Entwicklung unter den Volksmassen und will vorbeugen. Sowieso werden nur um die 60% wählen gehen. Daher wird jetzt auf zwei Klavieren gespielt: die LDP wird unter Druck gesetzt, sich bei Strafe des Entzugs lebenswichtiger Wahlkampfgelder zusammenzuraufen. Die Drohung hat bereits gefruchtet. Andererseits hat Inayama, neuer Präsident der Organisation japanischer Unternehmerverbände (Keidanren) barsch erklärt, ihm sei es egal, welche (bürgerliche) Partei die Regierung stellt; Hauptsache sei, „die Regierung schützt die freie Wirt-
Regierung schützt die freie Wirt-
schaft". Eine Koalitionsregierung aus LDP und einer „Partei der Mitte" würde ihm also auch passen. Gespräche über verstärkte Rüstung haben mit der DSP und dem Neoliberalen Club bereits stattgefunden. Eine „Öffnung" wird demnach zielstrebig vorbereitet. Gleichzeitig trommelt die Presse für eine „Regierung der Reformen", mit der die „Wende" eingeleitet werden soll.

	Sitzverteilung	abwesend	Zustimmung	Ablehnung
Liberaldemokratische Partei (LDP)	256	73	—	183
Sozialistische Partei (SPJ)	106	3	103	—
Neo-Buddhisten (Komeito)	58	—	58	—
Kommunistische Partei (KPJ)	41	—	41	—
Demokrat.-Sozialistische Partei (DSP)	36	1	35	—
Neoliberaler Klub	4	1	3	—
Sozialdemokratische Liga	2	—	2	—
Unabhängige	7	—	1	4
unbesetzte Sitze	1	—	—	—
zusammen	511	78	243	187

von den Arbeitern und Angestellten Kontoführungsgebühren in unterschiedlicher Höhe.

z.hev. **Eine jetzt von Bundesinnenminister Baum, Justizminister Vogel und Gesundheitsministerin Huber vorgelegte Ergänzung zum Entwurf eines Betäubungsmittelgesetzes soll angeblich ein Konzept „Therapie statt Strafe" für Drogenabhängige verwirklichen.** Drogenabhängige, die zu Gefängnis von nicht mehr als zwei Jahren verurteilt wurden, können diese „Wahl" treffen. Tatsächlich handelt es sich aber um eine genau abgestufte Drohung mit Gefängnis für den ertappten Fixer, wenn er sich nicht einer wenig erfolgversprechenden Therapie in staatlich genehmigten Zwangsentzugsanstalten unterzieht. Bricht er eine bereits begonnene Therapie ab, wird die Gefängnisstrafe sofort vollstreckt. Hält er durch, werden ihm aber nur ⅔ erlassen, der Rest der Strafe wird „zur Bewährung" verhängt, wenn „verantwortet werden kann zu erproben, ob der Verurteilte keine weiteren Straftaten mehr begehen wird".

z.hev. **Der Bundestag hat am 22. Mai die Verwaltungsverfahrensregeln des Sozialgesetzbuches verabschiedet,** das 1976 mit dem Allgemeinen Teil begonnen und 1977 mit den gemeinsamen Vorschriften für Sozialversicherungen, Bildungs- und Arbeitsförderung, soziales Entschädigungsrecht (Kriegsopferversorgung), Kinder- und Wohngeld und Sozial- und Jugendhilfe fortgesetzt worden war. Bis 1984 soll das Sozialgesetzbuch fertig sein und dann große Teile der bisherigen Einzelgesetze ersetzen. Obwohl ausgegeben als „bürgernahes" Jahrhundertwerk zum Schutz vor der übermächtigen Bürokratie des sozialen Fangnetzes, ist es eindeutig ein Gesetz, das den jeweiligen Behörden einheitlich scharfe Kompetenzen *gegen* die Sozialversicherten und *gegen* Kriegsopfer, Umschüler und andere, die im Netz hängen müssen, in die Hand gibt. Die neuen Verfahrensregeln legalisieren z.B. den Zugriff von Verfassungsschützern auf die gespeicherten Daten der Sozialversicherungen, wenn auch teilweise erst nach einem Richterspruch, und sie ermöglichen es weiterhin, Gelder, die auf Grund von Rechenfehlern der Behörden ausgezahlt wurden, über zwei Jahre später noch wieder einzutreiben.

z.ebk. **Ein arbeitsloser Angestellter muß auch eine Tätigkeit als Arbeiter annehmen, entschied das Bundessozialgericht in einem am 23.5. veröffentlichten Urteil.** Schon bei den Beratungen zum Haushaltsstrukturgesetz 1975 stellte der Haushaltsausschuß des Bundestages fest, daß es „in der Arbeitslosenversicherung keinen Berufsschutz gibt", und öffnete durch diese „Einengung des leistungsberechtigten Personenkreises" die Kassen der Versicherten, um damit die kapitalistische Wirtschaft aus der Krise zu bringen. Zu diesem Zweck mußten Arbeitslose jede Arbeit annehmen, auch „wenn sie nicht der bisherigen Tätigkeit ... (entsprach)". Die Tätigkeit als Arbeiter war nach diesem Gesetz jedoch für einen Angestellten noch nicht zumutbar, wie das Bundessozialgericht noch 1979 entschied. Mit dem Runderlaß 230/78 dehnte Ehrenberg die Anwendung der Zumutbarkeitsklausel aber auch auf diesen Fall aus. Das 5. Änderungsgesetz zum Arbeitsförderungsgesetz von 1979 erhob den Runderlaß 230/78 zum Gesetz und legte wie dieser weiter fest, daß weder durch die frühere Arbeitszeit noch den früheren Lohn noch den früheren Wohnort der Zumutbarkeit eine Grenze gezogen werden soll. Durch die Drohung einer Sperrzeit im ersten Fall der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit und des Entzugs von Arbeitslosengeld im zweiten Fall sind diese Maßnahmen abgesichert. Die Zumutbarkeitsklausel muß fallen und mit ihr die Sperrzeitregelung.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 31, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/73 02 31 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511 / 81 40 45, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 – 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221 / 72 08 76 – 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089 / 53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

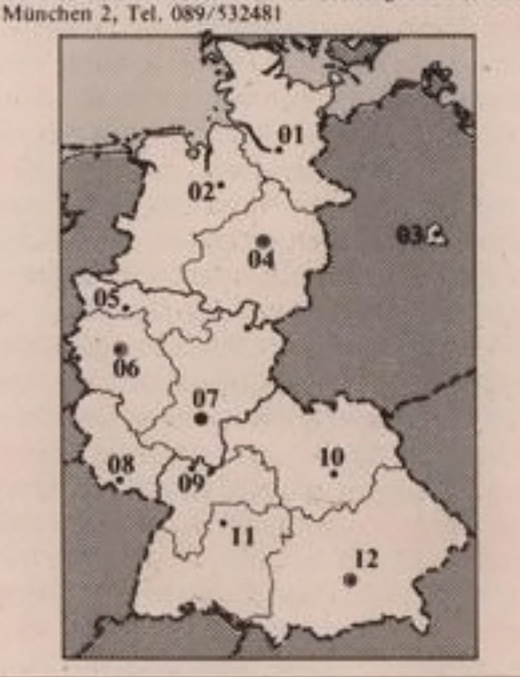
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hör. **Mitte Mai wurde die Landesvorsitzende des Deutschen Hausfrauenbundes Sieglinde Porsch aus Geesthacht vom schleswig-holsteinischen Sozialminister Braun in den familienpolitischen Beirat der Landesregierung berufen.** Die Landesregierung will mit ihrer Familienpolitik in die Initiative kommen. Über die Nachweispflicht bei der Vergabe von Familiendarlehen im Einzelfall soll die staatliche Bespitzelung und über das Erziehungsgeld von 300 DM, wenn die Frau 3 Jahre nach der Geburt eines Kindes nicht arbeitet, der Zwang zu vermehrter Teilzeitarbeit erhöht werden. Da muß schon mit der Berufung einer Hausfrau in den Beirat Volksverbundenheit dokumentiert werden. Im übrigen ist dieses 15-köpfige Gremium allein mit 4 Vertretern aus dem Kirchenbereich besetzt, unter ihnen Landespastor Alexander Kirschstein, bekannt wegen seiner Ausbeutung kirchlicher Mitarbeiter und dem Rausschmiß von 14 Erziehern in Büsum. Ferner sind der Kinderschutzbund, der Deutsche Familienverband, Kinderärzte, die Familienbildungsstätten, ein Elternvertreter, sowie ein Psychologe vertreten. Bezeichnenderweise fehlen die Gewerkschaften. Nur so können ohne Widerspruch für Familienseminare Themen beschlossen werden wie „Verbraucherberatung: Mit dem Einkommen auskommen" oder für den am 7.6. geplanten familienpolitischen Kongreß in Bad Schwartau: „Karriere oder Kinder".

r.wer. **Die Initiative „Freiheit statt Strauß" führte am 30.5. in der Niedersachsenhalle in Hannover eine Großveranstaltung durch.** Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Freiheit statt Strauß – Aktion für mehr Demokratie", der Eintrittspreis betrug 5.- DM. Ziel der Veranstaltung war es zu verhindern, daß Strauß am 5.10.80 zum Bundeskanzler gewählt wird und zur Wahl der SPD – oder wenigstens der FDP – aufzurufen. Den Mittelpunkt bildeten die Redebeiträge von H. Rohde (ehem. Bildungsminister), Peter v. Oertzen (SPD), Hasso Düvel (Gewerkschaftssekretär), Klaus Staeck (Künstler), Axel Eggebrecht (Journalist) und Heinz Hawrelink (DGB). Den Rahmen

anstaltung durch. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Freiheit statt Strauß – Aktion für mehr Demokratie", der Eintrittspreis betrug 5.- DM. Ziel der Veranstaltung war es zu verhindern, daß Strauß am 5.10.80 zum Bundeskanzler gewählt wird und zur Wahl der SPD – oder wenigstens der FDP – aufzurufen. Den Mittelpunkt bildeten die Redebeiträge von H. Rohde (ehem. Bildungsminister), Peter v. Oertzen (SPD), Hasso Düvel (Gewerkschaftssekretär), Klaus Staeck (Künstler), Axel Eggebrecht (Journalist) und Heinz Hawrelink (DGB). Den Rahmen

bildeten kulturelle Darbietungen. So trat u.a. die Sängerin Bettina Wegner aus der DDR auf. Staeck griff Leute wie Strauß an, die die Bundeswehr am liebsten im Nahen Osten aufmarschieren lassen wollen oder Todenhöfer, der die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika als terroristische Vereinigung bezeichnet. Über das Auslaufen der westdeutschen Kriegsschiffe in den Indischen Ozean verlor er kein Wort. Eggebrecht bezeichnete Strauß als eine Untiefe, auf die das Staatsschiff nicht auflaufen dürfe. Er verteidigte die Außenpolitik von Helmut Schmidt. Insbesondere die Gewerkschafter im Podium wiesen darauf hin, daß Strauß eine Schwächung und Spaltung der Einheitsgewerkschaften beabsichtigt, sowie eine weitere Einschränkung gewerkschaftlicher und politischer Freiheiten, die die Lohnabhängigen brauchen, um ihre sozialen Interessen durchzusetzen. In der anschließenden Diskussion griff die Schülersprecherin der Berufsschule 1 die Politik der SPD/FDP Regierung an. Sie erhob die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht, Abschaffung der Stufenausbildung und für einen Schüleraufenthaltsraum an der Berufsschule. Für diese Forderungen will das Komitee „Freiheit statt Strauß" auch nach den Bundestagswahlen eintreten.

b.uwb. **Seit Ende der 60er Jahre nun schon plant die Stadtwerke Flensburg die Einstellung der Städtischen Gasversorgung.** Fast zum gleichen Zeitpunkt begann der Bau der Fernheizung. Innerhalb von zehn Jahren ist Flensburg zu 80% mit der Fernwärme versorgt. Durch Landes- und Bundesmittel wurde die Nutzung von Wärme aus der Fernheizung zur Monopolstellung ausgebaut, also so, daß die Stadtwerke die Wärme in den jeweiligen Häusern regeln kann und wenn nötig, abstellt. Die Gasversorgung 1969 mit einer Abnahme von 15,5 Mio cbm pro Jahr sank bis 1977 auf 5 Mio. Die 1969 noch günstige Gasversorgung zum Kochen wurde durch das Monopol der Fernwärme und Strom zu teuer, so daß die Stadtwerke nur die nötigsten Reparaturen ausführten und das Gasnetz verrotten ließen. Die Ratsversammlung beschloß nun einstimmig die Einstellung der Gasversorgung zum 1.4.1983. Geht man davon aus, daß die Stadtwerke Flensburg ein Monopolunternehmen in öffentlicher Hand sind, und der Kunde sich auf die Versorgung mit Gas verläßt, so bedeutet dieser Schritt einen Eingriff ins Privateigentum. Auf Grundlage des §828 BGB ist dieses eine Eigentumsverletzung und besagt, daß die Stadtwerke einen gleichwertigen Ersatz (Elektroherd o.ä.) schaffen müssen. Mit dieser Forderung ist bei einem Zusammenschluß einiger Gaskunden die Durchsetzung mittels eines Prozesses vielleicht nötig.

b.hos. **Die CDU drängt den Hamburger Senat zur Durchführung einer öffentlichen Vereidigung.** „Gibt es ... Übereinkommen, öffentliche Vereidigungen oder andere Selbstdarstellungsmöglichkeiten der Bundeswehr zu eröffnen?" Dies will der CDU-Abgeordnete Beust am 16.5. in einer kleinen Anfrage wissen. Umfassende Kriegsmobilisierung wird für nötig erachtet. Denn schließlich ginge es darum: „... anläßlich der Vereidigung ... in Bremen ...zukünftig auch in anderen Städten ... die positive Einstellung der Gesellschaft zur Bundeswehr zu verdeutlichen."

b.lus.Schleswig. **Das Oberlandesgericht entscheidet gegen einen Eckernförder Fischer, der Schadenersatz aufgrund einer Havarie mit Torpedodrähten fordert.** Seit Jahren werden die Eckernförder Fischer durch die Anlagen der Erprobungsstelle 71 der Bundeswehr (Torpedoversuchsanstalt) bei ihrer Arbeit behindert. Dem klagenden Fischer hatten sich, außerhalb der in der amtlichen Seekarte verzeichneten Torpedoschießbahn, Torpedoleitdrähte in die Kutterwelle eingedreht. Er forderte 2755 DM Fangausfall für 11 Tage. Für das Oberlandesgericht ist der Schaden „nicht erheblich und somit kann dem Kläger eine entschädigungslose Hinnahme zugemutet werden." Die Gefährdung bestehe für viele Fahrzeuge in der Eckernförder Bucht und als „Sonderopfer" wäre er nicht anzusehen. Eine Gefährdung und Beschädigung durch Schießübungen der Bundesmarine oder der Erprobungsstelle seien nicht rechtswidrig, vielmehr gehörten sie zum Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes. „Schießübungen mit Lenkdrahttorpedos gehören zu den erforderlichen Maßnahmen, um die Verteidigungsbereitschaft der Teilstreitkräfte zu gewährleisten", heißt es in dem Urteil.

Die Gefährdung bestehe für viele Fahrzeuge in der Eckernförder Bucht und als „Sonderopfer" wäre er nicht anzusehen. Eine Gefährdung und Beschädigung durch Schießübungen der Bundesmarine oder der Erprobungsstelle seien nicht rechtswidrig, vielmehr gehörten sie zum Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes. „Schießübungen mit Lenkdrahttorpedos gehören zu den erforderlichen Maßnahmen, um die Verteidigungsbereitschaft der Teilstreitkräfte zu gewährleisten", heißt es in dem Urteil.

b.clc. **Die Zunahme der Körperschaftssteuer in Hamburg um 96% ist im wesentlichen den Profiten der Mineralölkonzerne geschuldet.** Die Körperschaftssteuereinnahmen betrugen 1979 2,1 Mrd. DM gegenüber 1978 1,1 Mrd. DM. Es betrifft die in Hamburg ansässigen Konzerne BP, Shell, Texaco, Esso und Mobil Oil.

	Umsatz i. Mrd.		Gewinn i. Mio.	
	1978	1979	1978	1979
Esso	12,5		187,6	
Shell	12,5	16,6	210,0	263,4
BP	10,6	18,1	(100,0)	93,0
Texaco	5,9	7,3	62,3	190,0
Mobil Oil	5,2	6,8	169,5	290,0

Wenn der HH-Senat sich allerdings gegen die hohen Benzinpreise wendet, so muß man die Ernsthaftigkeit anzweifeln. Anstatt die Kapitalisten stärker zu besteuern, nutzt der Senat die unverschämten Profitsteigerungen der Mineralölkonzerne zu vermehrter Steuerausplünderung der Volksmassen. 1979 wurden den Volksmassen 10,14 Mrd DM an Mineralölsteuer abgepreßt. Das Gesamtaufkommen resultiert aus dem Literertrag von 0,44 DM. Mit dem Anstieg der Benzinpreise durch die Mineralölkonzerne ist zwar kein Anstieg der Mineralölsteuer einhergehend, doch bei der Mehrwertsteuer streicht der Senat kräftig ein. Bei einem Anstieg des Kraftstoffpreises um netto ca. 22 Pf. macht das erhöhte Mehrwertsteuereinnahmen von ca. 6,6 Mio. DM aus.

b.ham. **Der schleswig-holsteinische Landesverband des Bauernverbandes wird am Donnerstag, den 5. Juni, eine Protestkundgebung durchführen.** Sie findet in Eutin um 15 Uhr auf dem Marktplatz statt. Hauptredner: Heeremann. Der Vorstand erwartet 3 - 4000 Teilnehmer. Am Freitag, den 31. Mai, hatten die EG-Minister eine 5%ige Erhöhung der EG-Preisordnung beschlossen. Ursprünglich wollte der Kreisverband Plön am 5.6. den jährlichen Kreisbauerntag durchführen. Auf Druck der Bauern hin wurde er dann Anfang letzter Woche zu einer zentralen Kundgebung des Landesverbandes erweitert. In verschiedenen Kreisverbänden sind sofortige Demonstrationen gefordert worden und z.T. beschlossen worden. Für die Zeit nach der Heuernte des ersten Schnitts, also Ende Juni, bereitet sich die Mitgliedschaft des Flensburger Verbandes auf Demonstrationen an der dänischen Grenze vor, ähnlich wie 1970 und 74; ein gemachter Vorschlag ist, sie mit den dänischen Bauern zusammen durchzuführen.

Telefunken-Belegschaft führt Kampf gegen Auswirkungen der Schließung von Werk II in Hannover

r.ged. Am 19.5. wurde auf einer Pressekonferenz von den Telefunken-Kapitalisten die endgültige Schließung des Werkes II Hannover bekanntgegeben. Im Werk II wurden Farb-Portables und Rundfunkgeräte produziert. Die Farb-Portable-Produktion wird im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen nach Celle verlegt, die Rundfunkgeräte-Produktion nach Westberlin. Die Schließung von Werk II ist ein wesentlicher Punkt in dem Sanierungskonzept der Kapitalisten für Telefunken. Für die einzelnen Werke ist im Bereich Produktion folgender Belegschaftsabbau vorgesehen:

Standort	12/1979	12/1981
Hannover	3130	1767
Celle	2224	1922
Berlin	1500	974
Braunschweig	531	502
Gesamt	7385	5165

Für den gesamten Konzern wäre das ein Rückgang um 30%, für Hannover von 44%.

Seit dem Bekanntwerden dieser Pläne am 9.11.79 hat die Belegschaft mit verschiedenen Aktionen versucht, die Durchsetzung dieser Maßnahmen zu verhindern. Anfang November demonstrierten im Anschluß an eine Betriebsversammlung über 2000 Arbeiter und Angestellte gegen die Rationalisierungspläne der Telefunken-Kapitalisten. Am 15.11. wurde ein 2-stündiger Warnstreik in den beiden hannoverschen Werken durchgeführt. Der von den Kapitalisten geforderten Kurzarbeit Ende des letzten Jahres hat der Betriebsrat nicht zugestimmt, ebenso keine Überstunden mehr genehmigt.

Am 20. März haben sich der Vorstand von Telefunken und der Gesamtbetriebsrat auf einen Sozialplan geeinigt. Als Vorschlag lag ein Sozialplan des AEG-Konzerns auf dem Tisch. Demgegenüber konnte in einigen Punkten die Telefunken-Belegschaft ihre Forderungen durchsetzen. So gilt die Altersabsicherung, wonach einem gewerblichen Arbeitnehmer, der über 55 Jahre alt ist und länger als 10 Jahre im Betrieb ist, nur noch aus in der Person liegenden Gründen gekündigt werden kann, nach wie vor. Der Manteltarifvertrag setzt diesen Schutz eigentlich beim Vorliegen eines Sozialplanes außer Kraft. Die behinderten Arbeiter erhalten zusätzlich 2000 DM Abfindung. Die Arbeiter können während der Arbeitszeit sich eine neue Arbeit suchen. Die AEG-Telefunken-Kapitalisten haben erklärt, daß die insgesamt zu zahlenden Abfindungen nicht über 15 – 20 Millionen DM hinausgehen dürften, da in diesem Jahr schon wieder Verluste von über 100 Millionen DM anstehen würden.

Gleichzeitig wurde für 1980 ein Investitionsprogramm von 50 Millionen DM für die Telefunken-Werke beschlossen. In den Jahren davor betrugen die Investitionen nur um die 20 Millionen.



Rechte und Gesetze, die im Kampf gegen Betriebsschließungen genutzt werden können

Rechte und Gesetze, die im Kampf gegen Betriebsschließungen genutzt werden können

r.düb. Obwohl diese Rechte sehr eingeschränkt sind, macht es einen Unterschied, ob sich die Belegschaft eines Betriebes damit auskennt oder nicht. Es ist bekannt, daß die Kapitalisten keine Skrupel haben, sich soweit es geht herauszuwinden. Kennt man sich aus, so stärkt dies unweigerlich die Verhandlungsbasis der Gewerkschaft und der betrieblichen Vertretungsorga-

r.düb. Obwohl diese Rechte sehr eingeschränkt sind, macht es einen Unterschied, ob sich die Belegschaft eines Betriebes damit auskennt oder nicht. Es ist bekannt, daß die Kapitalisten keine Skrupel haben, sich soweit es geht herauszuwinden. Kennt man sich aus, so stärkt dies unweigerlich die Verhandlungsbasis der Gewerkschaft und der betrieblichen Vertretungsorga-

ne der Arbeiter und Angestellten. Gleichzeitig stärkt es die Aktionseinheit für Forderungen, die gegenüber den offenen Problemen erhoben werden. Dies betrifft die Versicherungskassen, die ausschließlich von den Versicherten selbst verwaltet und ausschließlich von den Kapitalisten bezahlt werden müssen. Dies betrifft alle die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, die Fesseln darstellen, zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und zur Anerkennung der Profitinteressen verpflichten wollen. Es betrifft aber auch die Aufgabe, die die Arbeiterklasse lösen muß, das Privateigentum als die grundlegende Ursache zu beseitigen. Die angeführten Paragraphen beziehen sich alle auf das Betriebsverfassungsgesetz.

Im §111 ist das Beteiligungsrecht des Betriebsrates (BR) vorgeschrieben für „geplante Betriebsänderungen, die wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben *können*." Als Betriebsänderungen im Sinne des §111, Satz 1 gelten: 1. Einschränkungen und Stilllegungen des ganzen Betriebes oder von wesentlichen Betriebsteilen, 2. Verlegung des ganzen Betriebes oder von wesentlichen Betriebsteilen, 3. Zusammenschluß mit anderen Betrieben, 4. grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszweckes oder der Betriebsanlagen, 5. Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsanlagen. In den von 1 bis 5 genannten Fällen erschöpft sich das Beteiligungsrecht des BR nicht, in den genannten Fällen wird aber bereits

wesentlichen Betriebsteilen, 3. Zusammenschluß mit anderen Betrieben, 4. grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszweckes oder der Betriebsanlagen, 5. Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsanlagen. In den von 1 bis 5 genannten Fällen erschöpft sich das Beteiligungsrecht des BR nicht, in den genannten Fällen wird aber bereits

von der Möglichkeit wesentlicher Nachteile ausgegangen, einen Nachweis darüber braucht der BR nicht zu führen. Für diese Fälle ist der Kapitalist zu *rechtzeitiger* und *umfassender* Unterrichtung des BR verpflichtet.

§112, *Interessenausgleich* und *Sozialplan*. Der Interessenausgleich betrifft Vereinbarungen über die Betriebsänderung überhaupt, ob, wann, in welcher Weise sie durchgeführt wird. Rechtswirksamkeit für die Beschäftigten hat er nur nach §133 (*Nachteilsausgleich*), während auf Grund des Sozialplans unmittelbare Rechtsansprüche entstehen.

Unter §113 fallen, nach neuem Recht, neben den Abfindungen auch Ausgleich von Nachteilen wie Lohnverluste, erhöhte Fahrtkosten, Umzugskosten (bis zu 12 Monaten). Der Anspruch muß durch Klage geltend gemacht werden. Die Abfindung nach §113 kann grundsätzlich bis zu 12 Monatsverdiensten, bei älteren und langjährig Beschäftigten bis 18 Monatsverdiensten betragen. §113 trifft zu, wenn der Kapitalist ohne *zwingenden Grund* von Vereinbarungen des Interessenausgleichs abweicht, oder einen Interessenausgleich versucht hat und in der Folge Arbeiter entlassen werden oder andere wirtschaftliche Nachteile haben.

Unabhängig davon, ob ein *Interessenausgleich* zustandekommt, kann der BR die Aufstellung eines Sozialplans verlangen (§112). Eine Einschränkung der Gegenstände, die der Sozialplan regeln soll, ergibt sich daraus nicht.

Folge Arbeiter entlassen werden oder andere wirtschaftliche Nachteile haben.

Unabhängig davon, ob ein Interessenausgleich zustandekommt, kann der BR die Aufstellung eines Sozialplans verlangen (§112). Eine Einschränkung der Gegenstände, die der Sozialplan regeln soll, ergibt sich daraus nicht.

Kommt es zwischen dem Kapitalist und den gewerkschaftlichen Vertretungsorganen zu keiner Einigung, ist die Einigungsstelle verpflichtet, einen Sozialplan auszuarbeiten. Abs. 4, §112 legt fest, „daß die Einigungsstelle sowohl die sozialen Belange der betroffenen Arbeitnehmer als auch die wirtschaftliche Vertretbarkeit ihrer Entscheidung für das Unternehmen zu beachten hat."

Auf Arbeitslosengeld dürfen Zahlungen aus dem Sozialplan nach §117 AFG nicht angerechnet werden, wenn das Arbeitsverhältnis durch eine vom Kapitalisten fristgemäße oder begründete a.o. Kündigung beendet wurde. Anspruch auf betriebliche Altersversorgung besteht nach dem Gesetz zur betrieblichen Altersversorgung in allen Fällen, wo der Kapitalist nicht mehr „in der Lage ist, die versprochenen Leistungen zu erfüllen" aus der *Insolvenzsicherung*. Voraussetzung ist das 35. Lebensjahr, und daß die Zusage 10 Jahre bestanden hat oder bei 12jähriger Betriebszugehörigkeit und 3jähriger Zusage. Ein Mustersozialplan ist abgedruckt in „Das Mitbestimmungsgespräch", Heft 4/5/6 – 75, Hrsg. Hans-Böckler-Gesellschaft e.V.

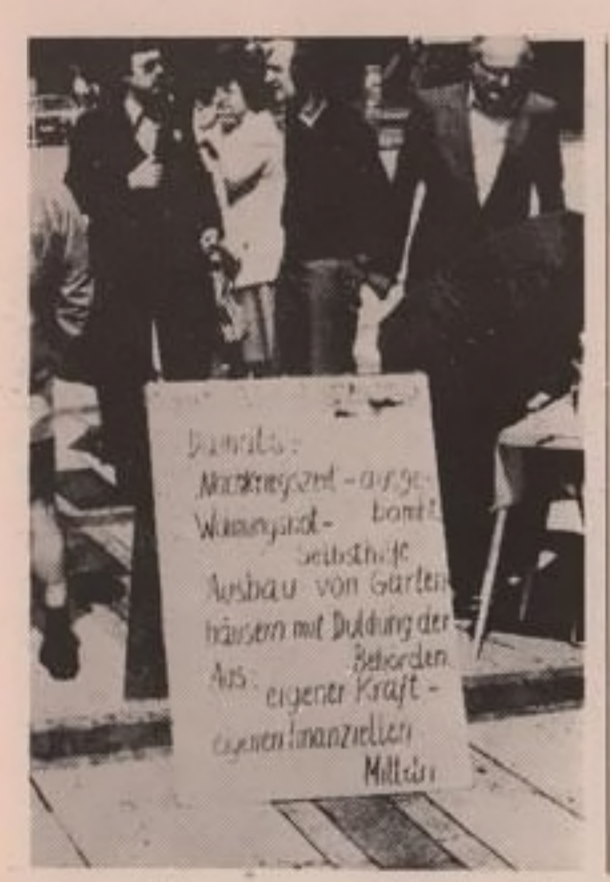
b.inl. **Kultusminister Remmers zwingt Göttinger Eltern binnen einer Woche ihre Kinder zur Orientierungsstufe im Herbst 80 anzumelden.** Den Erlaß vom 19.5.80 will Remmers die Einführung der Vorgruppierung an Göttinger Orientierungsstufen durchsetzen. Die eindeutige Ablehnung der Vorgruppierung durch Stadtelternrat und Stadtschülerrat ignorierend, verschickte er am 22.5. an 2000 Eltern von Schülern der 4. Klassen die Aufforderung, sich bis 30.5. zu entscheiden, an welcher Schule sie ihr Kind zur Orientierungsstufe anmelden. Der Rat der Stadt Göttingen hatte im April beschlossen, die Vorgruppierung, nach der die Schüler in den Fächern Mathematik, Deutsch, Englisch ab Mitte der 5. Klasse in A, B und C-Kurse differenziert werden, die A-Kursler dann in einer Gruppe zusammengefaßt werden, zwar abzulehnen, gleichzeitig aber die Lutherschule mit 240 freien Plätzen als Standort für die Vorgruppierung angeboten. Der CDU-Stadtverband in einer Großanzeige im Göttinger Tageblatt: „Das Angebot steht ... Lassen Sie sich von Verfechtern der Einheitsschule, denen die Differenzierung widerstrebt, und von Parolen, die diese alternative Möglichkeit entstellen, nicht einschüchtern oder unsicher machen."

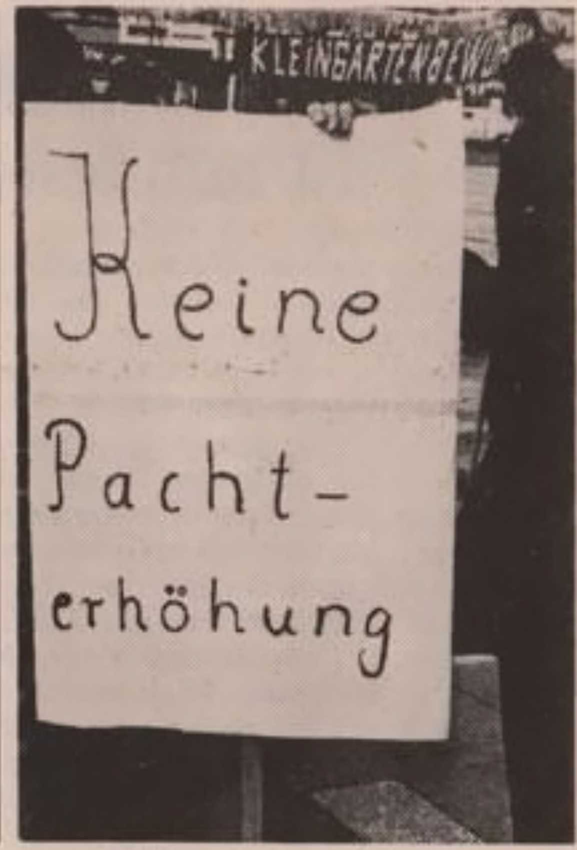
b.hos. **Die Räumungsklage der staatlichen Hamburger Wohnungsbaugesellschaft (SAGA) gegen den Schiffszimmerer W. Eddelbüttel, einer der letzten 70 Bewohner Altenwerders mußte zurückgewiesen werden.** Die SAGA war gar nicht zur Klage befugt. Ein erneutes Räumungsverfahren kann zwei weitere Jahre in Anspruch nehmen und gefährdet damit die Hafenerweiterung des Hamburger Senats für die Hafenkapitalisten. Zur Beschleunigung des Verfahrens wurden zwei Tage später Eddelbüttels Haus beschossen und die Tür mit einem Anker eingeworfen. Von den Altenwerdern wird am 28./29. Juni ihr Fischerfest organisiert, auf dem sie auch über ihren weiteren Kampf unterrichten wollen.

b.kav. **Bei der Umfrage des Kieler Schulamtes „Welche Schule für mein Kind?" haben sich 47% der befragten Eltern für die Gesamtschule entschieden.** Besonders hoch fiel die Entscheidung in Stadtteilen mit hohem Arbeiteranteil aus. Versorgt wissen wollen die Eltern ihre Kinder, wenn beide den ganzen Tag arbeiten müssen. Außerdem sind Gesamtschulen z.Zt. noch besser ausgestattet, da die Bourgeoisie noch erhebliche Mittel in die Erprobung steckt. Um die Qualität der Ausbildung zu steigern, müssen die Arbeiter sich über die Gewerkschaften in alle Schulangelegenheiten einmischen.

b.rad. **Die durchschnittliche Lehrer-Wochenarbeitszeit ist nach einer neuen GEW-Untersuchung über 53 Stunden. Der Lehrerlohn entspricht auf dieser Grundlage einem Facharbeiterlohn.** Ein beamteter, vollbeschäftigter Lehrer, 1 Kind, Dienstaltersstufe 6, Steuerklasse III, erhält brutto 3421,33 DM. Nach Abzug von Lohnsteuer, beruflicher Ausgaben und Krankenversicherung verbleiben netto 2673,23 DM. Die monatliche Arbeitszeit beträgt 240 Stunden. So ergibt sich ein Brutto-Stundenlohn von 14,26 DM und ein Nettolohn von 11,14 DM. Anders herum: Bezieht man das Gehalt auf die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit von 173 Std. (bei einer 40-Std.-Woche) und berechnet für die 67 Überstunden einen Zuschlag von 25%, ergibt sich, daß 1656,24 DM brutto vorenthalten werden.

r.mah. **Weiterhin werden Briefe und Resolutionen an den niedersächsischen Kultusminister Remmers und an die**





r.han. Kleingärten – Idylle in Grün, wie es der Rat der Stadt Hannover und Ratsherr Rädecker als Vorsitzender des Bezirksverbandes der Kleingärtner weiszumachen versuchen? Auf dem Info-Stand am Samstag protestierten die Kleingärtner gegen geplante Pachtpreiserhöhung und Wohnlaubenentgelt.

Von ,,Überangebot an Lehrstellen und umfassender Ausbildung'' kann keine Rede sein

r.brb. Die Industrie- und Handelskammer Kiel meldete am 31.5.80 ein Überangebot von Lehrstellen, allerdings nicht für ,,Mode- und Traumberufe''. Eine Anzeigenkampagne des Arbeitsamtes Kiel war dem vorausgegangen. Ähnliche Behauptungen stellt auch das Schmudeministerium im Bundesbildungsbericht vom März auf. Die Jugendlichen hätten also selbst schuld, wenn sie keine Ausbildung haben wollten, ist das Resümee. Dagegen kann man feststellen:

1. Ein Überangebot gibt es nicht. Dahinter ist selbst das Bundesamt für Statistik gekommen, das auf eine Dunkelziffer von 70000 amtlich nicht erfaßten Jugendlichen ohne Ausbildung hinweist.
2. haben in den letzten Jahren mehr Jugendliche weiterführende Schulen besucht in der Hoffnung, dadurch ihre Berufschancen zu verbessern.
3. ist die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis tatsächlich gestiegen, nämlich in Schleswig-Holstein von 10,6% 1972 (von 62004 Berufsschülern) auf 13,4% 1977 (von 69821). Hinter dem Landesdurchschnitt verbergen sich noch regionale Differenzen: so liegt der Anteil an Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis in Kiel und Lübeck bei 8%, im Kreis Stormarn dagegen bei 18%. Wenn die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen nicht mehr so krass gestiegen ist, liegt das daran, daß sie – ohne Ausbildungsstelle – in Jugendaufbauwerk, BGJ, Berufsförderungsmaßnahmen u.ä. gepfercht worden sind, um danach als un- oder angelernte Hilfsarbeiter zu Niedriglohn in die Fabrik zu wandern.
4. muß man die Qualität der angebotenen Stellen beachten und wer diese überhaupt stellt: In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der Auszubildenden im Handwerk von 1971 – 1977 von 20006 auf 24970, sank dagegen in Industrie, Handel und Gewerbe von 25159 auf 22874. Das hängt mit der Umrüstung der kapitalistischen Produktion zusammen, die mit einer Masse von un- oder angelernten Arbeitern auskommt und wo sie ausbildet, auf Kurzausbildung mit Stufenausbildung umstellt, aus der die Kapitalisten dann wenige Facharbeiter aussieben können. Das wird deutlich an dem Angebot des Arbeitsamtsbezirks Kiel für Stufenausbildung: Elektroanlageninstallateur, E-Gerätemechaniker, E-Maschinenmonteur (1. Stufe 1 Jahr), Energieanlagenelektroniker und -gerätemechaniker (1,5 Jahre), Maurer und Straßenbauarbeiter/Industrie (9 Monate), Einzelhandelskaufmann (1 Jahr, der dann Verkäufer bzw. Ladenhilfe ist).

Entsprechend ihren geänderten Anforderungen sorgen die Kapitalisten für die Auslese bei den Abschlußprüfungen (siehe Tabelle).

Die Sachbearbeiter am Arbeitsamt Kiel müssen immer unverschämtere Anforderungen der Kapitalisten notieren wie ,,gepflegtes Äußeres'' u.ä. und sollen die Jugendlichen, die sich vielleicht auf die angebotenen 14 Schlosser- oder 25 Schiffbauerstellen bewerben, dazu beschwatzen, doch lieber eine der 90 Friseur- oder 20 Autolackiererstellen zu nehmen.

Die Forderung nach qualifizierter Ausbildung in polytechnischer Einheitsschule gewinnt angesichts dieser Lage und den geschönten Statistiken der Bourgeoisie immer dringlichere Bedeutung, wie auch der Kampf der Jugendlichen darum, daß BGJ-Plätze nur mit Lehrvertrag zu vergeben sind, Unterstützung verdient.

Durchfallquoten des IHK-Bezirks Kiel bei der Abschlußprüfung (ohne Handwerk; ausgewählte Berufe)

	Prüf. kand.	Durchgefallen in Prozent			
	1978	1978	1977	1974	1971
Dreher	54	11	4	30	4
Masch.schlosser	231	16	10	14	4
Schiffbauer	43	16	8	0	32
Tankwart	56	41	45	39	29
Techn.Zeichner	91	24	8	15	2
Feinmechaniker	n.erw.	–	56	11	9
Elektromechan.	n.erw.	–	–	4	11
Bankkaufmann	274	5	6	17	5
Bürogehilfin	135	30	32	41	41
Einzelhand.kfm	366	15	20	37	22
Kfm.Großhandel	317	11	19	33	21
Verkäufer	837	13	15	16	12
Bürokaufmann	308	10	20	17	18

SPD/CDU: ,,Pflege der Kultur des deutschen Ostens''

Jugend soll für ,,nach Ostland wollen wir reiten...'' gewonnen werden

b.bab. ,,Ist der (Hamburger)Senat bereit, der Vermittlung der Geschichte und der Kultur der Vertreibungsgebiete in den Schulen breiteren Raum einzuräumen?'' (CDU) Die deutsche Ostkolonisation begann mit den Kreuzzügen. Motiv: ,,Bist du ein kluger Kaufmann ...einen großen Markt sage ich dir vorraus...nimm das Kreuzzeichen.''

Der ,,kluge Kaufmann'' war die in der ,,Hanse'' zusammengeschlossene deutsche Handelsbourgeoisie. Die von ihr finanzierten Ausrottungs- und Vertreibungsfeldzüge sollten die Konkurrenz der osteuropäischen Handels- und Handwerkszentren ausschalten und ihren Markt gewaltsam dem hansischen Kaufmannkapital öffnen. Zu diesem Zweck gründete sie 1177 den ,,Deutschen Orden'', der im folgenden den organisatorischen Rahmen für die Raubzüge bildete und ,,deutsche Kultur'' brachte, von der damaligen Chronisten in der Regel wie folgt berichteten: ,,(Die Kreuzfahrer) überschritten...die Grenzen der Aufständischen, verheerten ihre Gebiete mit Feuer und Raub, Tot und Verwüstung und machten alles nieder, so daß sich nichts mehr regte...gegen Ende war das blühende Land in eine Wüste verwandelt.''

In Schulbüchern wird dies gern als ,,Blüte der deutschen Ostkolonisation'' bezeichnet und die Entvölkerungs- und Ausplünderungspolitik unter einem Netz von Lügen und Halbwahrheiten verdeckt. Der Osten war angeblich nur dünn besiedelt, zu großen Teilen menschenleer. Erst deutsche Stämme und Stände hätten dieses Gebiet kultiviert. Nach dem 2.Weltkrieg wurden Deutsche unrechtmäßig daraus vertrieben. Für diese Auffassung soll die Jugend gewonnen und der erneute Kampf zur Verbreitung ,,deutscher Kultur im Osten'' ideologisch vorbereitet werden. Die CDU fordert für die Vertriebenenverbände in Hamburg mehr Geld. Dem Senat sind ca. 100000 DM jährlich vorläufig genug. Klose weiß, daß er die Arbeiterklasse für Vereine, die auch Österreich als Teil Deutschlands betrachten nicht gewinnen kann. Er setzt lieber auf Entspannung und Ostverträge – letztere bringen der westdeutschen Bourgeoisie gegenwärtig auch mehr ein: Von 7,2 Mrd. DM 1970 stiegen die Exporte in RGW-Länder 1978 auf 20,2 Mrd. DM.



Umfang der Gerichtsverfahren nimmt zu

Die Ausweitung der Schnellverfahren wird nicht hingenommen

b.hoo. Terminsvormittag in Zivilsachen vor einem Amtsrichter in Kiel. Zwischen 9.00 und 10.30 Uhr werden 11 Prozesse ,,verhandelt''. Praktisch bleibt in den meisten Fällen gerade Zeit, die Anträge zu stellen. Die 11 Prozesse bilden einen Querschnitt durch die Alltagsprobleme der Massen: 4 Mietklagen sind darunter, 3 Klagen von Versandhäusern wegen Ratenzahlungskäufen, 2 Schadenersatzverfahren wegen Verkehrsunfällen.

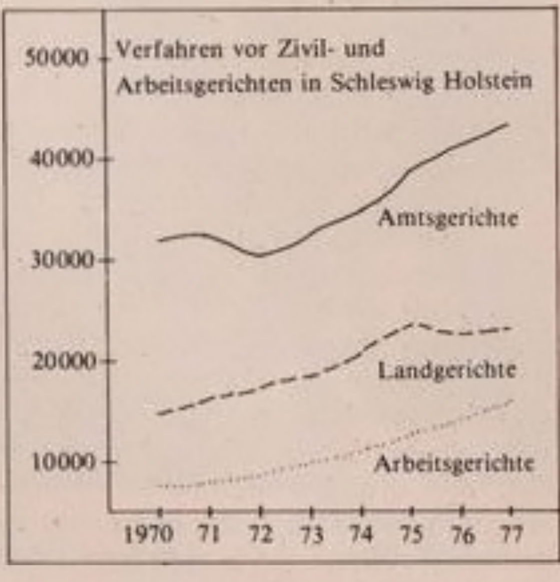
Wer hier seine Interessen ohne Anwalt gegen Kapitalisten, Grundeigentümer oder Banken vertreten muß, ist oft ganz verraten und verkauft. – Einer älteren Frau ist das Mietverhältnis fristlos gekündigt worden. Angeblich hat sie die Treppe seit einem Jahr nicht mehr geputzt. Sie beteuert, daß das nicht stimmt. Die Kieler Wohnungsbaugesellschaft als Vermieterin benennt mehrere Zeugen. Vom Richter wird die Frau gedrängt, den Räumungsanspruch anzuerkennen. Es werde doch sonst nur teurer, sie bekomme auch eine angemessene Räumungsfrist. Sie gibt sich geschlagen und bekommt 3 Monate Räumungsfrist zugebilligt. Im Hause gewohnt hatte sie seit 16 Jahren! – Einem türkischen Arbeiter redet das Gericht wortreich einen Vergleich auf, wonach er die ganzen Kosten des Prozesses zu tragen hat. Der Mann spricht nur sehr gebrochen deutsch, versteht nicht, worum es geht, blickt sich hilflos um. Für das Gericht kein Anlaß, einen Dolmetscher hinzuzuziehen. ,,So ist es schon das Beste für Sie'', erklärt der Richter abschließend. Als der Mann mühsam versucht, seinen Standpunkt zu erklären, wird ihm klargemacht, daß die Sache schon beendet sei.

Obwohl viele Menschen solche und ähnliche Erfahrungen vor Gericht machen, gehen sie allein zu den Terminen. Nur in einem Drittel aller Verfahren vor dem Amtsgericht sind beide Parteien durch einen Anwalt vertreten. Für die meisten sind die Kosten zu hoch. Bei einem Prozeß mit einem Streitwert von z.B. 4000 DM kann man als Verlierer ohne weiteres nochmals 2000 DM draufzahlen an Gerichts- und Anwaltskosten.

Der Umfang der Gerichtsverfahren bläht sich ständig auf. Ratenzahlungskäufe, wucherische Darlehen, Mieterhöhungen, Räumungsklagen, Streitigkeiten mit dem Kapitalisten – all dies zwingt die Volksmassen auch gegen ihren Willen vor die bürgerlichen Gerichte. Zivilprozesse vor dem Amtsgericht haben im Zeitraum von 1970-1977 um 35% zugenommen, vor dem Landgericht um 53%, Arbeitsgerichtsprozesse haben sich sogar verdoppelt.

Die Zahl der Strafverfahren ist noch schneller angestiegen. Insbesondere steigert der bürgerliche Staat bewußt den Umfang der Schnellverfahren: Strafbefehle bei der sog. Kleinkriminalität und Bußgeldverfahren, die inzwischen zu einem wichtigen Hebel der Ausplünderung geworden sind. Jedes Jahr leitet z.B. die Stadt Kiel 40000 Bußgeldverfahren ein. In 8 Jahren hat sich die Zahl der Bußgeldverfahren in Schleswig-Holstein fast verdreifacht. Die Massen nehmen diese Form der Ausplünderung immer weniger hin. Wurde 1970 noch jeder 2. Strafbefehl ohne Einspruch, d.h. ohne Hauptverhandlung, rechtskräftig, so ist es heute von 6 nur noch einer.



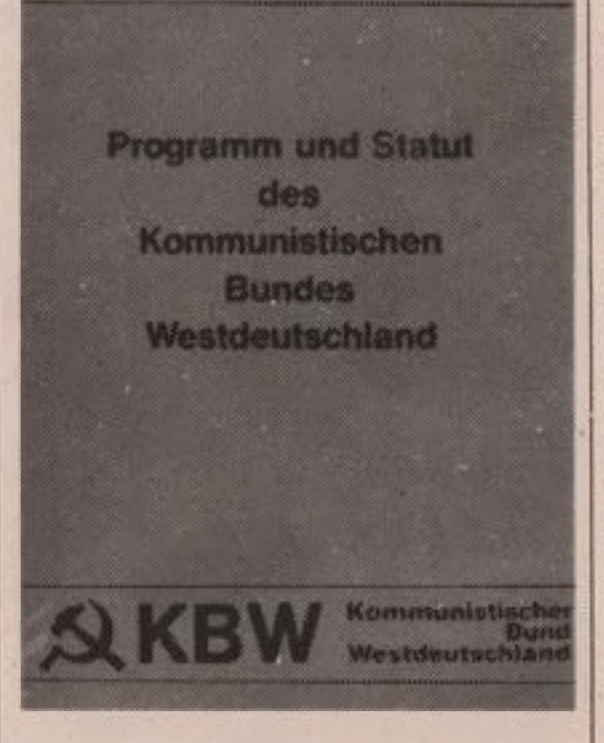


GEW geschickt. Der Protest richtet sich gegen die angekündigten Disziplinarverfahren und Gehaltskürzungen, die die am Warnstreik vom 13.11.79 beteiligten Lehrer treffen sollen: u.a. von 38 Schülern des Gymnasiums Seesen, den Teilnehmern einer Veranstaltung der GEW-Betriebsgruppe am Studienseminar Hameln und der Vollversammlung der Germanistik-Studenten in Braunschweig. An verschiedenen Schulen planen bzw. führen die Lehrer gegenwärtig die Aktion ,,Gläserne Schule'' durch. Hier ein Bild aus der Helen-Keller-Schule (Sonderschule) in Hannover.



b.bia. **Schüler und Eltern fordern vom Landkreis Harburg Unterstützung bei der Essensversorgung.** Seit 3 Jahren hält die Verwaltung die Schüler in Neu-Wulmstorf mit der Einrichtung einer Mensa zurück. Erst heiß es, es sei kein Raum da, ansonsten hätte die Kreisverwaltung nichts dagegen, wenn die Eltern für die Schüler des Gymnasiums und der Realschule kochen wollten. Jetzt heißt es, es sei kein Geld da und es dürfe kein Präsendenzfall geschaffen werden, indem die Einrichtung einer Küche mit 30000 DM gezahlt würde. ,,Idealismus ist hier falsch am Platz...'' und würde man hier nachgeben, stellten andere Eltern weitere Forderungen auf, so der Vertreter der Verwaltung bei der Kreisschulausschußsitzung am 21.5.. Der Vertreter der Berufsschüler begrüßte die Initiative für die Essensversorgung und forderte eine Verpflegung der Berufsschüler in Winsen durch eine Großküche. Z.Zt. gibt es dort nur belegte Brote, die die Hausmeistersfrau für einen Stundenlohn von 1.50 DM schmiert.

b.dam. **Den Fragen nach der Lagerung von Atomsprengköpfen in Meyn, Kreis Schleswig-Flensburg, wich Egon Bahr ganz offensichtlich auf der Podiumsdiskussion in Flensburg aus.** Trotz aller Geheim- und Sicherheitsstufen lassen sich die Vorhaben, weitere amerikanische Truppen in Leck zu stationieren, nicht verheimlichen. Die Aktionseinheit führt am 21. Juni eine Demonstration nach Meyn gegen die Lagerung der Atomsprengköpfe durch.


Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

beschlossen von der Gründungskonferenz im Juni 1973, in der Fassung der dritten ordentlichen Delegiertenkonferenz am 30.1.76.

Das Programm ist auch in den folgenden Sprachen erhältlich: türkisch, griechisch, serbokroatisch, italienisch, portugiesisch, spanisch, französich, englisch, dänisch.

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Preis -.80 DM.

Auszüge aus dem Programm: ,,Auf dem Weg zu ihrem gemeinsamen Endziel stellen sich den Kommunisten in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Aufgaben, weil die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nicht überall auf derselben Stufe steht, der Imperialismus durch den Unterschied zwischen unterdrückenden und unterdrückten Ländern gekennzeichnet ist, die Entwicklung in den einzelnen Ländern sich in unterschiedlichen sozialen und politischen Verhältnissen abspielt und das Proletariat in einigen Ländern die politische Macht schon erobert hat und in die Übergangsperiode zum Kommunismus eingetreten ist. Die Kommunisten bestimmen ihre unterschiedlichen Aufgaben jedoch stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt, wie sie in der Epoche des Imperialismus und der Ära der proletarischen Weltrevolution hervorgetrieben werden, um so den Kampf gegen den unmittelbaren Feind im eigenen Land aufs engste mit der Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker zu verbinden.''

Veranstaltungskalender

Sportkurs
Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung / Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Sonntag, 10 Uhr, Große Stadtparkwiese

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Prozeß gegen J. Dege wegen ,,Widerstand'' im Bürgerschaftswahlkampf 1976

Hamburg, 3.6.80, 10.30 Uhr, und am 5.6.80, 9 Uhr, Jaenckelhaus, Max-Brauer Allee 134

Fortsetzung der Verhandlung gegen K. Maas wegen Widerstands gegen Polizeieinsatz zum Schutz einer NPD-Kundgebung

Hamburg, 6.6.80, 9 Uhr, Jaenckelhaus, Max-Brauer Allee 134

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica

Flensburg, 2.6.80, 14 Uhr, und 3.6.80, 9,15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Pfingsttreffen der DGB-Jugend

b.wir. 10000 Besucher hatte das Pfingsttreffen der DGB-Jugend der Landesbezirke Nordmark, Hannover und Westberlin im Hamburger Stadtpark. Die verschiedenen DGB-Jugendgruppen haben das Treffen genutzt, um ihre Forderungen darzustellen, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Das entsprach auch den Erwartungen. Ein Jungarbeiter aus Goslar: „Ich erwarte vor allem, daß ich viel erfahre, was so andere Gewerkschaftsgruppen machen, daß man Erfahrungen austauscht, diskutiert und neue Leute kennenlernt." Gewerkschaftsjugendliche aus Celle: „Vor allem Erfahrungsaustausch und Informationsaustausch ist für uns wichtig und das haben wir hier." (aus „Bärenstark", Zeitung zum Pfingsttreffen) Die Forderungen konzentrieren sich im wesentlichen auf 3 Komplexe:

1. *Qualifizierte Ausbildung für alle!* z.B.„Gegen Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge" (IG Metall Hamburg und Niedersachsen)

2. *Forderungen zur Ausbildungsvergütung und den Kosten der Ausbildung,* z.B. „60% vom Ecklohn für Auszubildende" (AEG Hamburg), „Fahrgeld für alle Auszubildenden" (Blohm + Voss Hamburg).

3. *Forderungen gegen den Krieg,* z.B. „Nieder mit den Kriegstreibern." (IG Metall Niedersachsen).



DGB-Jugend Niedersachsen



Blohm und Voss fordert:



Arbeitskreis Wehrpflichtige Hamburg

Elstner bietet 150 Planstellen mehr – allein fürs UKE sind mindestens 189 nötig

b.kym. Etwa 70 Planstellen sind in der Krankenpflege des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf (UKE) gegenwärtig nicht besetzt. Immer mehr Schwestern geben auf und kündigen. Die gewachsene Intensität der Arbeit führt dazu, daß verheiratete Schwestern mit Kindern sich nicht bewerben. Zahlreiche Beschwerdebriefe, die auch in der Presse veröffentlicht wurden, hat sich die Senatorin Elstner eingehandelt. In der 1. Medizin mußte der Pavillion für hochinfektiöse Patienten mit 21 Betten mehrere Wochen geschlossen werden. Die Zentralaufnahme mit *einem* Bett wird „Zentraler Abschiebedienst" genannt.

Die Politik des Hamburger Senats – Einfrieren der Personalkosten durch „Nullstellenplan" (d.h. neue Stellen nur, wenn woanders welche abgezogen werden) – zwingt die ÖTV zu Maßnahmen. Der Personalrat des UKE hat einen Arbeitskreis gebildet zur Erarbeitung eines Fragebogens entsprechend den von der ÖTV im November vorgeschlagenen „Einflußfaktoren für eine leistungsbezogene Personalbemessung an Krankenhäusern". Mit Berechnung nur eines dieser Faktoren, der Ausfallquote, die gegenwärtig real 23% gegenüber gültigen 15% beträgt, kommt man für das UKE bei den Pflegekräften KR I - IV, die hauptsächlich mit der Pflege der Patienten befaßt sind, auf einen Mehrbedarf von 189 Stellen. (Die Abteilung Gesundheit der ÖTV hat am Beispiel einer 33-Betten-Station einen Mehrbedarf von 13,3% errechnet). 150 Planstellen mehr hat Elstner für sämtliche Krankenhäuser in Hamburg angeboten.

Die verkürzte Verweildauer und die gestiegene Zahl der Patienten bei immer schwereren Krankheitsbildern machen immer mehr Untersuchungen in kürzerer Zeit nötig. Immer mehr Patienten sind gezwungen, auch zur ambulanten Behandlung und Diagnose die Fachabteilungen der Krankenhäuser aufzusuchen, die die notwendigen Diagnoseverfahren durchführen können. In der Röntgenabteilung des UKE etwa, die 2 Computertomographen hat, mit denen genaue Diagnosen des ganzen Körpers mit wenig Strahlenbelastung schichtweise erfaßt werden, ist die Zahl der ambulanten Behandlungen von 1977 96249 auf 102651 im Jahre 1979 gestiegen (+ 6,7%). In der Urologischen Klinik (Krankheiten der Harnwege) stieg die Zahl von 5013 auf 6986 (+ 39,4). Beispiel, wie arbeitsaufwendig ein solcher Fall ist; Erstuntersuchung Urologische Poliklinik.

Eine Schwester und eine Röntgenassistentin führen Untersuchungen durch auf Harnwegsinfekte und Reflux (Rückfluß des Urins von der Blase in die Niere, Folge Vergiftung des Körpers): Patient zur Untersuchung bringen (2 min), Patient auf Röntgentisch in Position bringen und über Untersuchung aufklären, Blase röntgen (8 min), Anlegen eines Katheters und Abzapfen von Urin für eine Kultur (5 min), Kontrastflüssigkeit über Tropf in die Blase laufen lassen, bis sie randvoll ist (je nach Fassungsvermögen 10 - 20 min). Jetzt kommt ein entscheidender Moment: Der Patient muß während der Aufnahme Wasser lassen (1 - 30 min. manche können das nicht sofort). Patient fühlt sich hilflos, Personal wird sauer, weil schon wieder 10 andere auf die Untersuchung warten. Aufnahme machen, entwickeln und zum Arzt bringen (10 min), Tisch säubern (2 min). Knapp gerechnet bedeutet so ein Fall 45 Arbeitsminuten.

Aufs ganze Krankenhaus berechnet hat das Pflegepersonal KR I - IV von 1976 bis 80 um 2 Stellen abgenommen, das zeigt schon das Ausmaß der gewachsenen Vernutzung der Arbeitskraft. Es ist für die Krankenhausbelegschaften sicher lohnend, anhand eigener Zahlen dem Dienstherren die Rechnung aufzumachen.

Leistungszahlen Universitäts-Krankenhaus Eppendorf

Jahr	Personal insgesamt	Pflegepers. KR I – VI	Verweildauer	stat.Pat. Neuaufn.	Pat./Krankenschw.
1976	4363	1392	15,1	35450	25,5
1977	4345	1382	15,0	35631	25,8
1978	4551	1407	15,1	36289	25,8
1979	4569	1395	14,7	36159	25,9
1980	4623	1390	13,6*	36636*	26,4*

Quelle: Haushaltspläne des HH-Senats, Statistische Meldungen an die Gesundheitsbehörde. * hochgerechnet aus den Zahlen von April 1980.

Stadt Rendsburg setzt Bauarbeiter als Hilfspolizisten ein

b.chc. In der Nacht zum 17. Mai hat die Initiativgruppe zur Erhaltung des Rendsburger Stadtbildes ein seit 2 Jahren leerstehendes Wohnhaus in Rendsburg in der Reventlowstr. besetzt, nachdem am gleichen Tag die Stadt Rendsburg dem Bauherren Pahlke die Abbruchgenehmigung erteilt hatte. Selbst Kreisdenkmalspfleger Bahrens hatte sich aufgrund der guten Bausubstanz gegen einen Abbruch ausgesprochen.

FDP-Fraktionsvorsitzender und Senator der Stadt Rendsburg, Fritjof Wilken, hatte der Initiativgruppe zugesichert, daß erst in mehreren Monaten über das endgültige Schicksal des Hauses entschieden würde. Er mußte es als Duzfreund des Bauherren Pahlke ja wissen. Was er aber auch wußte, ist die Tatsache, daß Pahlke vorhat, auf dem Grundstück ein neues 6-Familien-Eigentumswohnhaus zu errichten. Die Hausbesetzung war für ihn daher ein „unpassendes Mittel". Das Haus mußte geräumt werden. Es wurde geräumt, indem er am Montag zwei seiner Arbeiter als Spitzel zu den Hausbesetzern schickte und sie die Lage auskundschaften ließ. Am Dienstag morgens um 5 Uhr drangen dann 30 bis 40 Bauarbeiter gewaltsam in das Haus ein, indem sie die Eingangstür zertrümmerten und sofort begannen, alle sanitären Anlagen zu zerschlagen, alle Türen rauszuhauen und die Besetzer mit Gewalt auf die Straße zu treiben. Anschließend wurden die Stockwerke unter Wasser gesetzt und in den darauffolgenden Tagen mit dem Abriß begonnen. Beteiligt an der Aktion waren Arbeiter der Firmen Jakobs und Pahlke, wobei die Vermutung, daß zu diesem Manöver extra Leute angekauft wurden, sehr nahe liegt. Die gewaltsame Räumung des Hauses und der Abriß werden von der Bevölkerung nicht so einfach hingenommen, was auch in einer Unterschriftensammlung, die bislang von 120 unterstützt wird, zum Ausdruck kommt.



Preiserhöhungen der Düngemittelkonzerne kann man nur Erzeugerpreiserhöhungen entgegensetzen

b.mee. Gegen die drastischen Verteuerungen ihrer Betriebsmittel reicht die 5% Erzeugerpreiserhöhung der EG bei weitem nicht aus. Für die westdeutschen Bauern bleiben wegen der Senkung des Währungsausgleichs nur 4%.

Wieviel von diesen 4% der Großhandel einstreicht und bei den Bauern tatsächlich ankommt, wird sich noch herausstellen. Eines ist jedoch sicher, die Betriebsmittelpreise für Diesel, Dünger, Pflanzenschutzmittel, Saatgut, Maschinen usw. steigen unaufhaltsam, Stickstoffdünger zum 1.6.80 um 12%, Phosphordünger um 10 bis 12%, Kalidünger um 8%. Die Düngerpreise sind in diesem Jahr schon einmal drastisch angehoben worden, wie die Tabelle zeigt. Die Ruhr Stickstoff AG mit 25% Marktanteil hat in ihrer Erklärung im Bauernblatt darauf hingewiesen, daß sie bald wieder erhöhen will. Der Düngeraufwand eines getreideproduzierenden Marktfruchtbetriebes der schleswig-holsteinischen Ostküste betrug im Wirtschaftsjahr 78/79 415 DM/ha. Dieser Betrieb wird in diesem Jahr bei gleicher Düngungsintensität 460 DM/ha aufwenden müssen und nach dieser neuen Preiserhöhung 515 DM/ha. Für einen 40 ha Betrieb bedeutet diese neue Preiserhöhung somit 2200 DM Mehrbelastung im Jahr. Von Seiten der Landwirtschaftskammer wird den Bauern geraten, der Düngerpreiserhöhung mit Frühbezugsvorteilen zu begegnen, d.h. den Dünger für das Wirtschaftsjahr 1981 schon jetzt zu günstigeren Bedingungen zu kaufen. Diesen Ratschlag können nur kapitalkräftige Agrarkapitalisten ausführen.

Jüngste Preisentwicklung Dünger – Getreide in DM/dt Raum Nordfriesland

	Kalkammon salpeter	Diammon-phosphat	Gerste	Weizen
Frühjahr 79	27,50	39,50	44,60	49,30
Frühjahr 80	30,20	46,80	44,50	48,40
ab 1.6.80	ca. 34,50	ca. 54,00	45,50	49,10

Agrar-Praktikanten in landesweiten Tarifvertrag aufgenommen

b.anp. Am 7.5. 1980 haben der Landwirtschaftliche Arbeitgeberverband Schleswig-Holstein und die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten (GGLF) einen Tarifvertrag für Auszubildende und Praktikanten abgeschlossen. Vorausgegangen waren langjährige Bemühungen und Kämpfe, in denen die Fachtagung Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (ELFG), ein Zusammenschluß aller Fachbereiche dieser Richtungen in der BRD, zusammen mit der GGLF die Forderung nach Einbindung der Praktikanten und Auszubildenden in die Tarif- und Manteltarifverträge erhoben haben.

Im jetzt beschlossenen Tarifvertrag heißt es: „§1: Die Gesamtbruttomonatsvergütung beträgt für Praktikanten ohne einschlägige fachpraktische Vorkenntnisse Protokollnotiz: „1. Der volle Wert für Kost und Wohnung beträgt in Schleswig-Holstein seit 1.1.1980 350 DM für Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und für Auszubildende 297,50 DM je Monat."

Wie aus einer Umfrage unter ca. 170 ehemaligen Praktikanten an der Uni Kiel hervorgeht, haben deren Arbeitszeiten oft weit mehr als 40 Std./Woche betragen. Im Rahmentarifvertrag für Landarbeiter in Schleswig-Holstein wird die Arbeitszeit wie folgt geregelt: November - März: 40; April - Juli: 41; August: 49; September, Oktober: 46 Std/Woche. (§3) Das sind im Schnitt 42 Wochenstunden.

§5 Rahmentarifvertrag, Ziffer 6 (Zuschläge für Überstundenarbeit): „Die Zuschläge betragen: a) für Mehrarbeit: 25 vH, b) für Nachtarbeit: 20 vH, c) für Sonntagsarbeit: 50 vH, d) für Feiertagsarbeit: 150 vH zum jeweiligen Stundenlohn. Wenn Nacht- und Mehrarbeit zusammenfallen, sind beide Zuschläge zu bezahlen."

Alle diese Bestimmungen, genau wie die im Rahmentarifvertrag festgelegten Urlaubs-, Sonnabendarbeits- und Kündigungsregeln, gelten für Praktikanten nicht. Sie sind also weiterhin als Lohndrücker einsetzbar.

Weiterhin regelt der abgeschlossene Tarifvertrag nicht die Ausbildungsbedingungen für Praktikanten. In dem von GGLF und ELFG geforderten Praktikantenvertrag heißt es z.B. in §2:„Pflichten des Betriebsinhabers und Ausbildungsleiters: 1. Die Ausbildung (ist) so zu gestalten, daß der Praktikant vielseitige Fähigkeiten und Kenntnisse sowohl im handwerklich-technischen als auch im sozioökonomischen Bereich erwirbt, eigene Erfahrungen sammelt und Vergleiche anstellen kann..." Für die Durchsetzung der Regelung der Ausbildung, der Arbeitsbedingungen und der Spaltung zwischen Landarbeitern und Praktikanten steht der Kampf für die Einbindung des Praktikantenvertrages in den Rahmentarifvertrag nach wie vor auf der Tagesordnung, bundesweit allemal. Der jetzt beschlossene Tarifvertrag ist ein erster Erfolg in dieser Auseinandersetzung.

Die Konsequenzen gehen weit über den Fachbereich Agrar hinaus: In einer ganzen Reihe von Studiengängen ist nämlich ein Betriebspraktikum Bedingung für die Abschlußprüfung. Die Forderung nach der Einbindung der Praktikanten in die Verträge ist verbreitet.

Sanierung bringt so oder so unbezahlbar hohe Mieten

b.jub. Der Falkenried ist eine ruhige Straße in Hoheluft-Ost. Ausreichende Einkaufsmöglichkeiten sind vorhanden, außerdem ist die Innenstadt gut zu erreichen. In der näheren Umgebung gibt es Parks und Grünanlagen, also eine schöne Wohngegend.

Die Terassenhäuser am Falkenried wurden gegen Ende des letzten Jahrhunderts gebaut, um Wohnraum zu schaffen für die Arbeiter, deren Wohnungen dem Ausbau des Freihafens zum Opfer gefallen waren. Die Terassenwohnungen sind 30 - 40 m² groß (2 kleine Zimmer, Küche, Toilette) und kosten ca. 120 DM Miete (kalt). 1973 wohnten in den 122 Häusern über 1660 Menschen, heute sind es ca. 1000.

Ursprünglich waren die Terassen reines Arbeiterwohngebiet. Mit Bekanntwerden der ersten Sanierungspläne zogen viele Bewohner aus. Dafür zogen Studenten und Ausländer ein. Nur an solche sogenannten „mobilen Mieter" wurden die Wohnungen vermietet. So wohnten dort 1976 40 - 50% Rentner, 20% junge Arbeiterfamilien, 20 - 30% ausländische Arbeiter und 10% Studenten. Die Besitzer (1976 gehörten von den 610 Wohnungen 420 der Neuen Heimat, 90 der SAGA, 100 drei privaten Hauseigentümern) wollten sich dadurch eine spätere Räumung der Wohnungen im Rahmen der Sanierungspläne erleichtern.

Heute sind 32 Wohnungen nicht vermietet, andere sind angeblich vermie-



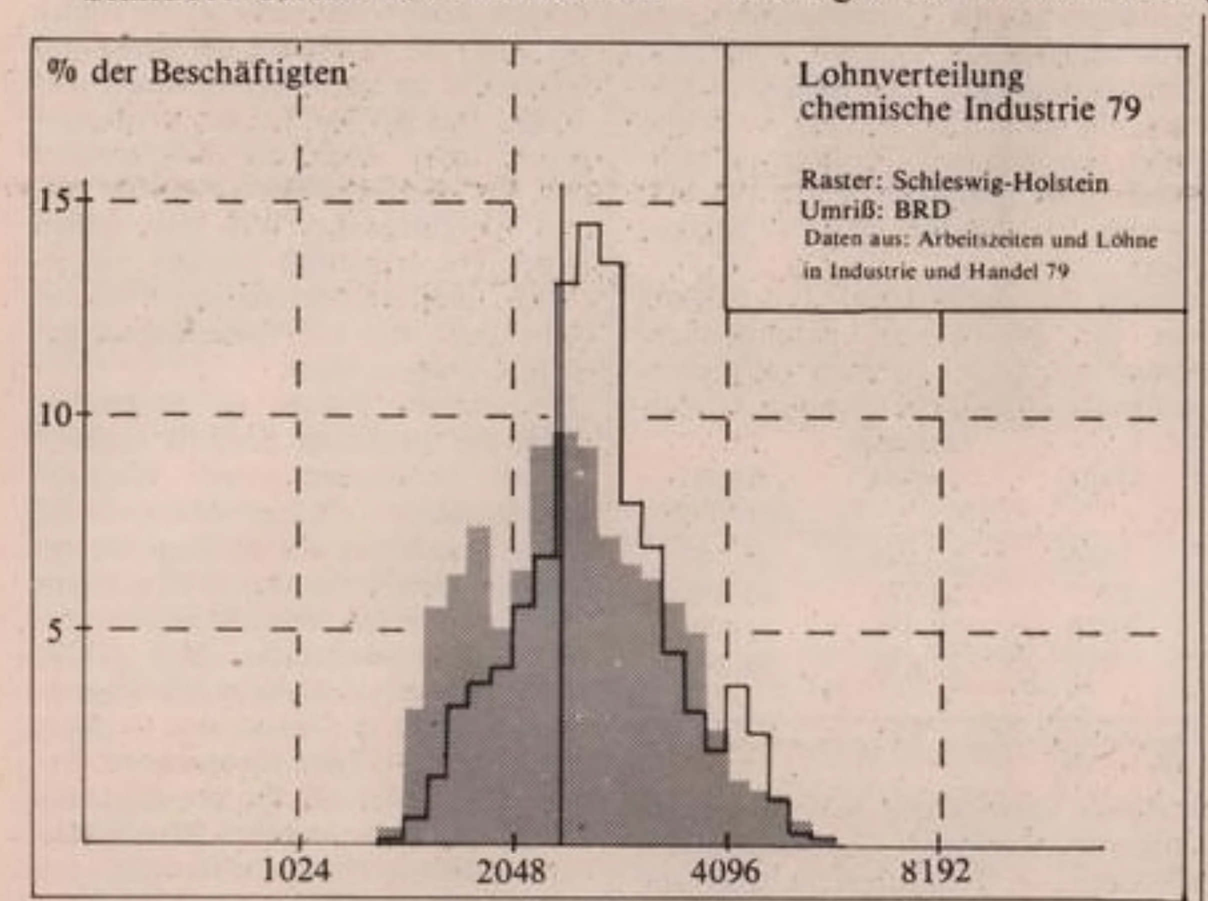
tet, stehen aber leer und verfallen. Die Feuchtigkeit aus diesen unteren Wohnungen zieht nach oben und macht die oberen Wohnungen unbewohnbar. Dagegen wehren sich die Mieter. Sie wollen am Falkenried wohnen bleiben, aber nicht in halb verfallenen Räumen, sondern in gründlich renovierten Wohnungen.

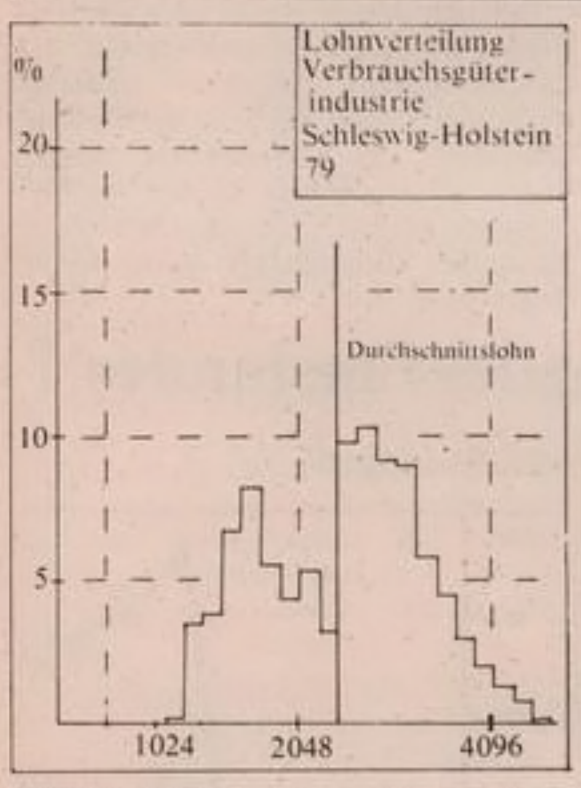
Das stört die Hausbesitzer. Sie wollen die Arbeiter aus dem Falkenried vertreiben, um mehr Geld zu kassieren. Eine Möglichkeit ist der Abriß der Terassen und der Bau von 400 Eigentumswohnungen (Plan der Neuen Heimat vom 15.12.72). Die andere Möglichkeit ist die Renovierung. Laut Aussage der Neuen Heimat würde eine Renovierung pro Wohneinheit 25 - 30000 DM kosten. Die Umlage der Kosten würde eine Mieterhöhung von mindestens 250 DM bedeuten, zuviel für die jetztigen Bewohner. Vor allem Rentner, ausländische Arbeiter und Studenten können keine hohe Miete bezahlen. Die Arbeiter würden also – wie damals aus der Innenstadt – erneut aus ihrem Wohngebiet vertrieben.

Bausenator Lange will Anfang Juni die Terassenhäuser besichtigen. Man muß von ihm eine Renovierung der Wohnungen ohne eine Erhöhung der Mieten verlangen.

„Staatliche Mitgift für hartgesottene Freier"

Standortvorteile von Brunsbüttel – niedriges Lohnniveau und gute Transportmöglichkeiten





Lohnverteilung chem. Grundstoffproduktion Schleswig-Holstein 79

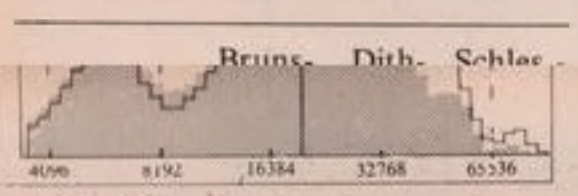
Raster: Frauen
Umriß: alle Beschäftigten



Entwicklung des Handwerks
Veränderungen 1968 zu 1977

Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen 1977
Umriß: Schleswig-Holstein
Raster: Kreis Dithmarschen

Stromverbrauch in ausgewählten Kreisen in Schleswig-Holstein
(in Prozent des Gesamtverbrauchs)



Entwicklung des Handwerks
Veränderungen 1968 zu 1977

	Brunsbüttel	Dithmarsch.	Schles.-Holst.
Betriebe	–30,8	–24,7	–19,1
Beschäftigte	–23,6	– 6,5	– 7,4
Beschäftigte pro Betrieb	7,0	6,8	8,5

Stromverbrauch in ausgewählten Kreisen in Schleswig-Holstein
(in Prozent des Gesamtverbrauchs)

	73	76	78	Einwohneranteil
Dithmar.	13,8	15,0	14,4	5,1
Lübeck	14,8	14,3	12,8	9,1
Plön	1,2	1,2	1,3	4,4

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Schleswig-Holstein
(in vier Quartalen 1979 und dem Durchschnitt)

	I/79	II/79	III/79	IV/79	Durchschnitt
Industrie ohne Bau	41,5	42,3	42,6	42,9	42,3
chem. Grundstoffproduktion	37,6	43,4	45,4	45,0	42,9
Maschinenbau	41,6	42,3	42,8	43,2	42,4
Schiffbau	42,4	42,7	44,4	44,4	43,5

b.hek. „Um Brunsbüttel herauszuputzen, hat das Land tief in die Tasche gegriffen, mit dem Bau des Elbehafens hat das Land Brunsbüttels „Sexappeal" so steigern können, daß die Freier nicht widerstehen konnten." So der Beauftragte der Landesregierung für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel Keussen auf dem 2. Fachpresseseminar der Bayer-Werke 1978. Da hatten sich die „Freier" schon lange entschieden. Als 1970 das Werk den Ansiedelungsvertrag mit der Landesregierung abschloß, hatte die Stadt in der Tat viel für die Kapitalisten zu bieten. Neben der fertig vorhandenen Infrastruktur, dem Hafen und den günstigen Transportbedingungen, lockten noch die niedrigen Löhne. Der Vergleich der Löhne in der chemischen Industrie zeigt deutlich, was Bayer-Vorstandsmitglied Dittmer mit „günstiger ökonomischer Struktur" meint. Ausnutzen konnten die Kapitalisten das niedrige Lohnniveau insbesondere für eine deutliche Spaltung der Belegschaft. (Die Verteilung der chemischen Grundstoffproduktion ist fast typisch für den Raum Brunsbüttel). Insbesondere bei den unteren Lohngruppen ist es ihnen gelungen, das Lohnniveau des Kreises auf ihre Industrie zu übertragen (25% der Erwerbstätigen im Kreis arbeiten in der Verbrauchsgüterindustrie).

Erscheint demgegenüber der Bereich der Facharbeiterlöhne hoch, so täuscht das noch. Denn diese Löhne kommen nur dadurch die in der Tabelle angegebenen hohen Arbeitszeiten zustande. Doch um den Druck der Reservearmee auch in diesem Teil stärker wirken zu lassen, bietet die Landesregierung jetzt an.

Dr. Dittmer pries 1978 auf dem Seminar: „Es ist eine Jahrhundertentscheidung für die Region, in der die Ansiedlung stattfindet... Wie an anderen Orten wird diese Industrialisierung letztlich die Einkommensstruktur und damit den Lebensstandart verbessern." Verbessert hat sich die Struktur für die Kapitalisten. Die Spaltung hat sich im Kreis noch weiter verschärft als im Land Schleswig-Holstein. Zwar hat es insbesondere bei den Verdiensten um 2500 DM eine Angleichung an das Niveau von Schleswig-Holstein gegeben, oberhalb dieser Marke jedoch gibt es einen rapiden Abfall.

In einer vierseitigen Anzeige in der „Welt" vom 21.5. werden vor allem

es insbesondere bei den Verdiensten um 2500 DM eine Angleichung an das Niveau von Schleswig-Holstein gegeben, oberhalb dieser Marke jedoch gibt es einen rapiden Abfall.

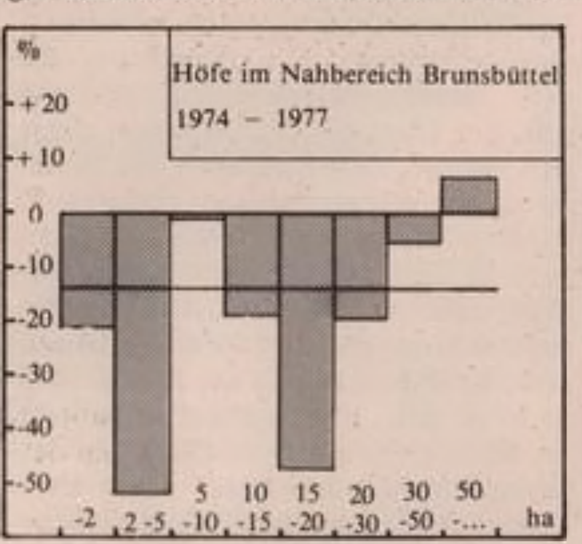
In einer vierseitigen Anzeige in der „Welt" vom 21.5. werden vor allem die guten Bedingungen für den Mittelstand gepriesen. Folgegeschäfte, Zulieferer, so versuchte die Bourgeoisie den Handwerkern die Industrialisierung schmackhaft zu machen. Tatsächlich jedoch ist das Handwerk erheblich schneller ruiniert worden als im Durchschnitt in Schleswig-Holstein.

Teuer bezahlt hat das Volk die Industrialisierung durch die Ruinierung ihrer Umwelt, durch die Zerstörung von Handwerk und Landwirtschaft. 1400 werden gegenwärtig in der neuen Industrie ausgebeutet, Handwerker und Bauern, die jetzt Nacht- und Schichtarbeit machen müssen. Dafür sind allein 100 Bauern und im Handwerk ca. 200 Menschen freigesetzt worden.

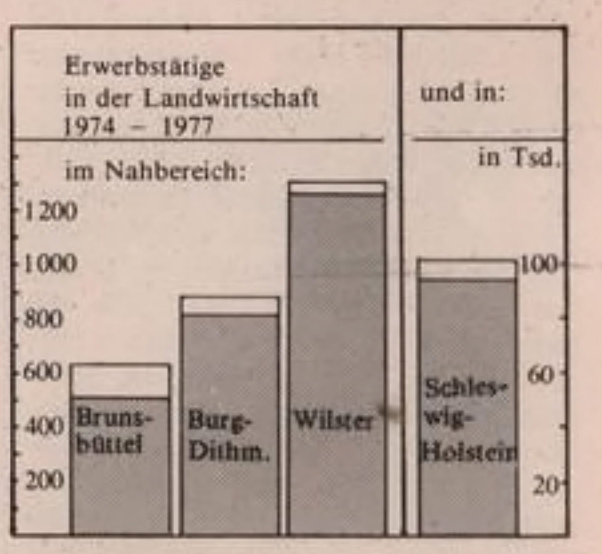
Ruinierung und Enteignung der Bauern um Brunsbüttel

b.stb. Die agrarstrukturelle Vorplanung für den Raum der Gemeinden Brunsbüttel, Averlak, Büttel, Kudensee, Landscheide und St. Margarethen von 1974-85 sieht vor, daß von 165 landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben 43 „in absehbarer Zeit die Landbewirtschaftung aufgeben" (S.40), wovon „32 mit 850 ha Landfläche...durch Industrieansiedlung und Wohnungsbebauung verdrängt" werden. (S.41) Die landwirtschaftliche Fläche soll um 1506 ha bzw. 23% bis 1985 eingeschränkt werden. Schnell soll für die dort „ansiedelnden" Kapitalisten Land und billige Arbeitskraft zur Verfügung gestellt werden.

Schon zuvor waren die Bauern in der Gegend, v.a. in dem Bereich, der zur Wilstermarsch gehört, weitgehend ruiniert. Schon von 1961-70 ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft um 39% zurückgegangen. 1974 war der Zustand der Gebäude von 165 Haupterwerbsbetrieben bei 120 „mittel", bei 23 „schlecht", bei 31 „zu klein". Trotzdem planten nur 26 Bauern „größere bauliche Maßnahmen" (s.o., S.30f). Vor allem die relativ kleinen Höfe der Grünlandgebiete sind zu größeren Investitionen nicht in der Lage. Bei kleinen Flächen und schlechter Ausrüstung der Betriebe müssen die Bauern und ihre Familien versuchen, durch immensen Arbeitseinsatz ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten – ohne Aussicht, den Hof auf die Dauer halten zu können. Das drückt doppelt auf das Lohnniveau. Es prägt die Verhältnisse, von den die industriellen Kapitalisten ausgehen können und zwingt viele Bauern und ihre Kinder zur Aufgabe des Hofes. Die Schaubilder zeigen, daß die Entwicklung die agrarstrukturelle Vorplanung noch übertrifft. Allein von 1974-77 ging die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Nahbereich Brunsbüttel um 18% (in Arbeitskräfte-einheiten) bzw. 20% (in Personen) zurück. Da aber die Bauern das Land nicht freiwillig aufgeben, wie es die Landesregierung für die Kapitalisten verlangt, wurden jene, die nicht an die „Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel m.b.H." verkaufen „wollten", enteignet. Wieviel sie für ihr Land bekamen, ist fast ein Staatsgeheimnis. Aber in Dithmarschen und Steinburg lagen die Preise für land- und forstwirtschaftlichen Boden mit ca. 87000 DM/ha zwischen 1974 und 77 nur durchschnittlich halb so hoch wie in den Kreisen um Hamburg. Und der Staat zahlte nur halb so viel wie private Käufer.



Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebsgrößenklassen im Nahbereich Brunsbüttel, 1974 bis 77. Gestrichelte Linie: Entwicklung der Höfe, durchgezogene Linie: Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Fläche. (Aus: „Agrarstruktur")



Entwicklung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit in den Nahbereichen Brunsbüttel, Burg/Dithm., Wilster und Schleswig-Holstein, 1974 (Umrandung) bis 1977 (Raster). (Aus: Statistisches Landesamt SH, Agrarstruktur und Landwirtschaftszählung 1971)

Die Gemeinden kämpfen erbittert gegen die Auswirkungen der Industrialisierung

b.uwb. Bei der Industrieansiedlung in Brunsbüttel mußte der Staat über verschiedene Hebel seine Pläne durchset-

sich eine Gemeinde wie Aebtissinwisch mit 80 Einwohnern ebenfalls ein Schwimmbad leisten.

Die Gemeinden kämpfen erbittert gegen die Auswirkungen der Industrialisierung

b.uwb. Bei der Industrieansiedlung in Brunsbüttel mußte der Staat über verschiedene Hebel seine Pläne durchset-zen. Für die Kapitalisten gab es besondere Zuschüsse, die in Brunsbüttel bis zu 25% des Investitionsvolumens ausmachen. Bis jetzt sind mindestens 765 Mio. DM dorthin geflossen. Die Gemeinden an der Unterelbe, die ebenfalls als Standorte für Anlagen ausgewiesen sind, erhalten Geschenke, um die Kommunalen Vertreter für die Pläne zu gewinnen. Die umliegenden Gemeinden erhielten keine großzügigen Mittel und haben nur den Ärger mit den Folgen.

Bei der Gemeinderatssitzung in Wewelsfleth sprach ein Gemeindevertreter offen die Befürchtung aus, wie so etwas geht. Dort wurde über die Berufung gegen das Urteil zum KKW Brokdorf diskutiert. Der Gemeindevertreter sprach sich gegen die Berufung aus, da er befürchtete, die Gemeinde würde wegen ihrer Widerspenstigkeit gegen die Energiepolitik die nötigen Zuweisungen für den Bau einer Mehrzweckhalle in Wewelsfleth nicht bekommen. Diese Spaltungspolitik hat aber in der Region in keinem Fall gefruchtet. Hier tritt eine Häufigkeit von Verwaltungsklagen gegen die Pläne des Zentralstaates auf, wie sonst nirgendwo. Eine Berufung, wie Wewelsfleth und Dammfleth in Sachen Brokdorf eingelegt haben, hat es noch nie gegeben. In der Gemeindeordnung steht ausdrücklich, daß die Gemeinden sich grundsätzlich nur mit wichtigen Angelegenheiten beschäftigen sollen. Gedacht war die Vollziehung der Gesetze auf unterster Ebene. Damit gibt man sich aber keineswegs zufrieden. Die Widersprüche zwischen den Interessen des Volkes und des Staates treten offen zutage. Die Vertreter der kleinen Gemeinden gehören in der Regel zum Volk.

Brokdorf bekam zum geplanten KKW noch ein Schwimmbad. Dies wurde vor kurzem eröffnet. Über den Haushalt kann der Betrieb nicht finanziert werden, geschweige denn der Bau. Beim Bau gab es einen Zuschuß von 90%. Bei der Einweihung sagte ein Vertreter vom Amt Wilstermarsch, wenn man es immer so macht, könnte sich eine Gemeinde wie Aebtissinwisch mit 80 Einwohnern ebenfalls ein Schwimmbad leisten.

Die Gemeinde Wewelsfleth will eine Mehrzweckhalle bauen. Davon kann sie 75% der Mittel selbst aufbringen. Jetzt geht es um die restlichen 25% der Mittel, um mit dem Bau beginnen zu können. Und dabei gibt es Schwierigkeiten vom Staat. Bei der Verzögerung der Mittel erhoffte man die Berufung gegen Brokdorf zu verhindern. Das ist gescheitert.

Der Bürgermeister von Brunsbüttel und Bundestagskandidat Austermann von der CDU reist jetzt durch die Lande für bürgernahe Politik. Auf einer Versammlung in Flethsee neben Brunsbüttel wollte er den Nutzen der Industrialisierung forsch an den Mann bringen. Er war für alles, KKW Brunsbüttel, Brokdorf, Kohlevergasung, Ausbau der B 5 und Mülldeponie Ecklack. Nach seiner Rede griff ihn gleich der Versammlungsleiter an, ein Bauer aus der Marsch. Grund: die Mülldeponie Ecklack für den Brunsbütteler Industriemüll. Er soll seine Flächen dort für das Gelände hergeben und anderswo Ersatzflächen erhalten. Er sagte, Ersatz könne er nur neben dem Wirtschaftsgebäude gebrauchen. Gegen die Deponie ist von der Gemeinde eine Instanz geklagt worden. Austermann hat jetzt noch mit zwei Grundstücken Schwierigkeiten. Sie müssen enteignet werden, was dem Herrn zu lange dauert. Auch zur Grundwasserabsenkung um Wacken mußte er Stellung nehmen, wo die Kapitalisten ihr Wasser herbekommen wollen. Dort wollen die Gemeinden ebenfalls gegen weitere Tiefbohrungen klagen.

Die Organe spielen nicht mit. Die Durchsetzung der Politik für das Finanzkapital bringt alle Schichten des Volkes in Widerspruch dazu. Bei der weiteren Auseinandersetzung gegen das KKW Brokdorf will jetzt der Bürgermeister von Wewelsfleth, Sachse, nicht mehr den Besänftiger spielen, er sagte, was jetzt in der Zukunft passiert, sollen die Herren selbst ausbaden, er werde sich nicht mehr schützend davorstellen.

Bund und Land bezahlen kapitalistische Investitionen
Landräte besorgen Aussiedlung und Enteignung

b.sal. Bayer, Chemische Werke Hüls (Veba) und HEW haben es gut verstanden, sich an der Unterelbe billig den Weg zu Höchstprofiten zu verschaffen. Schaffung von Arbeitsplätzen in der strukturschwachen Region Unterelbe war das Argument für ihre gigantischen Industrieprojekte. Die Prognose lautete Ende der 60er Jahre 11000 bis 14000 Arbeitsplätze, wurde dann auf 4200 bis 5000 gestrichen und liegt jetzt bei 3800 neuen Arbeitsplätzen.

Die Gemeinschaftszulage „Schleswig-Unterelbe" – von Bund und Ländern finanziert – stellte ein Mittel dar, die Kapitalisten zu subventionieren. Von 1978 bis 81 wurden 209 Mio. DM steuerfreie Investitionszulagen zur Verfügung gestellt. Das meiste bekommen die Brunsbütteler Konzerne mit einem Subventionswert von 20%.

Um den Kapitalisten Unannehmlichkeiten und zu große Investitionen zu ersparen, sowie Land und Subventionen unter ihnen gerecht aufzuteilen, wurde die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel GmbH gegründet – vertreten sind die Kreise Dithmarschen und Steinburg, das Land Schleswig-Holstein, die Stadt Brunsbüttel. Sie ließ einen Generalplan ausarbeiten, der die Schiffahrtswege, Häfen, Energieversorgung und das ungenutzte Potential weiblicher Arbeitskräfte als Positiv, die schlechten Verkehrsverhältnisse, der fehlende Markt für Güter und Dienstleistungen und die geringe Bevölkerungsdichte als negativ herausstellte. Land und Bund haben entsprechend gehandelt und haben bis Ende 1978 über 750 Mio. DM locker gemacht: Grunderwerb auf Aufspülung (223 Mio.), Häfen (170 Mio.), Industriestraßen und -gleise (62 Mio.), Wasserwerk, Entwässerung, Mülldeponie (zus. 94 Mio.), überregionale Verkehrsanbindung (207 Mio.) wurden für Bayer, Hüls und HEW kostenlos organisiert.

Allein 448 Familien mußten dafür Haus und Grund aufgeben, wer nicht freiwillig ging, wurde zwangsenteignet. Einige konnten sich mit Fördermitteln ein neues Haus bauen, andere nur ein altes kaufen und ein Teil mußte anschließend zur Miete wohnen.

Der Stadt wurden weitere innerstädtische Baumaßnahmen aufgedrückt. Ein Drittel muß sie davon im Regelfall mindestens selber zahlen. Nicht umsonst hat Brunsbüttel die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Schleswig-Holstein. Die o.g. Konzerne dagegen hatten bis Ende 1976 1670 Mio. DM Eigenkapital eingesetzt und über ein Drittel fixen Kapitaleinsatz durch die öffentlichen Investitionen und Subventionen eingespart. Jetzt überlegen sie, wie sie noch die Löhne drücken können. Die Arbeitslosenrate ist in Brunsbüttel niedrig, der Einwohnerstand jahrelang rückläufig. Anfang 77 war er der niedrigste seit 1962 und konnte nur durch zugezogene Facharbeiter, z.T. mit Familien *etwas* aufgefangen werden, und bis 1985 wünschen die Kapitalisten eine Einwohnerzahl von 25000. Das wird für sie trotz des Aufbaus der Facharbeiterausbildung in Brunsbüttel zunächst ein Wunschtraum bleiben.

Die Diskussionen um die britischen Truppen sind noch lange nicht zu Ende

r.wia. Den ersten großartigen Akt im Rahmen der Feierlichkeiten der Stadt und des Bistums Osnabrück zum 1200jährigen Bestehen der Stadt hat der Stadtrat hinter sich gebracht. Am 22. April 1980 hat er einstimmig beschlossen, der britischen Garnison am Ort, der größten Garnison der Briten auf der Welt, den Ehrentitel ,,Freedom of the City" (Freiheit der Stadt) zu verleihen. Am Freitag, den 30. Mai, von 11.30 bis 12.00 Uhr maschierten zum Dank 600 Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett durch die Osnabrücker Innenstadt.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat Mitte Mai durch einen ,Offenen Brief' zu Aktionseinheitsverhandlungen aufgerufen unter den Forderungen: Der Stadtrat muß den Beschluß, den britischen Besatzertruppen die Ehrenrechte zu verleihen, zurücknehmen, Keine Truppenparade der britischen Truppen, Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die Souveränität beider deutscher Staaten und Westberlins anerkennt, Abzug aller fremden Truppen, Austritt aus NATO und Warschauer Pakt, Blockfreiheit. Schon zum 1. Mai hatten sich 15 Arbeiter von Karmann für diese Forderungen ausgesprochen. Anfang Mai haben der ASTA der Universität und 49 Studenten einen Leserbrief an die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) geschrieben. Wenn es auch nicht gelungen ist, gewerkschaftliche Zusammen-[illegible] schlüsse, Vertrauensleute und Betriebsräte für diese Forderungen zu gewinnen, so haben weitere Leserbriefe, die gleichzeitig der Stadtrat erhalten hat, den Stadtrat und vor allem die SPD-Fraktion unter nicht unerheblichen Druck gebracht. Sechs weitere Arbeiter von Karmann, drei Arbeiter aus dem Metallbetrieb Rawie, eine Reihe von Schülern des Ratsgymnasiums, Arbeiter, Angestellte, Assistenten und Professoren der Universität haben Leserbriefe geschrieben, worin sie vor allem die beiden Militärbündnisse angreifen und gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages fordern.

Bei der Debatte in den Betrieben stieß dieser Stadtratsbeschluß auf breite Ablehnung. In der Innenstadt waren die Debatten nach den Kundgebungen des KBW lange nicht mehr so heftig. Oberbürgermeister Weber, gleichzeitig 1. Bevollmächtigter der IG Metall Osnabrücks, konnte nicht umhin, auf der Vertreterversammlung der IG Metall sich zu äußern: ,,Auf die Vorkommnisse in Bremen und Berlin (auch auf die in Osnabrück anläßlich der Auszeichnung der britischen Garnison) ging Ernst Weber ein und betonte, daß trotz widersprüchlicher Berichterstattung die Gewerkschaften solche Arten von Demonstrationen ablehnen. Er plädierte für die Beibehaltung des Demonstrationsrechts, verurteilte aber entschieden die Auswüchse" (NOZ, 20.5.). Während seiner kurzen Ansprache zur Verleihung der Urkunde in seinem Amt als Oberbürgermeister: ,,Auch ich gehöre zu den Bürgern der Stadt, die militärische Aufmärsche mit Skepsis verfolgen und werde diese Skepsis auch weiterhin bewahren."

Stunden vor dem Truppenaufmarsch hatten einige Hundertschaften Bereitschaftspolizei und die britische Militärpolizei die Innenstadt belagert. Die britische Militärpolizei höchstpersönlich verteilte eine Broschüre, die den Stadtratsbeschluß rechtfertigen soll. Vor allem die SPD-Fraktion stützt sich darauf. Den Charakter als Besatzertruppen versuchen sie zu vertuschen: ,,Damit (mit der Verleihung von ,Freedom of the City' und der Truppenparade) endet auch sichtbar die Zeit der Besatzertruppen, die formaljuristisch und tatsächlich bereits am 5. Mai 1955 zu Ende ging, als die Besatzertruppen zur Schutzmacht und zu Gästen in der Bundesrepublik wurden." Nach alter Tradition bedeutet dieser Titel, daß die gegen die Städte gerichteten stehenden Heere sich nicht mehr gegen die Bürger der Städte richten durften. Der Stadtrat hat damit einen kläglichen Versuch gestartet, unter dem Deckmantel der ,,Freiheit der Stadt", den Besatzertruppen neuen Glanz zu verschaffen.





Der Stadtrat hat es nicht gewagt, den Aufmarsch der Besatzertruppen nach Feierabend oder am Samstagvormittag zu veranstalten. Im Gegenteil, er hat ganz kurzfristig das Programm um zwei Stunden gekürzt. Eine halbe Stunde rannten die aufmarschierten Soldaten, etwas abgefackelt zwar, aber behängt mit Orden und Fellen durch die Innenstadt. Am Abend vorher hat der KBW in der Innenstadt, in den Arbeiterwohnvierteln Schinkel und Dodesheide und im Stadtteil Eversburg, dem Sitz der britischen Truppen, Kundgebungen durchgeführt. Während der Parade wurden mehr als 1000 Flugblätter verteilt.

Niedersächsische Regierung will mit Änderung des Beamtengesetzes Teilzeitarbeit für Lehrer erweitern

r.scm. Im am 23.5. dem Landtag übersandten ,,Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes" ist erstmals vorgesehen, Beamten auf Antrag bis zu 8 Jahren Teilzeitbeschäftigung (mindestens 50% der Vollzeit-Arbeitszeit) zu bewilligen. Die Regelung ist beschränkt auf Bereiche, in denen Bewerber ,,für eine ausschließlich oder in der Regel im öffentlichen Dienst auszuübende Berufstätigkeit ausgebildet worden sind". Die Regelung ist so gefaßt, daß sie sich allein auf die Lehrer bezieht, wie der Pressesprecher des beim Entwurf ,,federführenden" Innenministers Möcklinghoff ausdrücklich hervorhob. Bislang war nur für Beamte mit einem Kind unter 16 Jahren Teilzeitarbeit maximal 12 Jahre möglich. Letztere Regelung soll nun ebenfalls erweitert werden: Die Höchstdauer wird auf 15 Jahre, die Altersgrenze für das Kind auf 18 Jahre heraufgesetzt.

Im gesamten Bundesgebiet waren am 30.6.1977 im Volksbildungswesen von 471829 Beamten 5,3% Teilzeitbeschäftigte, von den 178408 Angestellten waren es 22,9%. Durch die Neuregelung will sich offenbar die niedersächsische Landesregierung die Möglichkeit verschaffen, bei den Beamten einen größeren Einbruch zu erzielen, nachdem es ihr in den letzten Jahren gelungen ist, die Teilzeitbeschäftigung von angestellten Lehrern kontinuierlich auszudehnen. Die folgenden Zahlen, die diese Entwicklung widerspiegeln, beziehen sich allerdings auf angestellte *und* beamtete Lehrer (Stichtag jeweils 15. Oktober bzw. 1. September):

Anteil der (weiblichen) Teilzeitlehrer an den (weiblichen) hauptamtlich/hauptberuflichen Lehrern (allgemeinbildende öffentliche Schulen Niedersachsen)

Jahr	Anteil	Anteil ,,weiblich"
1976	17,9%	29,7%
1977	19,1%	30,0%
1978	19,4%	31,6%
1979	21,3%	34,3%

Berechnet nach Angaben des Landesverwaltungsamtes, Abt. Statistik.

Diese Entwicklung vollzog sich bei insgesamt steigender Gesamtlehrerzahl (Vollzeit- + Teilzeitlehrer), aber *sinkender* Zahl der Vollzeitlehrer. Konstant ca. 90% der Teilzeitlehrer sind Frauen, was dokumentiert, daß man eine Familie allein von einem Teilzeitlehrergehalt nicht ernähren kann. Ist einerseits das Gehalt proportional zur geringeren Stundenzahl geringer, so gilt dies keineswegs für die Arbeitszeit. Eine Klasse in Mathematik zu unterrichten, kostet weit mehr als die Hälfte der Zeit, die man etwa für denselben Unterricht in zwei Parallelklassen benötigt. Das gilt für die Vorbereitungsarbeit, aber auch für Konferenzen und Verwaltungsarbeit sowie für An- und Abfahrtswege. Will man seinen Unterricht ordentlich machen, so erfordert dies ein nochmaliges Mehr an Arbeitszeit, das ein Vollzeitlehrer gar nicht erbringen *kann:*

Die neuesten Zahlen (1. September 1979) der amtlichen Statistik ergeben für alle Schularten höhere Wochenstundenzahlen (Unterrichtsstunden) für Vollzeitlehrer als die Statistik des Kultusministeriums für 1977: Grund- und Hauptschule, sowie Orientierungsstufe durchschnittliche 24,9 (1977: 23,1); Realschule 23,8 (21,9); Gymnasium 19,7 (19,4) ; Integrierte Gesamtschule 21,1, (19,9); Kooperative Gesamtschule 23,1 (22,7); Sonderschule 23,8 (21,5). (Alle Angaben für öffentliche Schulen in Niedersachsen.)

Der sich daraus ergebende schlechteren Unterrichtsvorbereitung will die Landesregierung offenbar dadurch Rechnung tragen, daß sie die enorme Mehrarbeit der Teilzeitlehrer, mitgetragen vom Interesse an der Ausbildung der Jugend, ausnutzen will, auch dazu, die Vollzeitlehrer weiter unter Druck zu setzen.

KKW's – ,wirtschaftliche Entwicklung des Emslandes'?

18000 in Sammeleinspruch gegen die Erweiterung des KKW Lingen

r.fiw./ulq. 18000 Menschen haben sich in einem Sammeleinspruch gegen den Bau eines weiteren Kernkraftwerkes in Lingen (KKE I) ausgesprochen. Langfristig sollen die Kernkraftwerkblöcke auf insgesamt 4 mit einer Leistung von 1300 Megawatt je KKW erweitert werden.

Mit dem Argument: Mehr Energie gleich mehr Industrie gleich mehr Arbeitsplätze, gelang es den Kapitalisten, die Gewerkschaft ÖTV und Betriebsräte von VEW und RWE zu gewinnen, 10000 Unterschriften für den Ausbau des KKW zu sammeln.

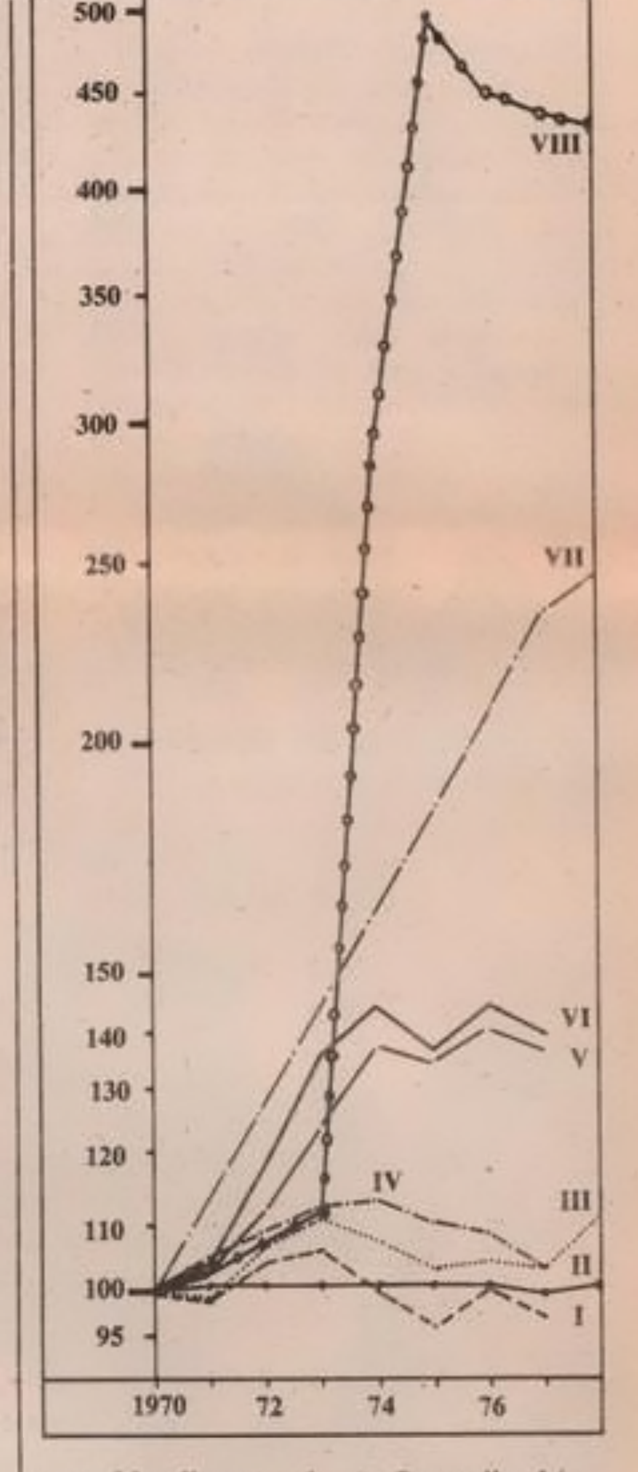
Im Schaubild haben wir Daten der industriellen Entwicklung im Emsland (Kreis Emsland und Kreis Grafschaft Bentheim) aufgetragen. Die Kluft zwischen Umsatzentwicklung und Industriebeschäftigten sticht ins Auge. Während der Umsatz um fast die Hälfte stieg, nimmt die Zahl der Industriebeschäftigten seit 1974 stetig ab (der Knick nach oben 1978 ist der Tatsache geschuldet, daß ab 1977 in der Statistik Industrie und Handwerk zusammengefaßt sind). Noch krasser die Beziehung zwischen Umsatz und Beschäftigten und dem steilen Anstieg des Stromverbrauchs pro Arbeiterstunde: Der höhere Stromverbrauch läßt auf den Einsatz produktiverer Maschinerie schließen. Das den Arbeitern von den Kapitalisten abgepreßte Mehrprodukt ist gestiegen. An der Umsatzentwicklung kann man das Ergebnis ablesen. Im verhältnis zu den Beschäftigten stieg der Umsatz durch höhere Produktivität um 30 bis 40 %. Das rasante Emporschnellen der Arbeitslosigkeit belegt, wie rücksichtslos der von den Arbeitern produzierte Fortschritt sich im Kapitalismus gegen sie selbst wendet. Man kann sagen, daß die Kurven der Bereiche, die sich am raschesten nach oben bewegt haben, als Plus auf das Konto der Kapitalisten zu verbuchen sind. Fast parallel mit Anstieg der Arbeitslosigkeit 1973 sinkt der Arbeiterlohn ab 1974. Von diesem Zeitpunkt bis 1977 ist zwar die Geldmasse der Löhne gestiegen, umgerechnet auf die Preisindexsteigerung des privaten Verbrauchs aber ist der Lohn um 9,1 % gefallen.

Schaubilderläuterung:

1970 wurde gleich 100 gesetzt, so daß die prozentuale Bewegung der Untersuchungsgegenstände aufeinander bezogen deutlich wird. Der Stromverbrauch wurde für 1968 gleich 100 gesetzt, von 1970 bis 1976 fehlen die statistischen Angaben.

I = geleistete Arbeiterstunden, II = Bevölkerung, III = Industriebeschäftigte, IV = Lohn pro Arbeiter, V = Umsatz pro Arbeiter, VI = Umsatz gesamt, VII = Stromverbrauch pro geleistete Arbeiterstunde, VIII = Arbeitslosigkeit.

Quellen: Statistische Monatshefte Niedersachsen, 1970 – 1979; Emslandstatistik der ,,Emsland GmbH". Die Umsätze wurden preisbereinigt über den Index der Erzeugerpreise (nach Textilindustrie, Frankfurt a.M. 1975 und 1978). die Löhne wurden preisbereinigt über den Preisindex privater Verbrauch (nach Textilindustrie in der BRD, Frankfurt a.M. 1979). Die Arbeitslosenzahlen sind nur vom Arbeitsamt Nordhorn mit Außenstelle Lingen und Meppen.



Konzentrationslager für Asylbewerber?

r.acr. Von 51000 im Jahre 1979 auf voraussichtlich 150000 wird nach Schätzungen der Bundesregierung die Zahl der Asylbewerber in der BRD steigen. Etwa 2/3 davon, 8000 im Monat, sind Türken; ,,Wirtschaftsflüchtlinge" werden sie von den Behörden genannt.

Die westlichen Imperialisten haben die Türkei mittels Kreditknebel zu Abwertung (zwecks erleichterten Kapitalexports in die Türkei), Steigerung des Warenimports und Preissteigerungen v.a. in den staatlichen Betrieben gezwungen – bei gleichzeitigem Lohnstopp. Das führte zu einer Inflation von 100% (vgl. KVZ 18/80); Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger nehmen zu.

Die Ausgewanderten sollen jetzt in der BRD in ,,Verfahrenslagern" (so der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel am 22.5.) zusammengefaßt werden. Hatte bislang jeder Asylant, solange er keine Arbeit bekam, Anspruch auf Sozialhilfe, ist für die Sammellager nur noch Verpflegung und Taschengeld geplant. Es ist absehen, daß auch Arbeitspflicht eingeführt werden soll; d.h. Zwangsarbeit für Taschengeld, also die Einrichtung von Arbeits- bzw. Konzentrationslagern.



Aktionseinheit gegen Rekrutenvereidigung in Soltau

r.gec. Am 16.6. soll im Soltauer Stadion eine öffentliche Rekrutenvereidigung von 700 Rekruten erfolgen. Ministerpräsident Albrecht will der Vereidigung beiwohnen, ,,um deutlich zu machen, daß der Staat zur Bundeswehr steht". Der Soltauer Stadtrat hat das Stadion dafür zur Verfügung gestellt. Gegen die öffentliche Vereidigung hat sich am 30.5. eine Aktionseinheit von Kräften aus dem Kreis auf Grundlage von 7 Forderungen gebildet. Die Forderungen sind u.a.: ,,Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen – Auflösung von NATO und Warschauer Pakt – Kein westdeutsches Kriegsschiff in den Indischen Ozean – Lohnfortzahlung für Rekruten – Uneingeschränktes Recht auf Verweigerung – Keine Zerstörung der Natur und der Landwirtschaft durch Manöver". Eine Kundgebung und Demonstration sowie zwei Flugblätter, eins für die Kasernen in Munster, wo die Rekruten stationiert sind, wurde beschlossen. Die Aktion beginnt um 19.30 Uhr in Soltau – Stadtmitte, anschließende Demonstration und Kundgebung beim Stadion um 21.00 Uhr.

Aktionen gegen Vereidigung in Bremen festigten Kampf gegen Krieg

r.ped. Der Bremer DGB Kreisvorsitzende E. Schmidt im Weser Kurier am 13.5.: ,,... daß man die Bevölkerung angesichts der angespannten internationalen Lage nicht unbedingt an militärische Veranstaltungen gewöhnen". Natürlich erklärte sich der DGB gegen Steine auf Polizisten, betonte die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Friedensauftrag der NATO, aber zugleich hielt er an seinen Bedenken gegenüber den öffentlichen Rekrutenvereidigungen fest. Das ist günstig für weitere Fortschritte der Aktionseinheit innerhalb der Gewerkschaften gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Dies entspricht der Lage innerhalb der Gewerkschaften. Einen Tag nach der Vereidigung beriet der Vertrauenskörper der Klöckner Hütte über einen Antrag an den Gewerkschaftstag. Friedensvertrag und Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan wurde gefordert, die Leitung beauftragt eine Erklärung dazu auszuarbeiten. Die Organe, die in der Vorbereitung des 1.Mai und der Aktionen gegen die Vereidigung Beschlüsse gefaßt hatten, halten nicht nur an diesen fest, sondern verstärken sie, indem sie den sofortigen Rückzug der BRD-Kriegsschiffe aus dem Indischen Ozean fordern und ,, . . .treten dafür ein, die gewerkschaftliche Bewegung gegen kriegsvorbereitende Maßnahmen zu erweitern und zu verstärken" (GEW Bezirksvorstand Bremen Nord).

Demonstration gegen die Lagerung von Atomwaffen geplant

r.clm. Das Flensburger Aktionsbündnis gegen Kriegsvorbereitungen führt am 21.6. eine Demonstration nach Meyn gegen die dort stationierten amerikanischen Atomsprengköpfe durch. Das Bündnis hat sich aus der Aktionseinheit gegen die öffentliche Vereidigung in Flensburg entwickelt. Es einigte sich darauf unter den Forderungen: ,,BRD raus aus der NATO! Sofortige Einstellung des Flottenmanövers im Indischen Ozean! Abzug aller fremden Truppen aus der BRD! Keine Atomwaffen in Meyn, in Leck und auch nicht anderswo!" zu der Demonstration aufzurufen. In den letzten Wochen hatten Mitglieder des Aktionsbündnisses und Leute aus der Umgebung Lecks Briefe an die Gemeinde, den Standortkommandanten und das Bundesverteigungsministerium geschickt, die Auskunft über die geplante Stationierung weiterer amerikanischer Soldaten und ihrer Waffen geben sollten. Alle diese Briefe sind bisher nicht ausreichend oder gar nicht beantwortet worden. Trotz aller Sicherheitsvorkehrungen lassen sich solche Vorhaben gegenüber den Bewohnern der umliegenden Dörfer nicht verbergen. Große Landflächen sind aufgekauft und teilweise hergerichtet worden. Mit dem Bau neuer Kasernen ist schon begonnen worden. Die Amerikaner sollen abziehen und ihre Atomwaffen gleich mitnehmen, diese weit verbreitete Meinung faßt die Demonstration zusammen.

Gewerkschaft NGG: Kampf gegen Niedriglöhne und besonders schlechte Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen

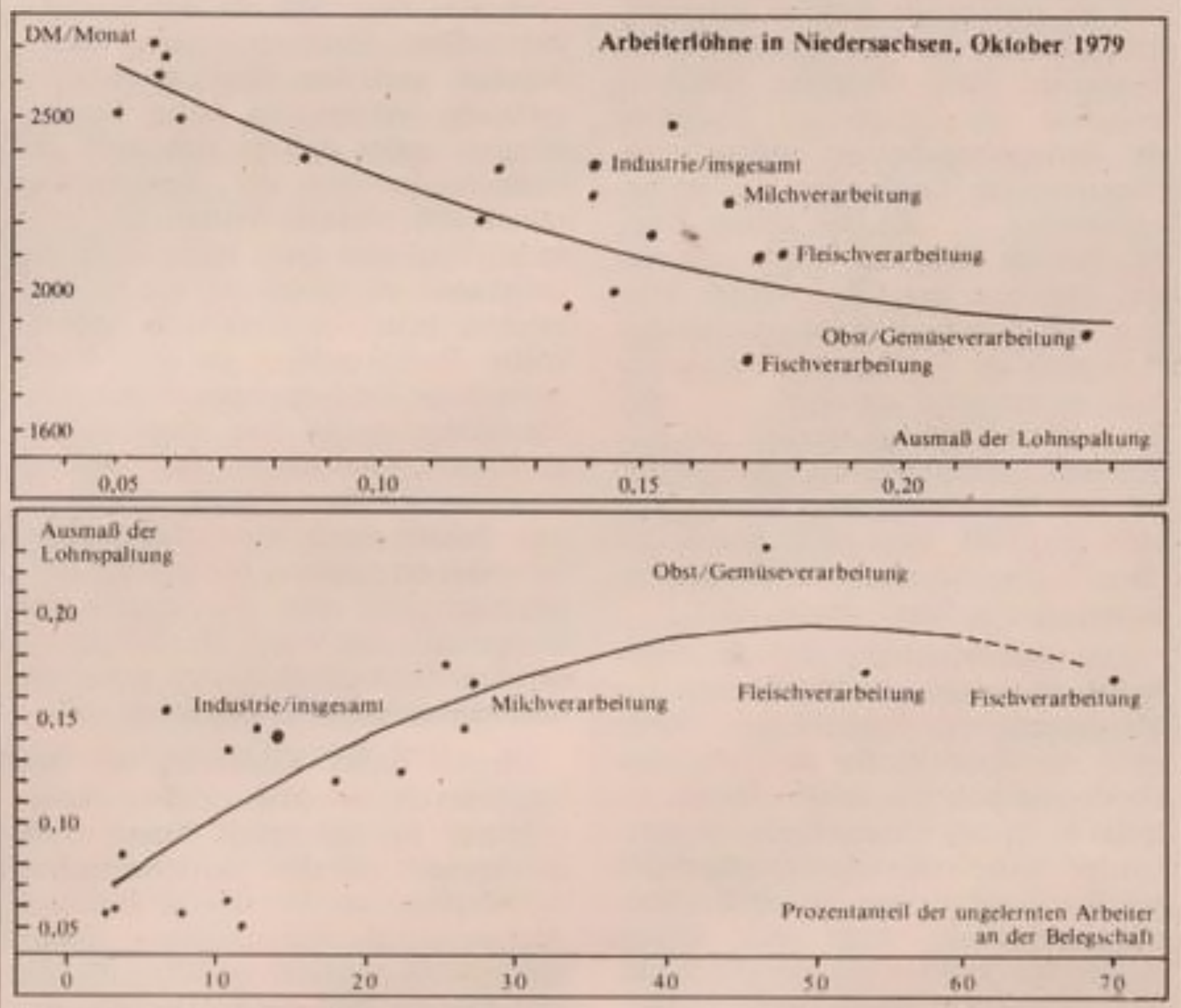
z.loh. In vielen Branchen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie stehen Lohnverhandlungen an, teilweise sind schon neue Tarife abgeschlossen. In vielen Branchen wurden Forderungen zu den Manteltarifverträgen erhoben. Die Verhandlungen werden von der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten geführt. Sie vertritt 12 industrielle sowie gewerbliche Bereiche mit insgesamt 149 verschiedenen Produktionszweigen: Getränke-, Getreide-, Fleisch-, Fisch-, Milch-, Fett-, Zucker-, Süßwaren-, Obst- und Gemüse-, Tabakproduktion bzw. -verarbeitung, Hotel- und Gaststättengewerbe, Genossenschaften der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, der Landwirtschaft und Hauswirtschaft. Es bestehen über 1000 Tarifverträge für die verschiedenen Branchen. Die NGG hat ca. 250000 Mitglieder, etwa 20% aller Beschäftigten sind damit gewerkschaftlich organisiert. In der gesamten Nahrungsmittelindustrie ist die Zersplitterung groß. Am Anfang dieses Jahrhunderts wurde fast die gesamte Nahrungsmittelproduktion handwerklich betrieben und es gab 16 verschiedene Arbeiter- und Gesellenverbände. Noch heute sind die meisten Fabriken Klein- und Mittelbetriebe. Es gab 1978 5207 Industriebetriebe. Davon hatten nur 41 Betriebe mehr als 1000 Beschäftigte. 13,2% aller Beschäftigten arbeiten hier (zum Vergleich Investitionsgüterindustrie: von 18804 Betrieben waren 633 Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten = 46,3%). Am weitesten fortgeschritten ist die Konzentration in der Tabak- und Brauindustrie. Von den 41 Großbetrieben waren 10 Brauereien. Der Anteil der Frauenarbeit liegt mit 41% hoch. Die Zersplitterung der Betriebe und damit auch der Arbeiter ist die Ursache dafür, daß die Kapitalisten extreme Ausbeutungsbedingungen durchsetzen konnten; dagegen hat sich von 1977 auf 1978 die Zahl der NGG-Mitglieder um ca. 3000 auf 252440 erhöht.

Im Hotel- und Gaststättengewerbe ist die Zersplitterung weit höher. Überwiegend Frauen (66,7%) und Ausländer (34,3%) arbeiten hier. Kraftfahrer im 2. Jahr der Betriebszugehörigkeit verdienen 1185 DM, ein Koch im 1. Berufsjahr nach der Ausbildung erhält 1051 DM und eine ausgelernte Servierkraft im 5. und 6. Berufsjahr 1138 DM tariflichen Monatslohn. Darüberhinaus gibt es Trinkgeld und umsatzabhängige Lohnbestandteile. Dies ist die besondere Form des Akkordsystems, denn die Beschäftigten werden so gezwungen, ständig freundlichst und schnellstens zu bedienen, um überhaupt diese Lohnbestandteile zu erhalten. Die monatliche Arbeitszeit beträgt 184 Stunden. Dabei gibt es zum Teil geteilte Schichten: Küche und Service treten um 10 oder 11 Uhr an, machen Zwangspause von 15 bis 18 Uhr, dann geht es weiter bis spät in die Nacht. Der Urlaub wird nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt. Ein 40-jähriger erhält im 1. Jahr der Betriebszugehörigkeit 20 und im 10. Jahr 28 Urlaubstage. Die Fluktuation ist so groß, daß jeder zweite, der in diesem Gewerbe ausgebildet worden ist, den Beruf wechselt. Durchschnittlich hält es keiner länger als 10 Jahr in dem Gewerbe aus.

Die NGG konnte im neuen Manteltarifvertrag durchsetzen, daß die Arbeitszeit schrittweise von gegenwärtig 184 auf 173 Stunden pro Monat im Jahre 1983 gesenkt wird. Auf der NGG-Fachtagung für das Hotel- und Gaststättengewerbe am 13./14. März 1980 in Hamburg haben die Betriebsräte und Vertrauensleute neben der 40-Stundenwoche folgende Ziele ausgearbeitet: Für Tariflöhne – gegen die Anbindung der Löhne an den Umsatz; Verlängerung der Mindesturlaube – Weg mit der Anbindung an die Betriebszugehörigkeit; Verstärkter Kündigungsschutz für ältere Kollegen; Weg mit der geteilten Schicht, die „Freistunden" müssen als Arbeitszeit anerkannt werden; Abbau von Schichtarbeit, sowie Ausgleich unregelmäßiger und ungünstiger Arbeitszeitbedingungen durch bezahlte Freizeit.

Der Kampf gegen die niedrigen Löhne und die schlechten Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen gewinnt in allen Bereichen der NGG an Breite. Am 26.4. ist für die Brotindustrie Nordrheinwestfalen mit 6,8% mehr Lohn abgeschlossen worden, für die unteren Lohngruppen wurde eine Erhöhung um 7,2% vereinbart. Für die Belegschaft von Reemtsma, Zigarettenherstellung, werden gegenwärtig Tarifverhandlungen geführt. Auf einer NGG-Mitgliederversammlung in Hamburg trat die überwiegende Mehrheit der Redner für die stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen ein. Die Gewerkschaft will dieses Interesse gegenüber den Kapitalisten mit der Forderung nach einer gestaffelten Sonderzahlung vertreten. Gleichzeitig wird die Forderung nach acht Wochen Urlaub erhoben. Bislang gibt es bei 25jähriger Betriebszugehörigkeit 30 Tage. Ebenso wird gefordert, daß die Schichtarbeiter nach 10 Jahren keine Schicht mehr machen brauchen. Für 58750 Arbeiter konnte die NGG bislang Schichtfreizeiten, d.h. zusätzlichen Urlaub durchsetzen. In acht Manteltarifverträgen ist für Schichtarbeiter die 37;5 bzw. die 38,5-Stunden-Woche schon festgelegt.

Ohne die Lohnspaltung zu bekämpfen, kann ein höheres Lohnniveau nicht durchgesetzt werden



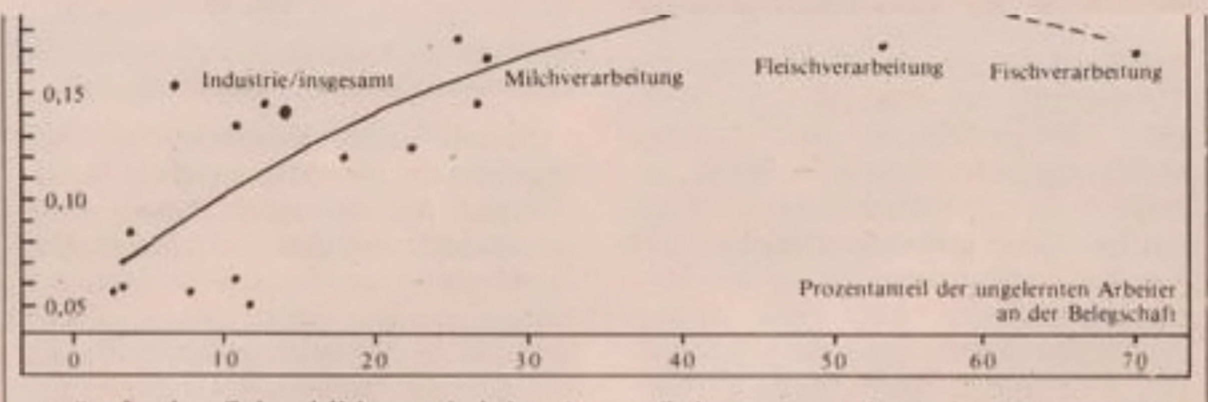
z.gör. In den Schaubildern wird das Ausmaß der Lohnspaltung in jeder Branche durch den Grad der Streuung der Löhne um den Branchendurchschnittslohn gemessen (Variationskoeffizient, in der Sprache der Statistik). 19 Industriebranchen sind jeweils durch Punkte eingezeichnet. Man erkennt: Große Lohnspaltung und niedriges Lohnniveau gehen Hand in Hand, ebenso das Ausmaß des Einsatzes ungelernter Arbeitskräfte und das Ausmaß der Lohnspaltung. Die durchgezogene Linie schätzt den statistischen Zusammenhang der jeweiligen Größen. Die eingetragenen NGG-Branchen zeigen eine besonders extreme Lage.

Beschäftigten = 46,3%). Am weitesten fortgeschritten ist die Konzentration in der Tabak- und Brauindustrie. Von den 41 Großbetrieben waren 10 Brauereien. Der Anteil der Frauenarbeit liegt mit 41% hoch. Die Zersplitterung der Betriebe und damit auch der Arbeiter ist die Ursache dafür, daß die Kapitalisten extreme Ausbeutungsbedingungen durchsetzen konnten; dagegen hat sich von 1977 auf 1978 die Zahl der NGG-Mitglieder um ca. 3000 auf 252440 erhöht.

Im Hotel- und Gaststättengewerbe ist die Zersplitterung weit höher. Überwiegend Frauen (66,7%) und Ausländer (34,3%) arbeiten hier. Kraftfahrer

te und Vertrauensleute neben der 40-Stundenwoche folgende Ziele ausgearbeitet: Für Tariflöhne – gegen die Anbindung der Löhne an den Umsatz; Verlängerung der Mindesturlaube – Weg mit der Anbindung an die Betriebszugehörigkeit; Verstärkter Kündigungsschutz für ältere Kollegen; Weg mit der geteilten Schicht, die „Freistunden" müssen als Arbeitszeit anerkannt werden; Abbau von Schichtarbeit, sowie Ausgleich unregelmäßiger und ungünstiger Arbeitszeitbedingungen durch bezahlte Freizeit.

Der Kampf gegen die niedrigen Löhne und die schlechten Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen gewinnt in allen Be-



z.gör. In den Schaubildern wird das Ausmaß der Lohnspaltung in jeder Branche durch den Grad der Streuung der Löhne um den Branchendurchschnittslohn gemessen (Variationskoeffizient, in der Sprache der Statistik). 19 Industriebranchen sind jeweils durch Punkte eingezeichnet. Man erkennt: Große Lohnspaltung und niedriges Lohnniveau gehen Hand in Hand, ebenso das Ausmaß des Einsatzes ungelernter Arbeitskräfte und das Ausmaß der Lohnspaltung. Die durchgezogene Linie schätzt den statistischen Zusammenhang der jeweiligen Größen. Die eingetragenen NGG-Branchen zeigen eine besonders extreme Lage.

NL: Nahrungsmittelgewerkschaften schließen sich zusammen

z.elb. Auf ihrem gemeinsamen Kongreß am 27./28. Mai vollzogen der Niederländische Gewerkschaftsbund NVV und der Niederländische Bund der römisch-katholischen Gewerkschaften NKV in der Nahrungsmittelindustrie ihren endgültigen Zusammenschluß zum Gewerkschaftsbund FNV. Seit 1976 hatten sie eng zusammengearbeitet. Dieser Zusammenschluß steht im Rahmen der Vereinigung der zwei größten Gewerkschaftszentralen zu einem einheitlichen Gewerkschaftsbund FNV im nächsten Jahr, mit dem die Spaltung der niederländischen Arbeiterklasse in Richtungsgewerkschaften weitgehend überwunden wird. Gut 10% aller Beschäftigten der Nahrungsmittelindustrie organisiert die Christliche Spaltergewerkschaft CNV, 37% sind nun im FNV zusammengeschlossen. – Das Lohnraubgesetz der Regierung mit wöchentlichen Lohneinbußen von ca. 30 DM löste in den zwei großen Gewerkschaften erneut die Auseinandersetzung darüber aus, ob man auf Lohnforderungen in Erwartung zusätzlicher Arbeitsplätze verzichten solle. Aus der Erfahrung jahrelanger Lohnsenkungen entschloß sich die Nahrungsmittelgewerkschaft auf dem Kongreß zum Lohnkampf und zum verstärkten Kampf gegen das Lohnraubgesetz. Nach der Ferienzeit erwartet sie Aktionen in den Betrieben. Sie hat sich entschieden, diese Aktionen der Arbeiter zu unterstützen und zu leiten.

Bodenkonzentration über die Landabgabenrente jährlich erhöht

z.brb. Weitere 37000 ha Landwirtschaftsfläche mußten ca. 2500 alte Bauern 1979 abgeben, um eine Rente zu bekommen. Nach dem Altershilfegesetz für Landwirte erhalten alte Bauern nach 15 Jahren Beitragszahlung Altershilfe. Geben sie ihr Land jedoch zur „Strukturverbesserung" ab, können sie seit 1969 nach 5 Jahren Beitragszahlung bei einem Alter von 60 Jahren die sogenannte Landabgabenrente beziehen. Diese betrug für Verheiratete 1969 591 DM und für Alleinstehende 392,60 DM. Sie liegt damit etwas höher als die Altershilfe, die ein alter Bauer, der seit Einführung der Altershilfe Beitrag gezahlt hat, erhalten

Bodenkonzentration über die Landabgabenrente jährlich erhöht

z.brb. Weitere 37000 ha Landwirtschaftsfläche mußten ca. 2500 alte Bauern 1979 abgeben, um eine Rente zu bekommen. Nach dem Altershilfegesetz für Landwirte erhalten alte Bauern nach 15 Jahren Beitragszahlung Altershilfe. Geben sie ihr Land jedoch zur „Strukturverbesserung" ab, können sie seit 1969 nach 5 Jahren Beitragszahlung bei einem Alter von 60 Jahren die sogenannte Landabgabenrente beziehen. Diese betrug für Verheiratete 1969 591 DM und für Alleinstehende 392,60 DM. Sie liegt damit etwas höher als die Altershilfe, die ein alter Bauer, der seit Einführung der Altershilfe Beitrag gezahlt hat, erhalten
konnte (Verh.: 503,40 DM, Alleinst.: 335,90 DM). Will der Bauer die höhere Rente beziehen, muß er sein Land entweder einem anderen Landwirt zu Vergrößerung von dessen Anbaufläche zur Verfügung stellen oder zu Maßnahmen wie Flurbereinigung etc. übergeben. Hat er gleichzeitig Anspruch auf Altershilfe, wird diese jedoch von der etwas höheren Landabgabenrente abgezogen. Über die Landabgabenrente ist es dem Staat gelungen – er bestreitet die Kosten samt ihrer Verwaltung –, jährlich mehr Boden zur Konzentration in der Landwirtschaft bereit zu stellen. Seit ihrer Einführung 1969 ist die abgegebene Fläche auf über eine halbe Million ha angewachsen (ca. 531550 ha). Der Generationswechsel wurde zum Bauernlegen genutzt, der arm gemachte Bauer enteignet.

Nachwirkungen des Kolonialismus in der Kopraproduktion

Pflanzungen überaltert / Regierungen Asiens und Ozeaniens leiten Programme der Erneuerung ein

z.mat.Sydney. Kopra, das zerschnittene und getrocknete Fruchtfleisch der Kokosnuß, ist ein bedeutender Exportartikel zahlreicher Länder Asiens und Ozeaniens. Es ist ein Rohstoff der Margarineproduktion (Kokosfett) und der Seifenherstellung (Palmöl). Die meisten der von den Kolonialisten eingerichteten Plantagen sind heute hoffnungslos überaltert, so daß mehrere Länder gezwungen sind, umfangreiche Erneuerungsprogramme in Angriff zu nehmen. Wo die Imperialisten noch Plantagen besitzen, führen sie zum Teil neue Sorten ein, die höhere Erträge sichern. Die zahllosen kleinen Bauern und Pächter, die ihre Einnahmen oft überwiegend aus Kopra bestreiten, geraten dadurch in eine Lage, aus der sie sich ohne zusätzliche Kreditaufnahme nicht befreien können. 5–6 Jahre braucht eine Kokospalme, bis sie erste Erträge abwirft, und der damit verbundene Verlust von Einnahmen bedeutet für viele das Ende ihrer Existenz als Bauern.

Die Kokospalme ist eine der ältesten Kulturpflanzen des Pazifik. Die spanischen Eroberer, die an der Küste Amerikas im Pazifik nach Norden segelten, berichteten von Begegnungen mit hochbeladenen Schilfsegelbooten, mit denen die Indianer Südamerikas den Kokosnußhandel bis nach Mexiko hinauf betrieben. Unbewohnte Inseln, die heute von Urwald bedeckt sind, beschrieben sie als Palmengärten, die von den Seeleuten bei Aufenthalten zur Auffüllung der Wasser- und Proviantvorräte gepflegt wurden.

Die Kolonialisten zwangen die Bauern in den eroberten Ländern im 19. Jahrhundert zur Ausweitung des Anbaus und gingen um die Jahrhundertwende zur Anlage von Plantagen über, auf denen sie ruinierte Bauern oder importierte Arbeitskraft als Lohnarbeiter einsetzten. Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre machte der Expansion ein Ende. Seitdem ist der Baumbestand wenig erneuert worden. Das Ende der rentablen Lebensdauer ist nach etwa 50 Jahren erreicht, und das Problem der Anlage neuer Pflanzungen stellt sich heute mit zunehmender Schärfe. Die imperialistischen Konzerne haben vorgesorgt. Aus den über 30 ursprünglichen Kokospalmensorten haben sie neue, ertragreichere Sorten züchten lassen, die bei ausreichender Mineraldüngung in Monokultur hohe Erträge garantieren. Für die kleinen Bauern und Pächter sind diese Züchtungen wertlos, denn sie sind auf Sorten angewiesen, die ihnen ermöglichen, zwischen den Bäumen weitere Nutzpflanzen anzubauen. Von den Eigenschaften der Kokospalme aus betrachtet, bietet sie dafür ideale Bedingungen. In richtigem Abstand gepflanzt, garantieren die Kronen der Bäume nach 5–6 Jahren hinreichend Schatten für zwei Reihen Pfeffer, und die günstigen Lichtbedingungen halten bis zum fünfzigsten Jahr vor, wenn die Palmen sehr hoch werden und die Kronen kleiner. Der beste Pflanzabstand dafür ist erfahrungsgemäß etwa 9 Meter. Doch die kleinen Bauern und Pächter sind durch die Konkurrenz der Plantagen trotz gewaltiger Überarbeit an den Rand des Existenzminimums getrieben. Oft haben sie von Anfang an die Bäume nur in 6–7 Meter Abstand gepflanzt, um von Anfang an genügend Schatten für andere Kulturen zu haben. Mangel an Licht erlaubt ihnen nach wenigen Jahren dann nur noch Grasland zwischen den Bäumen, auf dem sie unter schlechtesten Bedingungen Ziegen und Rinder halten. Sie sind daher wirtschaftlich nicht in der Lage, ihre Pflanzungen ohne staatliche Hilfen auf größere Baumabstände umzustellen.

Auf die nationalen Wirtschaften der Erzeugerländer hat die Notwendigkeit der Bestandserneuerung verschiedene Auswirkungen. Für die Philippinen, die 1978 mit 2,6 Mio. Tonnen über die Hälfte der Weltkopraproduktion liefern, macht der Kopraexport nur wenig über ein Viertel des Agrarexports und nur ein Siebtel des Gesamtexports aus. Für kleinere Länder, deren Anteil an der Weltproduktion oft verschwindend gering ist, ist der Export von Kopra oft die Haupteinnahmequelle. Bei Tonga macht er 80% des Exports aus, Tongas Regierung hat deshalb schon vor einiger Zeit einen Forschungsauftrag vergeben, um die Verwendung von Kokospalmholz untersuchen zu lassen. Der größte Teil des Stamms ist weich und faserig und für Bauzwecke unbrauchbar. Die Forschungen ergaben, daß der harte Kern des Baums von besserer Qualität ist als Teak und gut zu Parkett verarbeitet werden kann. Andere Teile des Stamms eignen sich als Paneel und Dachschindeln, und der Rest kann zu Holzkohle verarbeitet werden. Andere Forschungen werden in den Philippinen, Fidschi und Neuseeland durchgeführt. In den Philippinen sind mit neuseeländischer Hilfe zwei Sägewerke und eine Druckkonservierungsanlage für Palmholz errichtet worden.

Die Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO hat 1961 eine ständige Arbeitskonferenz für Kokospalmproduktion, -pflege und -verarbeitung eingerichtet. Eines ihrer Ziele, schreibt die FAO im April dieses Jahres, ist die Weiterentwicklung der traditionellen Palmenarten zur Verbesserung der gemischten Anbauweise. Die Ergebnisse dieser Forschungen können dazu beitragen, mit der Erneuerung der Bestände die Lebensbedingungen der kleinen Bauern und Pächter zu bessern. Ohne eine soziale Revolution auf dem Land werden sie den Prozeß ihrer Ruinierung nicht aufhalten, sondern den Grundbesitzern und imperialistischen Konzernen zugute kommen.

Wichtigste Kopraproduzenten 1978

	Prod. (Mrd. t)	% der Weltpr.
Philippinen	2600	51,7
Indonesien	950	18,9
Indien	329	6,5
Malaysia	207	4,1
Sri Lanka	146	2,9
Papua-Neug.	132	2,6
Neue Hebriden	38	0,8
Fidschi	30	0,6
Salomon-Inseln	28	0,6
Franz. Polyn.	24	0,5
Samoa	15	0,3
Tonga	13	0,3
Welt	5032	100,0



Kokosnußernte auf einer Plantage in Papua-Neuguinea

Frachtpreiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte

z.haw. Güternahverkehr, Güterfernverkehr, Spediteursendungsverkehr und Bundesbahn haben zum 1.4.80 bzw. zum 1.3.80 ihre Frachtpreise erhöht. Nachdem der Güterfernverkehr den Stückguttarif um 4,11% und den Regeltarif sowie die meisten Ausnahmetarife, die für die Landwirtschaft besonders bedeutsam sind, je nach Gewichtsklasse zwischen 5,167% (bei 5–20 t) und 4,639% (bei der 23 t Gewichtsklasse) erhöht hat, gleichzeitig auch der Güternahverkehr zwischen 5,5% (in den niedrigen Gewichtsklassen) und 4,5% (25 t) den Güternahverkehrstarif erhöhte, ist die Bundesbahn sofort nach Bekanntwerden dieser geplanten Steigerung der Frachtsätze im Straßenverkehr mit einer Preisanhebung im Wagenladungsverkehr um 5% zum 1.4.80 nachgezogen. Dieses, obwohl sie im Haushaltsplan bereits eine Frachtsatzerhöhung von rd. 5% eingeplant hatte und ebenfalls zum 1.4.80 die Nebengebühren um 5% heraufgesetzt hat. Die erhöhten Transportkosten werden direkt in den Einkaufspreisen bei Futtermittel, Saatgut usw. für die Bauern niederschlagen, andererseits in den Preisen der Lebensmittel, die in den Konsum der Volksmassen eingehen. Die höheren Rabattsätze für höhere Tonnage stärken die Stellung des Großhandels noch mehr.

In zwei Jahren schon 13,5 Mrd. DM – Die nächsten Rentensenkungen werden vorbereitet

z.gkr. Kaum ist der Rentenanpassungsbericht 1980 von der Bundesregierung vorgelegt, erheben sich von seiten der Bourgeoispolitiker allenthalben warnende Stimmen, doch ja die günstige Entwicklung der Finanzen der Rentenversicherung nicht überzubewerten. Aufgrund der Maßnahmen des 21. Rentananpassungsgesetzes nahm die Schwankungsreserve, also die Rücklage, 1979 nur noch um 1,9 Mrd. DM ab (1978: 7,1 Mrd. DM) und im Jahre 1980 sollen, wenn die offiziellen Eckdaten der Regierung zugrunde gelegt werden, sogar 0,6 Mrd. DM der Schwankungsreserve wieder zugeführt werden. Bis 1984 sollen sich, nach Vorausberechnungen des Rentenanpassungsberichts, die Überschüsse auf 5 Mrd. DM jährlich erhöhen.

Daß dies mit einer Senkung der Renten einhergeht, liegt auf der Hand. Um 1,3% liegt die Steigerung der Renten mit 4,5% für 1979 unter der Nettolohnsteigerung für die Lohnabhängigen. Dennoch errechnet der Verband deutscher Rentenversicherungsträger eine Zunahme der realen Rentenhöhe, nach Abzug der Preissteigerungsrate für Rentenhaushalte, von 1,1%. Selbst das als richtig unterstellt, ergibt sich im Durchschnitt eine Senkung der Renten, berücksichtigt man die Verschiebung der Rentenanpassung von Juli 1978 auf Januar 1979. Geht man demgegenüber von der vorher gültigen Bruttoanpassung der Renten aus, so hätte die Rentensteigerung 1979, unter Berücksichtigung der Verschiebung der Anpassung um ein halbes Jahr, 10,2% betragen müssen und dann noch einmal 5,8% für die Anpassung zum 1. Januar 1980. Es wurden aber Rentenerhöhungen von 4,5% bzw. 4% vorgenommen. Eine überschlägige Berechnung dessen, was in den Kassen der Rentenversicherungen geblieben ist auf Grund des 21. Rentenanpassungsgeset-
Grund des 21. Rentenanpassungsgeset-
zes, ergibt folgendes: Im Jahre 1978 betrugen die Ausgaben der Rentenversicherungen für Renten 98,79 Mrd. DM. Bei etwa gleichbleibender Anzahl an Renten, wovon zunächst ausgegangen werden kann, ergeben sich an Ausgaben nach ursprünglichem Recht 1979 108,9 Mrd. DM und 1980 115,2 Mrd. DM. Unter Berücksichtigung des 21. Rentenanpassungsgesetzes aber nur 103,2 Mrd. DM bzw. 107,3 Mrd. DM. Alleine für diese zwei Jahre haben die Bourgeois, die über die Rentenversicherung verfügen, so 13,5 Mrd. DM eingespart oder 1,6 Mio. durchschnittliche Jahresrenten der Arbeiterrentenversicherung (702 DM pro Monat für 1980, aus dem Durchschnittswert für 1977 mit den gesetzlich festgelegten Steigerungsraten errechnet).

Insgesamt ein überaus lohnendes Geschäft für die Bourgeoispolitiker, aber auch ein Gesetz, das heftige Widersprüche hervortreibt. Zumal die 1979 noch verhüllte reale Rentensenkung 1980 offen sichtbar wird bei einer ständig steigenden Preissteigerung von gegenwärtig schon über 6%, dagegen aber einer Rentenerhöhung von 4%, genauso wie für 1981. Also wird derzeit an der Rechtfertigung der Maßnahmen des 21. Rentenanpassungsgesetzes gearbeitet und dabei weitere Verschärfung vorbereitet. Die CDU erkundigt sich in einer Kleinen Anfrage im Bundestag sorgenvoll nach dem zu erwartenden Rentenniveau für 1982, nachdem es 1981 schon unter 50% liegen wird (Rentenniveau: Verhältnis der Rente bei 40 anrechenbaren Versicherungsjahren, Bemessungsgrundlage 100%, zu dem Bruttodurchschnittsentgelt 2 Jahre früher). 1982 über 50%, vermeldet die Regierung, wenn auch nur unter Einbeziehung der Auszahlung des Krankenkassenbeitrags, den ab 1982 die Rentner selbst zahlen müssen. Die CDU tritt als Schützer der Rentenhöhe auf, um bei der anstehenden Rentenreform einen schärferen Kurs zu fahren: Gölter, Rheinland-Pfalz, in der Debatte im Bundesrat: ,,Ich mache diese grundsätzlichen Ausführungen gerade auch im Hinblick auf die anstehende Reform zur sozialen Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen. Eine schärfere Trennung zwischen den ureigensten Aufgaben der Rentenversicherung und versicherungsfremden Leistungen ... ist unverzichtbar ..." Er läßt keinen Zweifel, daß die Höhe der Gelder, die nun der Rücklage zugeführt werden können und damit als Kreditkapital den Bourgeois zur Verfügung stehen, noch nicht ausreichend sein wird. ,,.... muß doch kritisch gefragt werden, ob eine Schwankungsreserve von maximal drei bis vier Monatsausgaben für die Zeit 1986 bis 1988 tatsächlich bereits als mittelfristige Sicherung der Rentenversicherung abgefeiert werden darf."

Der Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Vorsitzende des Sozialbeirats, Meinhold, sprechen sich für die Nettolohnanpassung aus, die in aller Regel, solange nicht mit Steuermanövern kurzfristige Steuersenkungen zugestanden werden, noch geringer ist als die Bruttolohnanpassung. Aber beide Anpassungsarten lösen nicht das Problem,
sungsarten lösen nicht das Problem,
daß die Rente in einem festen Verhältnis zum Lohn stehen muß, sondern reißen die Kluft zwischen Renten und Lohn nur weiter auf. Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Schmidt-Kempten, weiß sich einig mit dem BDA. Die Anhebung des Beitragssatzes ab dem 1.1.81 auf 18,5% soll ausgesetzt werden, ,,damit wird nämlich die Gefahr gebannt, daß die sich aus der Anhebung ergebende höhere Rücklage für weitere Leistungsversprechen verwendet wird, anstatt der Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung zu dienen." Ehrenberg soll für weitere Rentensenkungen Dampf gemacht werden, und die Gelder will die Bourgeoisie lieber direkt behalten, als sie nachher über die Versicherung in der Hand des Staates zu sehen. Ehrenberg sieht keinen Grund, etwas an dem Beschlossenen zu ändern. Die Rentner hätten ihr Opfer schon gebracht dafür, daß die kapitalistische Produktion mehr als 1 Million Lohnabhängige auf die Straße geworfen hat, nun seien die Arbeiter mit höheren Beiträgen dran. ,,Wir sind jedenfalls der Meinung: Es hat bei allen Eckpunkten des 21. Rentenanpassungsgesetzes zu bleiben. Damit haben Rentner und Beitragszahler gemeinsam ihren Beitrag zur erfolgreichen Konsolidierung der Rentenfinanzen geleistet."

OPEL-Konzern leitet Entlassungen ein

Neuzulassungen auf dem US-Markt kommen ins Stocken / Benzinsparende PKW noch verschont

z.frb. Seit letzter Woche verhandelt die Geschäftsleitung des Opel-Konzerns in Rüsselsheim, Tochtergesellschaft von General Motors, über einige tausend Entlassungen. Der Wurf auf die Straße soll gemildert werden durch Heranziehung der Arbeitslosenkasse und der Rentenkasse. Der Betriebsrat hat nicht zugestimmt. Das Werk arbeitet seit rund einem halben Jahr in Kurzarbeit, gegenwärtig ist die Arbeitszeit auf fast die Hälfte gekürzt. Auch das lassen sich die Kapitalisten aus der Versicherungskasse zahlen. Sie halten sich die Belegschaft, und die Versicherung zahlt Kurzarbeitergeld. Zwar müssen die Kapitalisten aufgrund einer ihnen abgerungenen Betriebsvereinbarung aufstocken, doch kommen sie immer noch fein raus. Könnte der Konzern jetzt einen Entlassungsplan durchdrücken, nach dem 60jährige Arbeiter entlassen werden, so hätte General Motors, außer daß er sich auch die Entlassungen aus der Versicherung zahlen läßt, weiteren Vorteil. Die Löhne bei Opel sind etwas höher als in der Umgegend; 40, 60 bis 100 km im Umkreis rekrutiert das Werk seine Arbeitskräfte. Dafür verlangt das Opel-Kapital auch die Verausgabung einer größeren Menge Arbeit pro Arbeitsstunde als andere Kapitalisten. Die Ausbeutungsrate ist höher, spätestens nach ein paar Jahren macht's sich bemerkbar. So verbindet General Motors die Entlassungen mit einer Verjüngung der Belegschaft, die dann die Steigerung der Arbeitsintensität bei den geplanten Rationalisierungen ermöglichen soll.

Überall findet Kleinkrieg mit den Kapitalisten statt. Hier muß ein Bandstillstand für die neuen Erholpausen durchgesetzt werden, dort versuchen die Kapitalisten zusätzliche Überwachungssysteme einzuführen. (siehe hierzu KVZ-Nachrichtendienst 05). Es
hierzu KVZ-Nachrichtendienst 05). Es
sind dies die Begleiterscheinungen der Investitionsprogramme, mit denen die Automobilkonzerne aus der Krise kommen wollen, in die sie eben hinunterbrausen. General Motors, der fast ein Viertel des Weltmarktes hält, hat soeben von 38 auf 40 Mrd. $ für Investitionen bis Ende 1984 aufgestockt. Die Umstellung auf die kleineren, in allen GM-Werken gebauten Modelle soll beschleunigt werden. Die Fertigung der einzelnen Teile wird auf die ganze Welt zerstreut. Vorteile auf dem Arbeitsmarkt entsprechend jener konkreten Fertigung und Vorteile beim Rohstoffbezug macht sich GM so seinem Profit zum Segen. In Rüsselsheim z.B. werden 1981 nur noch etwa die Hälfte der Hinterachsen, der Getriebe und der Motoren gefertigt. Von Australien bis Brasilien reichen die Standorte zur Herstellung dieser Komponenten dann. In Rüsselsheim werden 3700 Arbeiter überflüssig. Die jetzigen Entlassungen sind Vorbereitung dieses Programms wie auch Folge des bereits zusammenbrechenden Absatzmarktes. Wenn gleichzeitig noch z.B. bei VW Sonderschichten gefahren werden, so zeigt dies, daß mit dieser Krise eine Krise des Produkts einhergeht, nämlich eine Verlagerung zu benzinsparenden Modellen, deren Produktion der Ölraub bislang verhindert hat.

In der Automobilindustrie ist die Großserie der Trumpf, mit dem die einzelnen Monopole aufeinander einschlagen. Daher der Zwang zu hohen Exporten für die westeuropäischen und japanischen Konzerne, daher auch ihre starke Abhängigkeit von Wohl und Wehe des Weltmarktes. Und für die Entwicklung des Weltmarkts ist nach wie vor der US-Markt entscheidend. Die USA vereinnahmen knapp 40% des PKW-Bestandes. 1978 wurden in den USA 10,9 Mio. PKWs abgesetzt, in den Ländern der EG 8,7 Mio. 1979 wurden in den USA 10,6 Mio. Autos neu angemeldet, hiervon 22% importierte. Der größte Teil dient dem Ersatz verbrauchter Autos, aber auch der Bestand hat sich nochmals ausgeweitet. 1977 auf 1978 erhöhte sich die Anzahl pro Tausend Einwohner von 506 auf 522 (BRD 312 auf 322). In den ersten vier Monaten 1980 ist der Absatz von Neuwagen zusammengebrochen, beschleunigt durch die hohen Zinssätze. Die in der BRD tätigen Konzerne exportieren rund die Hälfte ihrer Produktion, und etwa 17% hiervon gehen in die USA: obwohl die US-Tochtergesellschaften, die vergangenes Jahr 40% der PKW-Produktion in der BRD bestritten, nicht in die USA exportieren.

Daß die kommende Automobilkrise tiefer wird als die Krise 1974, dafür gibt es einige Anzeichen. Einmal expandieren die entscheidenden Märkte mit dem geringsten Zuwachs. Die Automobil Revue '80 gibt folgende Änderungen des PKW-Bestandes 1978/79 an (Anteil am Bestand in Klammern):

Westeuropa (33,1%)	+ 4,4%
Osteuropa (5,2%)	+12,5%
Nordamerika (44,1%)	+ 4,3%
Südamerika (4,4%)	+ 9,6%
Asien (9,6%)	+ 8,3%
Afrika (1,8%)	+ 7,4%
Australien (2,4%)	+ 5,4%
Welt (100%)	+ 5,4%

Der Anteil der Volksmassen an den Neuzulassungen ist heute höher, und die Einschnürung der Reproduktion wirkt sich noch stärker aus. 1974 wurde die notwendige Ersatzbeschaffung hinausgeschoben. 1977 und 1978 hat dies die Neuzulassungen sprunghaft erhöht. Gegenwärtig läuft ein Auto bis zur Löschung 9,6 Jahre. 1979 hatte sich die Zahl der notwendigen Ersatzbeschaffungen gegen 1978 um 130000 erhöht, 1981 wird sich die Zahl noch um 70000 erhöhen. Diese Angaben für die BRD finden in anderen Ländern ihre Entsprechung.

Die Verengung des Marktes, ausgehend von den größeren Fahrzeugen, bringt die Automobilkrise zum Ausbruch. Es sind aber die inneren Gesetze der kapitalistischen Produktion, die die Schrumpfung des Marktes bewirken. Die Reproduktion der Arbeitskraft ist den Reproduktionsinteressen des Kapitals untergeordnet, und dieses lautet ,,Profit, Profit, Profit", reduziert mit der Entwicklung der Produktivkraft und der ständigen Ausdehnung des Marktes die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder weniger enger Schranken veränderliches Minimum. Wachsendem Profit entspricht schrumpfende Konsumtion auf der anderen Seite. Auf dem Automobilmarkt ist dies besonders frappant, weil sich die Ersatzbeschaffung strecken oder verkürzen läßt, so die zyklischen Schwankungen noch verstärkt werden. Die Kapitalisten werden auf diese Erscheinungen gestoßen, die Arbeiter können sie verstehen und für ihre Zwecke nutzen.

PKW-Bestand (Tsd.)

PKW-Bestand (Tsd.)

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Welt	170450	174330	183500	206110	220860	235330	246220	258200	271620	285660	301086
Zunahme	9800	3880	9170	22610	14750	14470	10890	11980	13420	25040	15526
%	*6,1*	*2,3*	*5,3*	*12,3*	*7,2*	*6,6*	*4,6*	*4,9*	*5,2*	*5,2*	*5,4*
Produktion	21890	22980	22640	26110	27840	30000	26080	25480	29167	32600	31669
USA	83276	86710	88840	92255	96420	101413	104229	106076	109003	113481	118134
Zunahme %	*4,1*	*4,1*	*2,5*	*3,8*	*4,5*	*5,2*	*2,8*	*1,8*	*2,8*	*4,1*	*4,1*
Europa	58030	62900	68100	73170	78360	83700	87630	90970	96910	102010	107518
Zunahme %	*6,6*	*8,4*	*8,3*	*7,4*	*7,1*	*6,8*	*4,7*	*3,8*	*6,5*	*5,3*	*5,4*
Japan	5247	6979	8832	10636	12626	14473	15853	17236	18475	19826	21275
Zunahme %	*35,7*	*33,0*	*26,6*	*20,4*	*18,7*	*14,6*	*9,5*	*8,7*	*7,2*	*7,3*	*7,3*

Neuzulassung Kraftfahrzeuge BRD

Jahr	Gesamt	Untern. und Selbständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter
1964	1561902	778497	92658	314906	334169
1965	1739121	821724	113597	365290	389660
1966	1713121	788541	118388	376812	376324
1967	1539702	712596	113541	359009	300788
1968	1612391	691378	115346	391194	350942
1969	2063649	844215	148766	518969	465136
1970	2346748	900560	178575	611540	552573
1971	2389279	882584	188945	648808	555418
1972	2372610	889319	183453	647839	531516
1973	2260130	815696	173325	625947	515643
1974	1888270	696799	151325	521891	398640
1975	2322526	821902	192170	663354	491180
1976	2571717	867317	208340	743865	567677
1977	2831728	895705	226160	838443	654721
1978	2964397	987052	226766	860773	654801
1979	2972264	1018236	212756	847576	648270



Hafen von Helsingborg: Polizei nimmt Personalien von Streikposten auf

z.coi.Stockholm. **Mit Polizeischikane, Umleitung des Warenverkehrs über ausländische Häfen und Ausnutzung der Widersprüche zwischen der schwedischen Hafenarbeitergewerkschaft und LO versucht die Bourgeoisie, den dreiwöchigen Streik der Hafenarbeiter zu ersticken.** Noch wagt die Regierung nicht, mit einem Verbot vorzugehen, denn der Streik der Hafenarbeitergewerkschaft für einen eigenen Tarifvertrag und 10 SKr. mehr genießt Sympathie nicht zuletzt unter den 15% der ca. 3000 Hafenarbeiter, die in der Transportarbeitergewerkschaft der LO organisiert sind. Im Hafen von Gävle z.B. weigern sich die Arbeiter, alle in der Transportarbeitergewerkschaft organisiert, die von Stockholm umgeleiteten Schiffe zu entladen. Im bestreikten Stockholmer Hafen verdienen die 260 Arbeiter 31,18 SKr. (13,10 DM) pro Std., und die Arbeit ist hart, vor allem im Winter. Zuschläge bekommen nur die 18 Mann, die in Doppelschicht die Lastwagenanhänger auf die Fähren fahren. Die Kapitalisten versuchen, den überseeischen Transport über die kontinentalen Häfen (u.a. in Westdeutschland) sowie über Norwegen zu organisieren. Die Häfen Dänemarks sind ihnen verschlossen, da die dänische Hafenarbeitergewerkschaft die schwedischen Kollegen unterstützt. Die norwegische LO-Transportarbeitergewerkschaft dagegen weigert sich, den Streik zu unterstützen, da sie nur die LO-Einzelgewerkschaften anerkennt und die schwedische Hafenarbeitergewerkschaft als Spalterorganisation betrachtet.

z.rua. **Die Streikkämpfe der portugiesischen Arbeiter für neue Tarifverträge und 30% mehr Lohn halten an.** 600000 Arbeiter sind beteiligt. Mitte Mai streikten die Arbeiter der Lisnave-Werft. Die Metallarbeiter streikten letzte Woche zwei Tage. Vom 21.–23.5. streikten die Chemie- und Bergarbeiter. Ein Streik der Bäckereiarbeiter dauert an. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben für Ende Mai einen zweitägigen Streik angekündigt. Die Postarbeiter, die seit Ende April Überstunden bestreiken, stehen seit dem 19.5. in unbefristetem Streik. In den zentralen Verteilerstellen häuft sich die Post; Telefon- und Telegrafenverbindungen liegen lahm. – Mitte Mai hat der Kapitalistenverband CIP die Regierung unter Sá Carneiro zur Einschränkung des Streikrechts aufgefordert. Diese arbeitet zur Zeit an einem neuen Arbeitsgesetz. Das Streikrecht soll eingeschränkt werden; die Kapitalisten können streikende Arbeiter wegen ,,Disziplinlosigkeit und Widersetzung" fristlos entlassen. Über ,,Verträge auf unbestimmte Zeit" soll der Druck auf die Arbeiterbewegung erhöht werden.

z.inl.Paris. **Mit Stromabschaltungen in ganz Frankreich antworteten die Beschäftigten der Elektrizitätsgesellschaft EDF auf die Angriffe der Bourgeoisie auf das Streikrecht.** Am 22.5. verabschiedete die Nationalversammlung das Gesetz ,,zum Schutz und zur Kontrolle nuklearer Materie". Die Regierung ließ einen Zusatzantrag abstimmen: Wer das Funktionieren von Kernkraftwerken hindert, oder bei ,,absichtlicher Verletzung der Sicherheitsbestimmungen", kann sofort gekündigt werden. Gemeint ist damit nicht, daß z.B. die Direktion des Kernkraftwerks Chinon wegen Vernachlässigung der Sicherheitsbestimmungen zur Rechenschaft gezogen wird, weil zwei Arbeiter bei Reparaturarbeiten einer Strahlendosis von 35 rem, gleich der 7fachen Jahresdosis, ausgesetzt waren. Die Regierung, die auf das Streikrecht im ganzen öffentlichen Dienst zielt, versucht jetzt, mit dem praktischen Streikverbot für einen kleinen Teil der EDF, etwa 2000–3000 Beschäftigten, dafür eine Bresche zu schlagen. Am Tag nach dem Votum der Nationalversammlung machten die EDF-Beschäftigten mit 30–40% Stromausfall klar, daß sie sich das Streikrecht nicht nehmen lassen und daß sie es brauchen zur Durchsetzung höherer Löhne. Seit Februar herrscht bei der EDF tarifloser Zustand.

z.elb.Brüssel. **Wenn die Kapitalisten bis zum 2.6. kein ausreichendes Tarifangebot vorlegen, treten die 1549 Angestellten des zweitgrößten belgischen Stahlkonzerns Sidmar in Streik.** 80% der gewerkschaftlich Organisierten, die 1800 bfr netto mehr Lohn (110 DM) im Monat und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38 auf 37 Stunden fordern bei einer Laufzeit von einem Jahr, stimmten für Streik. Die Kapitalisten wollten mit völlig unzureichenden 800 bfr Lohnerhöhung und einer einmaligen Prämie von 4500 bfr den Grundlohn drücken. Die Arbeitszeitverkürzung lehnen sie kategorisch ab. Seit zwei Monaten bereits enthalten sie den Angestellten die Lohnerhöhung vor.

z.bag.Aarhus. **Seit dem 19.5. streiken 3000 dänische Schlachtereiarbeiter.** Sie fordern eine Regulierung des Teuerungszuschlags für Akkordarbeit und die Herabsetzung des Arbeitstempos. Der Streik begann damit, daß die Arbeiter in mehreren Betrieben das Tempo um 25% herabsetzten, d.h. von 190% der Norm auf 150%, oder anders ausgedrückt, sie arbeiteten nicht mehr für zwei Mann, sondern nur noch für anderthalb. Die Fleischereikapitalisten weigerten sich, diese Herabsetzung des Arbeitstempos anzuerkennen, und weigerten sich ebenso, außertarifliche Lohnerhöhungen zu zahlen. Daraufhin traten die Belegschaften weiterer Schlachtereien in den

Tarifkalender: Buchhandel und Verlage – Gemeinsamer Gehaltstarif für Arbeiter und Angestellte

z.gih. **Landwirtschaft, Ernährung.** Tarifabschluß in der *Brauindustrie Hamburgs und Schleswig-Holsteins* am 13.5. Alle Beschäftigten einschließlich der Auszubildenden erhalten ab 1.5. 7,04% mehr Lohn. Für die Lohngruppen 5 und 6 wurden zusätzlich Relationsverbesserungen zum Ecklohn (LG 4) von 1,28% bzw. 1,38% vereinbart. Die LG 5 erhält jetzt 105% und LG 6 110% vom Ecklohn. – Mit Ende der Erklärungsfrist der Kapitalisten wurde am 14.5. der neue *Manteltarifvertrag für die Beschäftigten in der Fischindustrie Bremerhaven* abgeschlossen. Es gilt für Arbeiter und Angestellte ein gemeinsamer Tarifvertrag. Der Jahresurlaub wird bis 1986 auf 6 Wochen für alle erhöht. Urlaubsgeld wurde jetzt für alle einheitlich geregelt: 1980 40% und ab 1982 50%.

Metall. Der neue Tarifabschluß für das *Kraftfahrzeughandwerk in Bremen* sieht wie folgt aus: Die Löhne und Gehälter werden ab 1. Mai um 6,9% angehoben. Für die Auszubildenden beträgt die Vergütung ab 1. Januar 1980 monatlich im 1. Ausbildungsjahr 421 DM, im 2. Jahr 458 DM und im 3. Jahr 521 DM.

Druck. *Verband Papierverarbeitung und Druck Südbaden.* Mit Wirkung ab 1. April 1980 wird der tarifliche Wochenecklohn um 6,8% auf 476,77 DM (Stundenlohn 11,92 DM) erhöht. Die Abstaffelung für das Hilfspersonal ist zwischen 1,5 und 0,5% zusätzlich angehoben.

Handel. Vor dem zweiten Verhandlungstermin zum Lohntarif *Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV in Westberlin* am 14.5.80 führten am Dienstag die Beschäftigten der Verlage W. de Gruyter und Julius Springer einen zweistündigen Warnstreik durch für 200 DM mehr für alle und um die Kapitalisten überhaupt zu Verhandlungen zu zwingen. Sie hatten es bis Montag abgelehnt, wenn die HBV nicht von ihrer Forderung runterginge. Das Verhandlungsergebnis sah am Abend so aus: Die Lohngruppen werden aufgelöst und in die Gehaltsgruppen eingegliedert, was für die Lagerarbeiter, Boten usw. eine Verbesserung bis zu 100 DM bedeutet, plus 7% Erhöhung. Der Tarif soll rückwirkend ab 1. Mai in Kraft treten. – Forderung der HBV für den Gehalts- und Lohntarifvertrag im *Großhandel Rheinland-Pfalz.* Nach einer Korrektur des Gehaltstableaus sollen in den Anfangssätzen Erhöhungen zwischen 160 und 100 DM und in den Endsätzen zwischen 240 und 140 DM vorgenommen werden. – Eine Erhöhung der Tarifgehälter im *Reisebürogewerbe* um 6,7% vereinbarte die *Gewerkschaft HBV mit dem Deutschen Reisebüroverband (DRV)* am 22.5.80 in München.

Öffentliche Dienste, Transport, Verkehr. Für die *Apothekenangestellten* fanden am 25.4. in Hamburg zwischen dem *BVA und der TGLiB* Verhandlungen über Gehaltstarifvertrag statt. Der Tarifvertrag gilt vom 1.5.80 bis 31.4.81. Die Anfangsgehälter wurden stärker angehoben. Die Erhöhungen liegen bei 4,3 – 7,3%. – Am 19.5. war der 1. Verhandlungstag über den neuen Lohn- und Gehaltstarif für die *privaten Verkehrsbetriebe in Rheinland-Pfalz.* Die ÖTV fordert: Lohn- und Gehaltserhöhungen um 10%. Der Stundenlohn eines Fernfahrers in Rheinland-Pfalz ist z.Z. 7,49 DM.

Chemie: Kapitalisten lehnen Forderungen der IG Chemie ab – Verhandlungen gescheitert

z.wig. Bei den letzten Verhandlungen hatten die Chemiekapitalisten für die Bezirke Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen 6% linear und 0,2% der Tariflohn- und -gehaltssumme zusätzlich für die Facharbeiterlohngruppen angeboten. Eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen und der unteren K-Gehaltsgruppen sowie eine Verbesserung der Lohn- und Gehaltsstruktur zugunsten der Arbeiter und kaufmännischen Angestellten lehnten die Kapitalisten strikt ab. In Nordrhein sollen jetzt am 6.6. Verhandlungen stattfinden. Das „Handelsblatt" hat bereits festgestellt, daß die Chemiekapitalisten die 6% kaum halten können, da in anderen Branchen Abschlüsse um die 7% erzielt worden seien. Wenn die Chemiekapitalisten ein höheres Angebot vorlegen, werden sie es nutzen wollen, um die Forderungen der IG Chemie nach Verbesserung der Lohn- und Gehaltsstruktur und besonderer Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen endgültig vom Tisch zu bekommen. In einem Flugblatt nach den Verhandlungen schreibt die IG Chemie Rheinland-Pfalz: „Das Ergebnis wird davon abhängen, wie unsere Mitglieder in den Betrieben reagieren. Zeigt den Arbeitgebern durch eure Proteste, daß ihr so nicht mit euch umgehen laßt." Gerade weil die Chemiekapitalisten die für sie momentan günstige Konjunktur voll ausnutzen wollen, können Gegenmaßnahmen der Belegschaften wie z.B. Langsamarbeiten Wirkung zeigen. Auf den spontanen Streik gegen die Tarifpolitik der Kapitalisten bei Kempchem in Oberhausen am 22.5. hat der Chemiekapitalist jedenfalls sofort mit Verhandlungen über tarifliche Zahlungen reagiert.

Kautschukindustrie. Die niedersächsische Tarifkommission für die Kautschukindustrie stellte am 23.5. ihre Forderungen auf. Die Löhne und Gehälter sollen um 9,8% erhöht werden. Die unteren Lohngruppen 1 und 2 sollen besonders angehoben werden um den Betrag, der sich aus der 9,8%-Erhöhung der Lohngruppe 3 ergibt. Für die Angestelltengruppen 1 und 2 werden ebenfalls Strukturverbesserungen gefordert. Die Ausbildungsvergütungen sollen einheitlich um 70 DM erhöht werden. Außerdem wird eine Absicherung von übertariflichen Zahlungen verlangt. Mit der Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen um die Erhöhung von Lohngruppe 3 geht die Tarifkommission hinter ihre ursprüngliche Forderung zurück, die die Anbindung an die Lohngruppe 4 vorsah und ebenfalls von einigen Vertrauensleutekörpern u.a. von Conti Vahrenwald gefordert worden war.

Paris: „Türken ohne Papier" erringen Sieg

Regierung muß Arbeitserlaubnis zusagen / 4 Monate Kampf unter Führung der CFDT

z.pel.Paris. Rue de Cléry, im 3. Pariser Innenstadtbezirk. In den Häusern dieser wie der angrenzenden Straßen reiht sich Schaufenster an Schaufenster. Zu 90% sieht man Bekleidung, meistens nach der neuesten Mode. Überwiegend sind es Großhandelsgeschäfte. Was man nicht sieht, ist die Produktion dieser Waren, die häufig in Werkstätten im Hinterhof stattfindet. Oft ein Zimmer, ein Bett, zwei Nähmaschinen, Kleider hängen an den Wänden. Die Fenster sind zum Teil verhängt, in jedem Fall wegen des Lärms der Nähmaschinen geschlossen, die Luft ist vom Bügeln stickig.

In diesen Werkstätten arbeiten Tausende von Ausländern, meist Türken, die als Touristen eingereist sind und weder Arbeits- noch Aufenthaltserlaubnis besitzen, im Akkord und zu Hungerlöhnen (siehe KVZ 21). Die Kapitalisten setzen sie als Lohndrücker in einer Textil- und Bekleidungsindustrie ein, wo sowieso schon 51% der Lohnabhängigen unter 3000 FF verdienen (1 FF = 0,43 DM); 27% bekommen gar weniger als den Mindestlohn von 2376 FF. Die Gewerkschaft CFDT schätzt diese „illegalen Arbeiter" in ganz Frankreich in allen Branchen auf etwa 400000, 10% der „legalen" Ausländer. Die französische Regierung hat immer versucht, sie als zusätzlichen Spaltkeil gegen die Kampfeinheit der französischen und ausländischen Arbeiter einzusetzen, eine Kampfeinheit, die sich in den letzten Monaten u.a. in einer Massenbewegung für gleiche Rechte und gegen neue, schärfere Ausländergesetze ausgedrückt hat.

Anfang Februar haben die „Türken ohne Papiere", unterstützt von der Gewerkschaft CFDT, den Kampf für die Regularisierung ihres Aufenthaltes aufgenommen. Die Regierung mußte angesichts der großen Solidarität verhandeln, bot Papiere für einen kleinen Prozentsatz an und verstärkte gleichzeitig die Unterdrückung. Direkt nach den letzten Verhandlungen am 23.5. haben wir einen Verantwortlichen der CFDT Region Paris, Jacki Bontemps, über den Kampf und die bisherigen Ergebnisse befragt.

Bis heute ist nach unserer Kenntnis noch keine Arbeitserlaubnis erteilt worden. Die Polizeikontrollen halten an, während die CFDT mit der Regierung verhandelt. Welches sind bis jetzt die Ergebnisse des Kampfes?

Ja, es gab diese Probleme – die Langsamkeit der Prozedur, Polizeikontrollen in den Werkstätten, Kontrollen der Arbeitsinspektoren, Untersuchung der Wohnungen durch die Gesundheitsaufsicht. Andererseits gab es eine Reihe von Versprechungen Stoleru's (Staatssekretär), die nicht gehalten wurden. Aufgrund dessen waren wir gezwungen, Druck zu machen, vor allem mit der Besetzung der Wertpapierbörse am 19.5. ... Im Laufe des Gespräches vom 20.5., das über die Woche fortgesetzt wurde, mußte Stoleru weitere Vorschläge machen. Diese bestanden in der automatischen Regularisierung aller, die vor dem 1.3.1979 eingetroffen waren. Das entspricht nach unseren Berechnungen 80 – 85% der Türken, 80% der Marokkaner ... Weiterhin wird die Staatsmacht den Arbeitern acht Tage nach Einreichung ihrer Unterlagen eine provisorische Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis ausstellen, die für mehrere Monate gilt, bis sie ihre endgültigen Papiere erhalten ... Außerdem haben wir die Annullierung aller bisherigen Ausweisungsverfügungen erhalten. Das ist ein ziemlich bedeutender Erfolg.

Wie erklärt ihr es, daß die Regierung bis heute die „illegale Arbeit" geduldet hat, obwohl sie wußte, daß es sehr viele „Illegale" gibt und sie gleichzeitig die ausländischen Arbeiter scharf unterdrückt, so mit den neuen Ausländergesetzentwürfen?

Jeder auf Seiten der Staatsmacht war über die Lage auf dem Laufenden. Der Arbeitsminister, der Innenminister, die Kapitalisten. Wenn ein jeder seit 1970 die Augen geschlossen hat, dann weil die Überausbeutung dieser Arbeiter einen enormen Gewinn in die Kassen der Kapitalisten gebracht hat. Man muß dabei im Kopf haben, daß diese Arbeiter vollständig ihrer Willkür ausgeliefert waren. Jeder, der es gewagt hätte, Forderungen zu erheben, mußte damit rechnen, ausgewiesen zu werden ... Die Produktion ist in diesen Werkstätten ziemlich spezifisch, das heißt auf genau bestimmte Anforderungen zugeschnitten, v.a. um Eilbestellungen zu entsprechen; auf bestimmte Modeprodukte, die von den Fabriken in Frankreich und auch in der Dritten Welt nicht hergestellt werden können. Denn die brauchen eine bestimmte Zeit der Umstellung auf neue Serien, müssen ihre Maschinen auslasten usw. Dieser Typ von Werkstätten entspricht also den Anforderungen von Produktionen in kleiner Auflage.

Was verdienen die Arbeiter dort?

Sie verdienen 1500 – 2000 FF und haben keinerlei Sozialversicherung usw. Man muß auch wissen, daß diese Türken qualifizierte Arbeiter sind. Etliche von ihnen waren in der Türkei Schneider. Eine Qualifikation, die in Frankreich immer mehr verschwindet und die vollständig verschieden ist von dem, was in den Textilfabriken verlangt wird. Dort findet man fast ausschließlich ungelernte und angelernte Arbeiter. Ein direkter Lohnvergleich ist also schwer zu ziehen.

Wie versucht ihr unter den ziemlich schwierigen Bedingungen, die türkischen Arbeiter zu organisieren, wie führt die CFDT diesen Kampf?

Das gegenwärtige Ziel ist die Organisierung der türkischen und marokkanischen Arbeiter. Da sind wir aber auch noch in den Anfängen. Wir haben versucht, den Kampf zu unterstützen, und beginnen, in den Werkstätten die Organisation aufzubauen, versuchen dort, wo immer möglich, Delegierte zu bekommen. Bis jetzt gibt es an Strukturen Delegierte nach Nationalität – v.a. Türken –, die von der Generalversammlung der gewerkschaftlich organisierten Türken gewählt werden ... und sich regelmäßig ein bis zweimal pro Woche versammeln, um über die Forderungen und den Fortgang der Verhandlungen zu diskutieren. Auf der anderen Seite haben wir hier ein ständiges Büro eingerichtet ... Wenn wir Ende Juni feststellen, daß es auf der Ebene der Prozedur Probleme gibt, wenn die Staatsmacht die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis nicht rausrückt, dann werden wir gezwungen sein, zu Aktionen zurückzukehren.

Wird die CFDT für den Marsch der ausländischen Arbeiter gegen die Ausländergesetze am 7. Juni mobilisieren?

Ja, wir haben ja zur Demonstration aufgerufen. Unsere Position zu den Gesetzen ist, auf breiter Basis dagegen zu mobilisieren, natürlich auch mit Demonstrationen, und andererseits gegen diese Projekte mit sehr präzisen Kämpfen anzugehen. Wie mit den Kämpfen der Reinigungsarbeiter bei der RATP (U-Bahn) und dem Kampf der „türkischen Arbeiter ohne Papiere". Über diese Konflikte bekämpfen wir direkt die Logik dieser Vorhaben ... Wir müssen die Einheit der Arbeiterklasse herstellen.



Am 3. März demonstrierten erstmalig 2000 türkische Arbeiter. Die CFDT-Textil rief zu Solidaritätsstreiks auf. 1700 haben sich bis heute organisiert.

Streik. Anfangs wurden sie von ihrer gerade kürzlich aus mehreren kleinen Branchengruppen zusammengeschlossenen Gewerkschaft Nahrungs- und Genußmittel unterstützt, nach drei Tagen streikte der größte Teil ohne diese Unterstützung weiter. – Die Fleischindustrie ist einer der wichtigsten Zweige der dänischen Wirtschaft und einer der wenigen, in denen das Akkordsystem noch weit verbreitet ist. Um zu verhindern, daß die Schlachttiere lebend exportiert und im Bestimmungsland verarbeitet werden, haben die streikenden Arbeiter sich an die betreffenden Gewerkschaften in Holland, Belgien, Frankreich und in der BRD gewendet.

z.anb.Wien. **Auf Protestversammlungen haben am letzten Freitag die 5000 Assistenten der österreichischen Hochschulen einen unbefristeten Streik für feste Anstellungsverträge angekündigt.** Dies, falls die Regierung die letzte Verhandlungsrunde am 3.6. über das seit Jahren hinausgezögerte neue Dienstrecht scheitern läßt, bzw. den Assistenten die arbeitsrechtliche Gleichstellung mit dem öffentlichen Dienst versagt. Bislang haben diese selbst nach Erwerb der wissenschaftlichen Qualifikation und noch nach 10 Jahren Lehrtätigkeit keinerlei Anspruch auf feste Anstellungsverträge. Für Montag (2.6.) ist eine Demonstration zum Wissenschaftsministerium in Wien angekündigt. Den Kompromiß, die Anstellung von der Budgetlage abhängig zu machen, haben die Assistenten zurückgewiesen.

z.hef.London. **Die irische Gewerkschaft NEETU erklärte am Mittwoch den Streik der Zementarbeiter in Platin für offiziell.** 45 Mechaniker waren am Montag in den Streik getreten, weil die Kapitalisten Reparaturfacharbeiter durch billigere Leiharbeiter ersetzen wollen. Sie hatten drei Vertragsfirmen für die Reparatur eines Brennofens angeheuert. Die 260 anderen Arbeiter und Angestellten weigern sich, während des Streiks der 45 Mechaniker zu arbeiten. Die Kapitalisten erklären, sie sähen den Streik nicht als offiziell an, weil die NEETU sich nicht an die vereinbarte Schlichtung gehalten habe. Jetzt suchen sie Streikbrecher. Die Cement Ltd. produziert etwa 20% des in der Republik Irland verbrauchten Zements.

z.mif.London. **Von Dienstag bis Freitag letzter Woche streikten 8000 Lehrer in Schottland, am Mittwoch 16000.** Die Grund- und Sekundarschullehrer verlangen ein höheres Angebot; der Dienstherr hatte zuletzt am 8. Mai 13% Lohnerhöhung plus 1% für veränderte Arbeitszeitregelung geboten. Gefordert sind 18,6%. Der Streik wird vor allem von der größten Lehrergewerkschaft EIS (Erziehungs-Institut Schottlands) getragen, die 46000 Mitglieder hat. Am Mittwoch beteiligten sich auch 8000 Mitglieder des Schottischen Sekundarschullehrerverbandes. Durchschnittlich jede vierte Schule ist vom Streik erfaßt. In Glasgow und Edinburgh werden je 58 Grundschulen und 10 Sekundarschulen bestreikt, im ganzen Land einschließlich der Inseln sind es 270 Schulen mit 250000 Schülern. Streikschwerpunkt sind Ayr und Nord-Edinburgh, die Wahlkreise des Schottlandbeauftragten der Regierung und des schottischen Staatssekretärs für Erziehung. Die Gewerkschaft EIS wird auf ihrem Gewerkschaftstag diese Woche über weitere Schritte beraten.

z.pel.Paris. **Daß am 23.5. alle 9000 Arbeiter des Michelin-Werkes in Clermont Ferrand vier Stunden gegen die Kostendämpfungspolitik streikten, zeigt an, wie groß die Unzufriedenheit ist.** Mehrmals ist es in den letzten Wochen zu Abteilungsstreiks für Lohnerhöhungen und gegen die massiv gesteigerte Arbeitshetze gekommen. In der Abteilung CT – 4, dem größten Fabrikationsbereich des Betriebes, stellen die Arbeiter immer dann die Arbeit ein, wenn ein Zeitnehmer erscheint. Ab 1982 sollen dort Roboter eingesetzt werden. In der gleichen Abteilung ist jetzt ein Arbeiter verwarnt worden, der seinen Hammer auf einem Förderband vergessen hatte, was zu Schäden an einer Maschine führte. Die Abteilung hat postwendend die Abschaffung der Numerierung des Werkzeuges gefordert. Zur „Beruhigung" gestand die Direktion in mehreren Bereichen Lohnerhöhungen zu.

z.sta.Sydney. **Seit April haben die Gewerkschaften der Metallarbeiter in Australien ihre Kampagne für die 35-Stundenwoche verstärkt.** Die sieben Gewerkschaften haben eine Broschüre herausgebracht, in der die Kampagne hauptsächlich reformistisch begründet wird, nämlich als Kampfschritt gegen die wachsende Arbeitslosigkeit in Australien. Ihre Forderung lautet: 70 Stunden an 9 Arbeitstagen innerhalb von 2 Wochen, bei Schichtarbeit 140/280 Stunden innerhalb von 4/8 Wochen. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit wird also nicht eingeschränkt. Am 20. Mai haben die Metallarbeiter auf Gewerkschaftsversammlungen beschlossen, ab dem 26. Mai in jeder vierten Woche nur 35 Stunden zu arbeiten. Gegenwärtig verhandelt die nationale Lohnkommission über die halbjährliche Lohnerhöhung für alle Lohnabhängigen. Der Vorsitzende der Lohnkommission erklärte letzte Woche, daß das Lohnindexierungsverfahren durch die Kampagne der Metallarbeitergewerkschaften gefährdet würde. Trotz der Drohung, das Verfahren ganz auszusetzen, halten die Gewerkschaften an der Kampagne fest.



7./8. Juni: Demonstration, Kundgebung, Festival der vds in Mainz

Braunschweig, 8.5.80. Brief des Fachschaftsrats Geologie, Mineralogie an den vds-Vorstand. Der FSR schreibt, daß das Studentenfestival vorrangig dazu benutzt werden soll, den Stand der Arbeit der Organe der Verfaßten Studentschaft sowie der Durchsetzung der Forderung zu diskutieren ... zu den Themen Studienreform, Vorschlägen der Gewerkschaften und Arbeit mit und in den Gewerkschaften, Podiumsdiskussionen mit Regierungs-, Gewerkschafts- und Studentenvertretern durchzuführen.

Weingarten, 4.5.80. Brief des Studentenrates der PH Weingarten und PH-USTEN Konferenz Konstanz. Die zentrale Kundgebung wird unterstützt, da den dringendsten Forderungen der Studenten – 750 DM BAFöG-Höchstsatz, 1520 DM Elternfreibetrag, Anbindung des BAFöG an den Durchschnittslohn und gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaften im HRG Nachdruck verliehen wird.

Köln, 11.5.80. FSKV der Fachhochschule Köln. Die Aktivitäten der Fachschaften sollen koordiniert werden. Düsseldorf, Universität: Die Fachschaftsgruppe Germanistik nimmt teil mit den Forderungen der vds-MV, zur Kritik der Studienreformpläne der Bundes- und Landesregierung und zur Unterstützung der verurteilten Studenten im Heidelberger Germanistenprozeß.

Hamburg, 16.5.80. vds-Tagung Geologie. Die Fachtagung Geologie spricht sich dafür aus, daß die Arbeitsgruppe unter der Forderung ,,Bezahlung der Exkursionskosten durch den Staat'' teilnimmt.

Stuttgart, 20.5.80. Fachtagung Elektronik. In Vorbereitung auf die Demonstration und Kundgebung in Mainz hat die Fachtagung den Aufruf der vds abgelehnt und beschlossen, unter folgenden Forderungen zu einer Teilnahme aufzurufen: ... Ausbildungs- und Tarifvertrag für alle praktischen Bestandteile des Studiums. Der vds-Vorstand wird aufgefordert, über ihre Schritte zu berichten in bezug auf Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Forderungen der Studenten ..., im Mittelpunkt der Fachtagung stand die Ausarbeitung grundsätzlicher Positionen für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Industrie- und Praxissemester an Universitäten und Hochschulen. Erschienen war dazu ein Vertreter des DGB. Die von der Fachtagung verabschiedeten Papiere sollen Grundlage sein für weitere Gespräche mit DGB, ÖTV und IG Metall.

Kiel, 1.5.80. Fachtagung Sport. Die Fachtagung tritt u.a. für folgende Forderungen in Mainz ein: – Anhebung des BAFöG-Höchstbetrages auf 750 DM und des Elternfreibetrages auf 1520 DM noch in diesem Jahr! Jährliche Anpassung dieser Sätze (unserer Ansicht nach sollte die Anpassung an den Durchschnittslohn erfolgen, weil dies die Verbindung zu den Kämpfen der Lohnabhängigen stärkt und alle Möglichkeiten ausschließt z.B. durch Veränderungen am Warenkorb etc. die Lebenshaltungskosten offiziell geringer zu halten und so Teile des Lohns wieder abzuschöpfen bzw. die Erhöhung der BAFöG-Sätze geringer zu halten)!

Jugendkriminalität in Beijing

Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung, Mängel des Bildungswesens sind die Hauptursachen

z.trs.Beijing. Die chinesischen Jugendlichen haben es nicht leicht. Sie wachsen in einer Situation auf, in der vom Staat große Ausgaben für das Erziehungswesen aufgebracht werden müßten. Aber die Produktion ist noch nicht entwickelt genug, die nötigen Summen zu erwirtschaften. Es gibt zu wenig Lehrer, denn die Kinderzahl stieg viel zu stark und seit der Kulturrevolution wurden nur Mittelschulabsolventen als Lehrer eingestellt. Es gibt nicht genug Hochschulen. Nur 5% der Absolventen höherer Mittelschulen erhalten einen Studienplatz, obwohl der Bedarf an Akademikern ungleich höher ist. Und es gibt nicht genug Arbeitsplätze, obwohl im letzten Jahr für 7 Mio. arbeitslose Jugendliche neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. In Beijing sind noch 4,8% derjenigen, die 1979 Arbeit suchten, arbeitslos. Dazu kommt noch, daß viele Arbeitsplätze, vor allem im Dienstleistungssektor und in den Kollektivbetrieben, schlecht bezahlt sind. Ein junger Arbeiter kann bis zu 60 Yuan verdienen, ein Verkäufer dagegen nur 40 Yuan. Nur die besten Schüler werden Studenten oder Arbeiter. Unter den anderen sinkt das Interesse am Lernen, und die Bereitschaft, sich durch Klauen oder Prostitution Geld zu verschaffen, wächst.

1978 hat die Stadt Beijing 10 Heimschulen für straffällige Jugendliche eingerichtet, die in der Kulturrevolution geschlossen worden waren. Von den über 830000 Mittelschülern Beijings besuchen jetzt knapp 1500 eine solche ,,Schule für Arbeit und Lernen''. Ihre Aufnahmekapazität soll aber ausgeweitet werden. Die Schulen unterstehen dem Erziehungsamt des jeweiligen Stadtbezirks. Eingewiesen werden Schüler aus den Mittelschulen des Bezirks. Sie bleiben im Durchschnitt 2 bis 2½ Jahre im Heim und gehen dann entweder an die Schule zurück oder an eine Arbeitsstelle. Die Eltern haben für das Kind monatlich 14 Yuan zu bezahlen.

Bei dem Besuch einer solchen Heimschule berichtete uns Rektor Wang Shengchuan offen über die Probleme: ,,Nach der Befreiung hatten wir vor allem Kinder der alten Ausbeuter in der Schule. Jetzt kommen 77% der Jugendlichen aus Werktätigenfamilien. Beide Elternteile arbeiten und haben tagsüber keine Zeit für ihre Kinder. Das wirkt sich in Arbeiterfamilien besonders kraß aus, weil das Bildungsniveau niedriger ist als in Kaderfamilien.

Die Arbeiter verlassen sich bei der Erziehung ihrer Kinder meist ganz auf die Schule. Die öffentlichen Erziehungseinrichtungen sind aber im Augenblick nicht in der Lage, diese Aufgaben zu übernehmen. Wir müssen die Produktion steigern und modernisieren, dann haben wir auch mehr Geld für die Schulen. In der Kulturrevolution haben die Kinder viel Schlechtes gelernt. Schlagen, Zerstören, Plündern waren an der Tagesordnung. Das beeinflußte besonders stark die Kinder aus Arbeiterfamilien.''

Die Beziehung der Jugendlichen zum Elternhaus ist meistens nicht gut. Wang berichtete über eine Mädchenklasse (die Mädchen machen ¼ der Heimbewohner aus und sind vorwiegend wegen Prostitution hier): Von 24 Schülerinnen waren 7 durch den schlechten Einfluß von Vater oder Bruder straffällig geworden, 14 kamen aus Familien, in denen es viele Konflikte gab oder in denen ein Elternteil fehlte. Nur 3 Mädchen kamen aus intakten Familien.

Der Tagesablauf in der Heimschule ist vom morgendlichen Frühsport bis zum Lichtlöschen um 21.20 Uhr für alle einheitlich geregelt. Neben dem Unterricht arbeiten die Schüler pro 14 Tage drei Tage in der Landwirtschaft oder in der schuleigenen Fabrik. Jugendliche, die noch keine Arbeitsstelle haben, können im Heim bleiben und in der Fabrik arbeiten und technisch ausgebildet werden. Rektor Wang rechnet mit einer Wartezeit von ein bis zwei Jahren, bis sie Arbeit bekommen.

Er sagte: ,,Die ältere Generation ist jetzt sehr unzufrieden mit der Jugend. Die Partei ist der Meinung, daß wir die Jugend lieben sollen. Wenn es Probleme mit der Jugend gibt, hat das gesellschaftliche Ursachen.'' Er nannte Ansatzpunkte, die gesellschaftlichen Bedingungen zu verbessern: 1. Alte Arbeiter sollten ihren Arbeitsplatz den Jungen geben. Damit könnte auch die Familie wieder mehr stabilisiert werden, die aufgrund mangelnder materieller Voraussetzungen durch die öffentliche Erziehung nicht vollwertig ersetzt werde. 2. Mehr Bildungsmöglichkeiten: die Mittelschulausbildung sei zu allgemein, vermittle zu wenig berufsorientierte Kenntnisse.

In beiden Punkten wurden vom Staat konkrete Maßnahmen eingeleitet. Alte Arbeiter können ihren Arbeitsplatz einem jungen Familienangehörigen zur Verfügung stellen. Damit möchte man die soziale Härte, die durch vorzeitige Pensionierung – und damit Geldverlust – entsteht, ausgleichen. Um das Bildungsniveau zu heben, werden in Beijing insgesamt 1600 Freizeit-Arbeiterschulen und Freizeit-Fachschulen eingerichtet, an denen 400000 Personen teilnehmen. Wang: ,,Wenn unsere Jugend ein positives Zukunftsbild haben soll, muß sie eine ausreichende Bildung haben.''



Rektor Wang Shengchuan beim Unterricht der 6. Klasse

Stockholm: Schülerstreiks und Demonstration gegen Berufsausbildungsreform

z.coi.Stockholm. ,,Wir weigern uns, umsonst zu arbeiten'' skandierten über 1000 Schüler und Jugendliche am 22.5. in Stockholm auf dem Weg zum Reichstag. Gleichzeitig streikten ca. 11000 Gymnasiasten und Grundschüler zwei Tage lang. Der Protest richtete sich gegen die Absicht der Regierung, durch die Einführung von 40wöchigen betrieblichen Lehrgängen anstelle der ,,Bereitschaftsarbeiten'' der Arbeitsämter die Kapitalisten ganz von der Lohnzahlung für die 16–17jährigen Jugendlichen zu befreien (s. KVZ 17/80). Die Gewerkschaften der Metall- und der Bauarbeiter, die eigene Ausbildungstarifverträge haben, wiesen diesen Plan ebenfalls zurück. Am 28.5. nahm der Reichstag die Vorlage mit einer Stimme Mehrheit an.



Stockholm: Schülerstreiks und Demonstration gegen Berufsausbildungsreform

z.coi.Stockholm. ,,Wir weigern uns, umsonst zu arbeiten'' skandierten über 1000 Schüler und Jugendliche am 22.5. in Stockholm auf dem Weg zum Reichstag. Gleichzeitig streikten ca. 11000 Gymnasiasten und Grundschüler zwei Tage lang. Der Protest richtete sich gegen die Absicht der Regierung, durch die Einführung von 40wöchigen betrieblichen Lehrgängen anstelle der ,,Bereitschaftsarbeiten'' der Arbeitsämter die Kapitalisten ganz von der Lohnzahlung für die 16–17jährigen Jugendlichen zu befreien (s. KVZ 17/80). Die Gewerkschaften der Metall- und der Bauarbeiter, die eigene Ausbildungstarifverträge haben, wiesen diesen Plan ebenfalls zurück. Am 28.5. nahm der Reichstag die Vorlage mit einer Stimme Mehrheit an.



aber ausgeweitet werden. Die Schulen unterstehen dem Erziehungsamt des jeweiligen Stadtbezirks. Eingewiesen werden Schüler aus den Mittelschulen des Bezirks. Sie bleiben im Durchschnitt 2 bis 2½ Jahre im Heim und gehen dann entweder an die Schule zurück oder an eine Arbeitsstelle. Die Eltern haben für das Kind monatlich 14 Yuan zu bezahlen.

Bei dem Besuch einer solchen Heimschule berichtete uns Rektor Wang Shengchuan offen über die Probleme: ,,Nach der Befreiung hatten wir vor allem Kinder der alten Ausbeuter in der Schule. Jetzt kommen 77% der Jugendlichen aus Werktätigenfamilien. Beide Elternteile arbeiten und haben tagsüber keine Zeit für ihre Kinder. Das wirkt sich in Arbeiterfamilien besonders kraß aus, weil das Bildungsniveau niedriger ist als in Kaderfamilien.



Rektor Wang Shengchuan beim Unterricht der 6. Klasse

Erste Verurteilung nach § 130 a: 40 Std. Arbeitsauflage für Karlsruher Schülerin

z.erb. Vor dem Jugendschöffengericht Karlsruhe war das frühere Mitglied des ,,autonomen Schülerrates'' Ute Schönthal angeklagt wegen ,,Anleitung zu Straftaten'' (§ 130 a des Strafgesetzbuchs). Anläßlich des Schüleraktionstages gegen Notenterror und Auslese im Mai '79 konnte man in dem Heft ,,Zoff'' lesen, daß der Kampf gegen Notenauslese und Unterdrückung nichts nütze, stattdessen wurde vermeldet: ,,Nicht trauern und flennen, sondern Schulen verbrennen''.

Um die Schülerbewegung einzuschüchtern, wurde nach Hausdurchsuchung, Sicherstellung von Heften bei Ute Schönthal, Vernehmungen von Schülern der Tulla-Realschule im Rektoratszimmer durch den Schulrektor und politischer Polizei eine Anklage zusammengebastelt.

Die Forderung nach Einstellung des Prozesses, Abschaffung der Staatsschutzparagraphen 88 a und 130 a unterstützte die Aktionseinheit gegen die Prozeßwelle in Karlsruhe, darunter die Fachschaftenkonferenz der Universität Karlsruhe, der Usta der Universität, die Hochschulgruppe der Jungsozialisten und der KBW. Auch die Landtagskandidaten und Gemeinderatskandidaten der ,,Grünen'' in Karlsruhe sprachen sich für die Abschaffung der Paragraphen aus.

Wirkung hinterließ die breite Aktionseinheit auch auf die Jugendgerichtshilfe, die im Prozeß für Freispruch plädierte. Mit Einsatz von Polizei im Gerichtsgebäude, 4 Festnahmen von Flugblattverteilern und Prozeßbeobachtern war von Anfang an der Kurs auf Verurteilung gesteckt. Wobei Richter Kindl von der Jugendpolizei träumt; er empfahl der Schülerin, sie hätte ja bei der Polizei nachfragen können, ob die Schrift strafbaren Inhalt habe. Mit dem Urteil von 40 Stunden Arbeitsdienst auf Weisung des Jugendamtes, wurde in Westdeutschland eine Verurteilung nach diesem 1976 eingeführten Paragraphen ausgesprochen. Die Verteidigung legte Rechtsmittel ein.

,,Die Vorschrift (der § 130 a, d. Red.) hat sich nicht bewährt'', erklärte die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage am 17. Januar '80 im Bundestag. Die Süddeutsche Zeitung vom 21. Mai '80 verbreitet, ,,der Gesetzgeber plant, die umstrittene Vorschrift über die Anleitung zu Gewalttaten wieder zu streichen.'' Auf ersatzlose Streichung zu plädieren, bleibt Aufgabe der demokratischen Bewegung.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

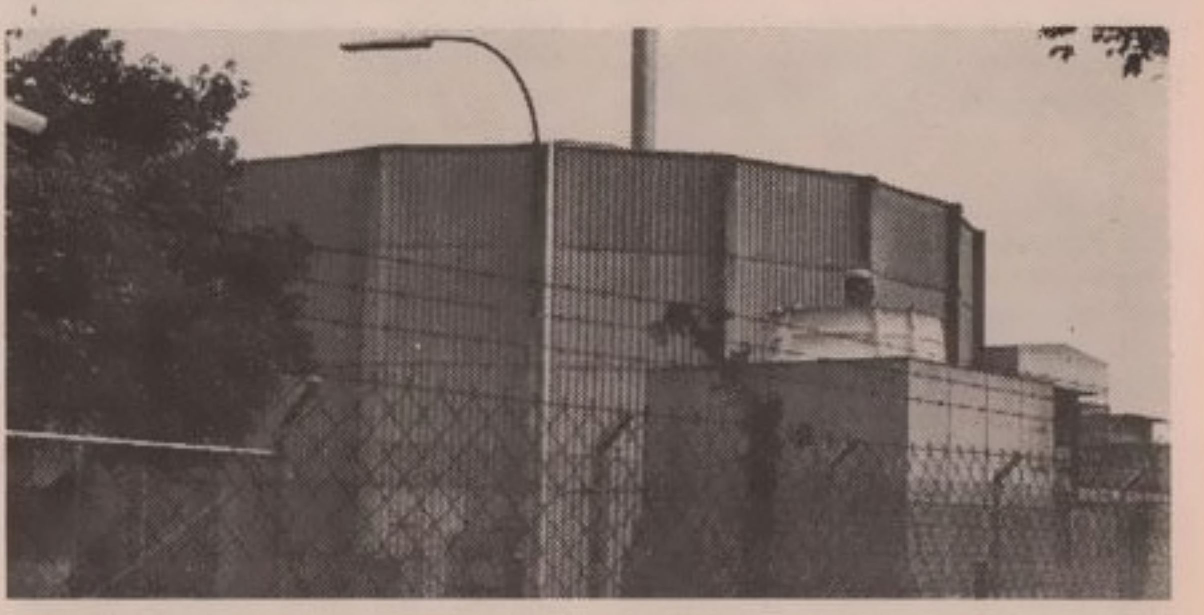
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Frankfurt, Mainzer Landstr. 147, Telefon 0611/73 02 41
Kommunistischer Studentenbund Frankfurt/Südhessen
Frankfurt
27. Mai 1980
22g3z1400p

,,Breite und intensive Kooperation'' von Universität und Kapitalisten

Als der Frankfurter Uni-Präsident Kelm kürzlich von der Industrie- und Handelskammer eingeladen war, betonten Kelm sowie der Präsident der Kammer, Fritz Dietz, die ,,dringende Notwendigkeit einer breiten und intensiven Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaftspraxis'' (IHK-Mittlg., 15.4.80). Allen voran betreibt Karl G. Ratjen von der Metallgesellschaft die Kooperation mit der Universität. Die ,,Vereinigung von Freunden und Förderern der Universität e.V.'', deren Vorsitzender er auch ist, hat im letzten Jahr 150000 DM zur Verfügung gestellt. Ratjen sitzt im Vorstand der Metallgesellschaft und in weiteren Aufsichtsräten der MG-Gruppe, zu der die Vereinigten Deutschen Metallwerke, Lurgi, Reedereien, Transportgesellschaften, die NUKEM und zahlreiche internationale Niederlassungen gehören. Die Metallgesellschaft hat es vor allem auf die Ausplünderung der Rohstoffe der Länder der Dritten Welt abgesehen. Da sich diese aber zusammenschließen im Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung und öfters auch die Imperialisten und ihre Unternehmen enteignet haben, trifft es sich für die MG gut, daß sich am Fachbereich Jura der Universität die Professoren Jaenicke, Mertens und Rehbinder dieser Probleme angenommen haben und u.a. erforschen, wie man ,,Enteignungsrisiken ausländischer Investoren in Entwicklungsländern'' verringern kann. Gelder gibt es von der DFG und der ,,Fördervereinigung des Instituts für Ausländisches und Internationales Wirtschaftsrecht''.

Aber auch andere Kapitalisten lassen an der Universität für sich forschen. Für die Ruhrkohle AG werden am FB Geophysik Methoden zur Auffindung von Steinkohle entwickelt. Prof. Burckhardt am FB Psychologie forscht für die Montanunion über Arbeitsbedingungen in Bergwerken und über die Arbeit an Datensichtgeräten. Der Hoechst AG nutzen verschiedene Projekte am FB Chemie und ein Projekt über Wasserstoffspeicherung in Kristallen, an dem die Kristallographie, das Institut für Kernphysik und der FB Chemie beteiligt sind. Professor Ruttner am FB Biologie forscht über die Fortpflanzung der Bienen und hat von der DFG und der Polytechnischen Gesellschaft 140000 DM Personalmittel und über 26000 DM Sachmittel erhalten. Am Fachbereich Chemie wird die Struktur von Gläsern mit der Deutschen Glastechnischen Gesellschaft untersucht. Professor Brauer (Chemie) arbeitet mit den Vereinigten Aluminiumwerken Bonn an der Frage, wie Aluminium bei der Meerwasserentsalzung eingesetzt werden kann.

Die direkte Zusammenarbeit mit den Kapitalisten ist aber bei weitem nicht mehr die Hauptförderquelle für die Forschung an der Universität. Viele Projekte haben schon größeren Umfang angenommen als ein Konzern allein finanzieren könnte, bzw. besteht Konkurrenz, so daß der imperialistische Staatsapparat die Regie übernimmt, um der Kapitalistenklasse als Ganzes Konkurrenzvorteile auf internationaler Ebene zu verschaffen. Federführend ist das Bundesministerium für Forschung und Technologie und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Die DFG und die Max-Planck-Gesellschaft erhalten 1980 insgesamt 1,4 Milliarden DM, jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern. An den Universitäten unterhält die DFG 114 Sonderforschungsbereiche. Die Universität gibt 1980 4,2 Mio. für die Sonderforschungsbereiche an der Uni aus (Geld von der DFG), an Forschungsbeihilfen und Zuwendungen ,,Außenstehender'' erhält die Universität 2,9 Mio. und erhält weitere 4,2 Mio. von Bund und Ländern.



Der Forschungsreaktor der Universität Frankfurt im Naherholungsgebiet Rebstock war eine Stiftung der Farbwerke Hoechst im Jahre 1959

„Ich wünsche mir den aus Überzeugung handelnden Soldaten“

z.jüd. „Überall wuseln die Kinder und streben ihren Unterrichtsräumen zu. Hunderte von Augenpaaren mustern den Uniformierten. ‚Was will der denn hier?‘ Jüngere grüßen militärisch zackig. Nur nicht nervös werden, Pfiffe ignorieren oder sich einbilden, sie seien anerkennend. Gesichtszüge unter Kontrolle halten, sich angelegentlich mit dem Lehrer unterhalten, ein wenig grinsen und immer so tun, als gehöre man dazu.“ – Ein Jugendoffizier der Bundeswehr beschreibt sich in Erfüllung seines Auftrags. „Die Bundeswehr ist in die Gesellschaft der Bundesrepublik integriert. Ihre Notwendigkeit wird von der überwiegenden Mehrheit der Bundesbürger anerkannt. Die Armee ist kein Staat im Staate.“ So heißt es in einer der zahllosen Glanzpapierbroschüren der Bundeswehr, mit denen unterm Arm der Jugendoffizier seine propagandistische Tätigkeit in Schulen, Jugendhäusern, Betrieben u.a.m. durchzusetzen hat.

3,85 Mio. DM für „Öffentlichkeitsarbeit“ hat das Kriegsministerium 1979 ausgegeben. 10,2 Mio. DM waren im gleichen Jahr für „Nachwuchswerbung“ veranschlagt. Darüberhinaus stehen jährlich mehrere Millionen Mark für verschiedene Zeitschriften zur Verfügung.

Regional verteilt sind 8 Stabsoffiziere für Öffentlichkeitsarbeit, 57 hauptamtliche und 620 nebenamtliche Jugendoffiziere tätig. Im Jahre 1958 wurde per Grundsatzbefehl die Institution Jugendoffizier eingeführt. Gegen den heftigen Widerstand großer Teile der Volksmassen war drei Jahre vorher die Wiederbewaffnung durchgesetzt, und zwar in Form einer Freiwilligenarmee. Also wurde eine besondere Institution zur Anwerbung junger Soldaten notwendig. Heute geht seine Aufgabe darüber noch hinaus: Willy Brandt, noch als Bundeskanzler, schrieb 1972 an die Ministerpräsidenten der Länder: Es „muß beim jungen Menschen Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik. Verantwortliches, kritisches Denken, zu dem die Schulen die jungen Menschen befähigen sollen, darf aber nicht übersehen, daß der Verzicht auf ein Mindestmaß an Verteidigungsvorkehrungen Frieden und Freiheit gefährdet.“ Der Dienst in der imperialistischen Armee – Befehl und Gehorsam –, das soll der Jugend immer wieder als Resultat von *verantwortungsbewußtem, kritischem Denken* eingebleut werden – und damit wird die Arbeit der Jugendoffiziere begründet.

Die Kämpfe der Studenten und der Schuljugend Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre führten zu einem rasanten Anstieg der Kriegsdienstverweigerungen. Georg Leber, 1972 Verteidigungsminister: „Wenn ganze Abiturklassen sich entschließen, den Wehrdienst zu verweigern, dann muß das auch an der Lustlosigkeit der Lehrer liegen, die Notwendigkeit des Wehrdienstes zu begründen.“ (Tagesschau, 25.7.72) Inzwischen ist die Wehrdienstzeit zwecks „Wehrgerechtigkeit“ auf 15 Monate herabgesetzt, das Recht auf Verweigerung weiter eingeschränkt und das Disziplinarrecht der Soldaten weiter verschärft.

Eine jetzt veröffentlichte Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr über „Sicherheitspolitik in Sozialkundebüchern“ hat ergeben, daß zwar in den Abschlußklassen aller Schularten ca. 14% aller Themen zum Bereich Sicherheitspolitik gehörten, aber in den Sozialkundebüchern das Thema Bundeswehr noch sehr kleinen und vor allem unzulänglichen Raum einnehme. Die Bourgeoisie ist überhaupt nicht einverstanden damit, wie insbesondere die Jugend bisher mobilisiert ist für ihre Interessen – die zahlreichen Aktionen gegen die Versuche der öffentlichen Vereidigung und die überaus hektische Reaktion der bürgerlichen Politiker sind der jüngste Beweis dafür. Weit entfernt sind sie von dem „aus Überzeugung handelnden Soldaten, im Frieden und im Verteidigungsfall“. (Generalinspekteur a.D. General H. Wust, 1978) Immer deutlicher wird auch eine andere Gangart versucht: „Langer Friedensdienst kann dazu verleiten, die intellektuellen Fähigkeiten überzubewerten. Aber im Gefecht wiegen die Eigenschaften des Charakters oft schwerer als die des Verstandes.“ (Generalinspekteur J. Brandt, 1980) „Meinungen müssen gebildet und Verhaltensweisen herbeigeführt“ werden, das ist die pädagogische Umschreibung der Aufgabe des Jugendoffiziers, „für den Verteidigungswillen der Bevölkerung“ zu agitieren. Wie anfangs gesagt, leicht hat er es damit nicht: Die Führung selbst macht sich Sorgen: „Das Hauptproblem der Jugendoffiziere ... ergibt sich aus der Tatsache, daß sie sich tagtäglich außerhalb der Kaserne ein subjektives Spiegelbild der Bundeswehr von Kritikern und ehemaligen Soldaten vorhalten lassen müssen.“ Häufig genug werden die Offiziere zusammen mit einem Kriegsdienstverweigerer in die Schulen eingeladen. Gelegentlich wird auch eine Veranstaltung gemeinsam mit einem Vertreter der „Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten“ durchgeführt – das macht es seinen Manövern um so schwieriger.

Die Ausschaltung von Strafverteidigern in politischen Verfahren nimmt immer schärfere Formen an

r.nop. Immer konsequenter versucht der Justizapparat, Angeklagten in politischen Verfahren eine Verteidigung durch Anwälte ihrer Wahl unmöglich zu machen. Deutlich wird das vor allem in den sog. Terroristenprozessen. Bekannt ist die regelmäßige Beiordnung von Pflichtverteidigern, die nicht das Vertrauen der Angeklagten haben (Zwangsverteidiger). Gegen diese Praxis formiert sich auch in der Anwaltschaft zunehmend Widerstand; in einer Reihe von Beschlüssen örtlicher Anwaltsvereine, Anwaltskammern und des Deutschen Anwaltsvereins wurde dagegen Stellung genommen. Teilweise haben diese Verbände die Kosten übernommen, die die Gerichte Verteidigern auferlegten, die die Übernahme einer Zwangsverteidigung ablehnten.

Relativ ungehemmt kann die Justiz bislang aber noch das Instrument des § 146 Strafprozeßordnung einsetzen. Dieser 1975 eingeführte Paragraph verbietet die Verteidigung mehrerer Angeklagter, die derselben Tat beschuldigt werden, durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger. Fadenscheiniger Vorwand: man wolle die Angeklagten von vornherein davor bewahren, daß bei dem von ihnen gewählten Verteidiger eine „Interessenkollision“ aufträte. Tatsächlich waren Verteidiger standesrechtlich auch schon vorher verpflichtet, bei wirklichen Interessenkollisionen das Mandat nicht wahrzunehmen. Diese Frage wurde aber zwischen Verteidiger und Mandant und allein von dessen wirklichem Interessenstandpunkt her entschieden. Die eindeutige Stoßrichtung des § 146 war und ist also die Sabotierung einer einheitlichen Verteidigungslinie insbesondere in politischen Prozessen und die Ausschaltung der relativ wenigen Verteidiger, die für solche Prozesse in Frage kommen.

Die Erfolge, die die Bourgeoisie mit der Handhabung dieses Paragraphen erzielt, hat die Berliner Strafverteidigervereinigung kürzlich für den Berliner Bereich aufgelistet: von rund 2000 dort zugelassenen Anwälten sind nur etwa 250 bis 300 überwiegend mit Strafverteidigungen befaßt, also im eigentlichen Sinne Strafverteidiger. Etwa die Hälfte davon lehnt die Verteidigung von Beschuldigten in sog. Terroristenprozessen ab. Von der verbleibenden Hälfte sind bereits jetzt mindestens 93 Anwälte für immer von der Verteidigung in solchen Prozessen ausgeschlossen. Erreicht werden diese hohen Abschußquoten dadurch, daß vom BGH und vom Berliner Kammergericht sämtliche Aktivitäten einer als kriminell oder terroristisch eingestuften Organisation seit ihrem Bestehen als „dieselbe Tat“ im Sinne der Strafprozeßordnung bezeichnet werden. Damit ist jeder Verteidiger ausgeschlossen, der irgendwann einmal jemanden verteidigt hat, der dieser Organisation oder ihrem Umfeld zugerechnet wird. Bei den Staatsanwaltschaften werden entsprechende Karteien geführt. Für die RAF und die Bewegung 2. Juni ist z.B. der Zeitraum von 1972 bis heute erfaßt. Jüngstes Anwendungsbeispiel ist in Berlin die Inhaftierung von 13 Besetzern des Dachs des Amerikahauses, die am 17.5. mit dieser Aktion gegen die gleichzeitig stattfindende Alliierten-Truppenparade und die weltweiten imperialistischen Kriegsvorbereitungen protestierten: Sie werden verhaftet unter der Beschuldigung des schweren Landfriedensbruchs. Nachdem sie sich ihre Verteidiger gesucht haben, wird der Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nachgeschoben, weil bei der Aktion auch zur Solidarität mit antiimperialistischen Organisationen wie RAF aufgerufen wurde. Kurz vor der Haftprüfung ist damit die Mehrheit der gewählten Verteidiger ausgeschlossen. Nur die Erzwingung der ersatzlosen Streichung des § 146 kann verhindern, daß die Justiz diese Methode noch weiter ausdehnt.

Straßen müssen als Rollbahn für Truppen- und Nachschubtransport freigehalten werden

z.gkr. Anfang Mai hat die Bundesregierung die „Verordnung zur Sicherstellung des Straßenverkehrs“ verabschiedet, eine Ausführungsbestimmung auf der Grundlage des 1968 verabschiedeten Verkehrssicherstellungsgesetzes. Es geht um die Sicherung von ungehinderten Truppenbewegungen und vor allem auch Bereitstellung von Nachschub. Die Regierung schreibt es in ihrer Begründung: „Es muß damit gerechnet werden, daß in einem Verteidigungsfall und in einer Zeit, in der die Verteidigungsbereitschaft im Hinblick auf einen möglichen Verteidigungsfall erhöht werden muß, die dann zu erwartenden besonderen Verhältnisse zu Schwierigkeiten in der Verkehrsabwicklung und zu einer Verringerung der Leistungsfähigkeit des Straßenverkehrs führen werden.“

Die Maßnahmen, in der Verordnung festgelegt: Geschlossene militärische Verbände und geschlossene nichtmilitärische Kraftfahrzeugverbände (also z.B. Versorgungskolonnen) haben Vorrang vor allem übrigen Straßenverkehr. Fahrten mit Personenwagen oder Motorrädern sind nur noch unter ganz eingeschränkten Bedingungen erlaubt: Für die Fahrt zum Betrieb oder zur Schule, aber nur innerhalb des Kreises, für den das Fahrzeug zugelassen ist zwecks leichterer Kontrolle mit Hilfe des Kfz-Zeichens, und nur, wenn die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht zumutbar oder nicht möglich ist. Diese Fahrten sind ohne Berechtigungsschein gestattet, wer sonst fahren will, muß sich erst mit genauem Datum, Fahrtstrecke etc. einen Erlaubnisschein holen. Nicht einfach die Freihaltung der Straßen wird dadurch erreicht, sondern auch die Kontrolle der Bewegung der Volksmassen erheblich erleichtert wie auch die Möglichkeit militärischer Aktionen gegen die Volksmassen. Auch z.B. bei „innerem Notstand“ unter Zustimmung des Bundestags kann die Verordnung in Kraft gesetzt werden.

Die Regelung sei ja noch verhältnismäßig großzügig, läßt die Regierung in der Begründung gleich noch schärfere Zwangsmaßnahmen ankündigen. Aber einer zu weiten Ausdehnung werde schon die „ziemlich gleichzeitig einsetzende Bewirtschaftung der Treibstoffe“ entgegenwirken. Sollte der Druck auf die Volksmassen dann immer noch nicht ausreichen, „kann die Erlaubnispflicht auf bisher erlaubnisfreie Fahrten ausgedehnt werden.“

Anders sieht es bei den Nutzfahrzeugen aus. „Ein Teil der Nutzfahrzeuge wird im Anwendungsfall der Verordnungen den Streitkräften sowie den Organisationen der zivilen Verteidigung zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu Verfügung gestellt werden müssen. Die verbleibenden Fahrzeuge werden für Versorgungszwecke in vollem Umfang benötigt werden. Eine generelle Beschränkung der Verwendung von Nutzfahrzeugen ... erscheint nicht notwendig.“ (Regierungsbegründung) 1,2 Mio. Nutzfahrzeuge, gerechnet ohne die Anhänger, mit einer durchschnittlichen Nutzlast von 3,5 t stehen so im Kriegsfall oder bei unmittelbarer Kriegsvorbereitung dem imperialistischen Bourgeois als Transportkolonne zur Verfügung.



Panzerkolonne fährt zum Manöver

„Seite an Seite marschieren NVA- und Sowjetsoldaten ...“

„V. Festival der Freundschaft der Jugend der UdSSR und der DDR“ in Karl-Marx-Stadt

z.hot. „Blauhemd und Waffenrock gehören zusammen. Seite an Seite marschieren NVA-Soldaten und Sowjetsoldaten, Klassenbrüder und Waffenbrüder im Marschblock der verteidigungsbereiten Jugend.“ „Ein militärisch donnerndes Hurra für die Ehrengäste des großen Meetings auf dem Appellplatz.“ „Egon Krenz begrüßt zum Meeting ganz besonders jene 314 FDJler, die sich anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung des Warschauer Vertrages verpflichteten, Offizier der NVA zu werden.“ So hatte es schon seitenweise und tagelang in der „Jungen Welt“, Zentralorgan der FDJ getönt.

Vom 23.–26.5. fand im Bezirk Karl-Marx-Stadt der DDR das „V. Festival der Freundschaft der Jugend der UdSSR und der DDR“ statt. An der Abschlußveranstaltung mit 150000 FDJlern und Komsomolzen nahm nahezu das gesamte Politbüro der SED samt Erich Honecker teil. Von Seiten der Sozialimperialisten nahmen der Oberkommandierende der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Armeegeneral Jewgenij Iwanowskij, Botschafter Abrassimow und Boris Pastuchow, Sekretär des Komsomol, die Parade ab. Neben der obligatorischen Würdigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft nötigte Egon Krenz, etwas angejahrter Sekretär der FDJ, den Blauhemden noch gleich eine Initiative zur Planübererfüllung anläßlich des bevorstehenden X. Parteitages der SED auf. Honecker brach in den Ruf aus: „Möge das V. Festival der Freundschaft der Jugend der UdSSR und der DDR dazu beitragen, die Kampfgemeinschaft der Freien Deutschen Jugend und des Komsomol weiter zu festigen.“

Der eigentliche Verlauf des Festivals bestand neben kulturellen Veranstaltungen zum beträchtlichen Teil aus militärischen Übungen. Als Delegierte sind hauptsächlich FDJler geschickt worden, die sich bei der Durchsetzung der Initiative „Zwei Tagesproduktionen zusätzlich in diesem Jahr“, bzw. „Treffen mit dem ersten Schuß/Feuerstoß“ in der Armee verdient gemacht haben. Als Bilanz hält das „Neue Deutschland“ fest: ca. 175000 Teilnehmer, 314 Verpflichtungen, Offizier der NVA zu werden, 948 neue SED-Kandidaten und 342000 Mark für den „Solifonds“ (Solidaritätsfonds, eine Art Finanzierungsgesellschaft der DDR für die Aggressionen der Sowjetunion). Als Beitrag zur „Vertiefung der Freundschaft und Festigung der allseitigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion“ reiht sich das Festival ein in die Reihe der Feierlichkeiten Wochen vor dem 8. Mai und zum Jubiläum des Warschauer Vertrages und bildet damit einen weiteren Höhepunkt der von der SED betriebenen Ergebenheitskampagne zur UdSSR.

Dabei wird immer demagogisch auf die Befreierrolle der Roten Armee beim Sieg über den Faschismus verwiesen, um daraus abzuleiten, daß man in allem von „den fortgeschrittenen Erfahrungen des Sowjetvolkes“ zu lernen habe. NVA-Slogan: „Siegen mit den Enkeln der Sieger“.

Die Pflege der deutsch-sowjetischen Freundschaft in der DDR bedarf eines festen organisatorischen Netzes, was nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche umfaßt. Die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ zählt ca. 5,5 Mio. Mitglieder, und Mitglied in ihr gilt als Mindestnachweis „gesellschaftlicher Aktivität“, ohne die man in der DDR nichts werden kann. Die Pionierorganisation, die FDJ, die Gesellschaft für Sport und Technik, die die Aufgabe hat, den Jugendlichen eine Grundausbildung für die Armee zu verabreichen, sowie die NVA selber, alle sind programmatisch bzw. statutenmäßig zur Freundschaft mit der SU genötigt.

Die Integrationsbemühungen auf militärischem Gebiet gehen soweit, daß in der letzten Zeit sogar bei einzelnen Übungen gemischte Panzerbesatzungen, Geschützbedienungen usw. aufgestellt wurden. Daß dieses Vorgehen zumindest auf Unverständnis bei den Soldaten stößt, belegt eine Leserbriefdiskussion in der Armeerundschau, einem Art Gegenstück zu den „Informationen für die Truppe.“ Soldat Gernot M. fragt in der Nr. 2/80: „Was hat es mit Gefechtsnähe zu tun, wenn wir jetzt gemeinsame Übungen mit den Genossen vom „Regiment vor nebenan“ (der SU-Besatzer, Red.) machen?“ Der Soldat wird prompt belehrt, und zwar vom Chefredakteur, Oberst Freitag: „Mit allem, was wir in unseren Streitkräften tun, bereiten wir uns darauf vor, siegreich den bewaffneten Kampf zu führen.“ Denn: „... alle zusammen lieben wir das Leben und unsere große, immer schöner, immer reicher werdende sozialistische Heimat zwischen Elbe und Stillem Ozean.“ Und schließlich: „Bei der gemeinsamen Ausbildung werden uns die ‚Freunde‘ auch zu ganz persönlichen Freunden. Verstand und Gefühl gehen zusammen und jeder geht aus solchen Begegnungen gestärkt heraus, vielleicht sogar mit ein wenig aufgebesserten Sprachkenntnissen.“

Das ist wichtig, denn russisch ist sowohl die Sprache der „sozialistischen Integration“ als auch die Befehlssprache im Warschauer Pakt. Fast alle Waffensysteme der NVA sind sowjetische Modelle. Die NVA ist die einzige Armee im Warschauer Vertrag, die *vollständig* dem Kommando der vereinten Streitkräfte unterstellt ist. So durfte eine Russisch-Olympiade auf dem Festival auch nicht fehlen.



Italien: 50 Mrd. DM neue Staatsschulden – Bedingungen und Zinssatz diktieren die Banken

z.ans.Rom. Die Bankhaie haben Grund zum Händereiben: Innerhalb von zwei Monaten hat der italienische Staat für 23000 Mrd. Lire (50 Mrd. DM) neue Schulden aufgenommen. Monatlich offeriert die Zentralbank Schatzanweisungen (BOTs) mit kurzfristiger Laufzeit von drei, sechs und zwölf Monaten, deren Ausgabekurs und damit Rendite auf einer Versteigerung festgelegt werden. Nach einem 10000 Mrd.-Lire-Angebot im April versteigerte die Notenbank im Mai BOTs für 10000 Mrd. Lire neben 3000 Mrd. Lire langfristiger Staatsanleihen. Die Banker und Rentiers haben zugegriffen. Die ersteigerte Rendite aus der Staatsverschuldung ist beachtlich: Für alle Laufzeiten über 15%.

Für die Finanzbourgeoisie schafft die ständige Umwälzung eines großen Teils der Staatsschuld über die kurzfristig rückzahlbaren BOTs günstige Bedingungen, die Regierung eng am Zügel zu halten und die Zinssätze profitlich zu steigern. Während der Anteil der BOTs an der Staatsverschuldung 1973 3,2% ausmachte, betrug er 1979 bereits 35,08%. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der langfristigen Staatsanleihen im wesentlichen gleich geblieben. Die Zinsen machten 1973 4,9% der Staatsausgaben aus, 1978 hatten die Banken diesen Anteil auf 10,76% hochgetrieben. Damit ging 1978 ein Fünftel der Steuereinnahmen für die Zinsen drauf. ,,Der einzige Teil des sog. Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist die Staatsschuld'', schreibt Marx im ,,Kapital''. Von 1973 bis 1978 stieg die Steuerausplünderung in Italien auf mehr als das Dreifache.

Auf großen Demonstrationen und mit einem Generalstreik im Januar (Bild) hat die italienische Arbeiterbewegung Erhöhung der Steuerfreibeträge gefordert. Die Regierung hat mit einem Täuschungsmanöver geantwortet: Die beschlossene Erhöhung stellt die Progressionsschraube nicht einmal um ein halbes Jahr zurück.



NL: Jedes zweite Kind an Atmungsorganen erkrankt – Folge eingeschränkter Reproduktion

z.elb. Vor kurzem hat eine Untersuchung in den Niederlanden enthüllt, daß jedes zweite Kind an Erkrankungen der Atmungsorgane leidet. Mehr als 2% aller Säuglinge im Alter von bis zu einem Jahr, 7% aller Kinder zwischen einem und fünf Jahren und immer noch 2,5% der Kinder zwischen fünf und zehn Jahren mußten sich 1977 aufgrund solcher Krankheiten im Krankenhaus behandeln lassen. Sind diese Angaben auch hoch, so spiegeln sie doch nur ein völlig unzureichendes Bild über die tatsächliche Ausbreitung der Krankheiten an Atmungsorganen bei Kindern wider. Denn, zu Recht sind die Eltern nur dann bereit, ihre Kinder der staatlichen Gesundheits-,,fürsorge'' zu übergeben, wenn es absolut notwendig ist.

Häufigste Krankheit ist die akute Bronchitis, zumeist eine Virusinfektion, oft aber auch eine allergische Reaktion, die bei wiederholtem Rückfall und langer Dauer zur chronischen werden kann. Die Entstehung von Asthma, der zweiten größeren Gruppe von Erkrankungen der Atmungsorgane, wird außer durch Allergien und Infektionen bei Kindern häufig durch psychische Störungen begünstigt.

Die Ursache der zunehmenden psychischen Störungen bei Kindern findet die bürgerliche Theorie gern in der ,,gestörten Mutter-Kind-Beziehung''. Immer mehr Frauen in den Niederlanden müssen sich einen Ausbeuter suchen (1960: 22,6%, 1978: 28,1%). Der hohe Kräfteverschleiß in der kapitalistischen Produktion, dazu die tägliche Hausarbeit lassen den Frauen nur wenig Zeit und Kraft, sich überhaupt um ihre Kinder zu kümmern. Die sich ständig verengenden Reproduktionsmöglichkeiten der Arbeiterfamilien, die die Frauen in die Ausbeutung zwingen, sind also ein Grund für psychische Störungen der Kinder.

Die hohe Zahl der an Atmungsorganen erkrankten Kinder hat ihre wesentliche Ursache darin, daß die Abwehrreaktionen des Körpers zunehmend geschwächt werden. Unzulängliche Ernährung ist dafür der Hauptgrund. Was die bürgerlichen Ernährungswissenschaftler der Arbeiterklasse und den Volksmassen als ,,falsche Ernährung'' vorwerfen, ist wiederum nichts anderes als die Folge eingeschränkter Reproduktionsmöglichkeiten. Margarine statt Butter, Konservengemüse statt frischem Gemüse, H-Milch statt Vollmilch und Vollmilch statt Kuhmilch – jahrelange Lohnsenkungen diktieren den Speisezettel der Arbeiterklasse.

Kinder der staatlichen Gesundheits-,,fürsorge'' zu übergeben, wenn es absolut notwendig ist.

Häufigste Krankheit ist die akute Bronchitis, zumeist eine Virusinfektion, oft aber auch eine allergische Reaktion, die bei wiederholtem Rückfall und langer Dauer zur chronischen werden kann. Die Entstehung von Asthma, der zweiten größeren Gruppe von Erkrankungen der Atmungsorgane, wird außer durch Allergien und Infektionen bei Kindern häufig durch psychische Störungen begünstigt.

Die Ursache der zunehmenden psychischen Störungen bei Kindern findet

nen erkrankten Kinder hat ihre wesentliche Ursache darin, daß die Abwehrreaktionen des Körpers zunehmend geschwächt werden. Unzulängliche Ernährung ist dafür der Hauptgrund. Was die bürgerlichen Ernährungswissenschaftler der Arbeiterklasse und den Volksmassen als ,,falsche Ernährung'' vorwerfen, ist wiederum nichts anderes als die Folge eingeschränkter Reproduktionsmöglichkeiten. Margarine statt Butter, Konservengemüse statt frischem Gemüse, H-Milch statt Vollmilch und Vollmilch statt Kuhmilch – jahrelange Lohnsenkungen diktieren den Speisezettel der Arbeiterklasse.

,,Altern morgen'' – Schuften bis in den Tod Anspruch auf Rente nach 42 Jahren Ausbeutung

z.inl.Paris. Wozu führt es, wenn die Arbeiter durchsetzen, in einem bestimmten, gesetzlich festgelegten Alter auf Rente gehen zu können? Zur ,,Fallbeil-Verrentung'', die rasch mit ,,Gesundheitsstörungen, Tod und Selbstmord'' endet. Oder noch schlimmer: ,,Ende dieses Jahrhunderts sind 20 oder 30 Jahre Pensionärsmüßiggang das gewöhnliche Los der Rentner.'' Diese Zitate sind aus dem Bericht ,,Altern morgen'', den die Leibärzte der französischen Bourgeoisie für den VIII. Rahmenplan, das Regierungsprogramm 1981–85, vorbereitet haben.

48% der Lohnabhängigen, die 1978 erstmals Rente beziehen, sind unter 65 Jahre alt. Das gesetzliche Rentenalter liegt bei 60 Jahren. Das ,,Fallbeil'', das zur Weiterarbeit zwingt, ist der Hunger. 4,5 Mio. der gut 10 Mio. Rentner haben monatlich unter 2000 FF. Der Arbeiter, der mit 60 Jahren auf Rente ginge, würde bei vollen Versicherungsjahren ganze 25% seines höchsten jährlichen Durchschnittslohns zum Leben haben. Arbeitet er aber noch 5 Jahre länger, sind es 50%. Mit siebzig dann 75%.

Die Zahl der Versicherungsjahre, die für die ,,volle Rente'' von 25% des Lohns bei 60 Jahren nötig sind, wurde ständig erhöht. Vor 1972 waren es 30, heute sind es 37,5 Jahre. Die durchschnittlichen Versicherungszeiten liegen darunter, was zu Rentensenkung führt. Im eingangs zitierten Bericht wird die Erhöhung auf 42 Versicherungsjahre geplant bei gleichzeitiger Beseitigung des Rentenalters. Und damit der Rentner.

Die Lebenserwartung spiegelt die Klassenspaltung wider. Hat ein ungelernter Arbeiter mit 60, also dem gesetzlichen Rentenalter, statistisch noch 14,4 Jahre zu leben, so der leitende Angestellte 18,3 (amtl. Statistik von 1976). Der Vorschlag zielt auf Ausbeutung bis zum frühen Tod. Gleichzeitig soll auch noch der minimale Schutz, den die Arbeiterbewegung mit der Mindestrente erkämpft hat, beseitigt werden. Am 1. Juni wurde diese auf 1300 FF (559 DM) ,,erhöht''; sie muß unabhängig von den Versicherungsjahren an 2 Mio. Rentner gezahlt werden.

Die Gewerkschaft CGT fordert für Frauen das Rentenalter mit 55 Jahren, für Männer mit 60 bei einer Rente von mindestens 75% vom Lohn, Erhöhung der Renten mit den Löhnen.



In der CGT organisierte Rentner holen ihre Mitgliedskarten ab.

USA: Aufschwung der Kämpfe in den Südstaaten

Aufstand in Miami / Schwarze Lohnabhängige kämpfen um gewerkschaftliche Rechte

z.rül. Am 19. Mai sprach ein nur mit weißen Geschworenen besetztes Gericht in Tampa, Florida, vier weiße Polizisten, die im letzten Winter in Miami nachts einen schwarzen Motorradfahrer gestoppt und mit äußerster Brutalität erschlagen hatten, in allen Punkten frei. Eine Stunde später stürmten etwa 1000 Schwarze das Gerichtsgebäude in Miami, verwüsteten die Gerichtssäle im ersten Stock und setzten ein benachbartes Gebäude der Stadtverwaltung in Brand. Zwei Stunden später hatte sich der Aufruhr über die ganze Stadt ausgebreitet, war die erste Polizeiwache gestürmt und ebenfalls in Flammen aufgegangen. Das US-Börsenblatt ,,Wall Street Journal'' meldete verstört: ,,Die Gewalt gegen Personen, einmal begonnen, war kaltblütig und kalkuliert ... Auch in punkto Sachschaden gingen die Aufrührer in Miami gezielter als ihre Vorgänger in den 60er Jahren vor ... Viele Aufrührer suchten sorgfältig Geschäfte im Besitz von Weißen aus und brannten sie nieder, während die schwarzen Geschäfte und Wohnviertel intakt gelassen wurden.'' Noch am ersten Abend verhängte der Gouverneur von Florida eine Ausgangssperre von Beginn der Abenddämmerung bis Morgengrauen über die Viertel der Schwarzen und schickte 3600 Mann Nationalgarde. Zusammen mit den mehreren tausend Polizisten der Stadt ,,erwiesen sie sich als gleichermaßen tödlich'' (Wall Street Journal): ,,Nach der ersten Nacht waren alle Toten Schwarze, erschossen von der Polizei oder unbekannten Heckenschützen.''

Insgesamt 19 Tote und über 400 Verletzte meldet die bürgerliche Presse als Ergebnis dieser ,,schwersten Unruhen in der Geschichte Floridas''. Über 1000 Schwarze wurden verhaftet, der Sachschaden geht in die 100 Mio. Dollar.

Die meisten der etwa 240000 Schwarzen Miamis sind ehemalige kleine Bauern, Landpächter oder Landarbeiter aus Georgia und Alabama. Von den weißen Plantagenbesitzern entweder gewaltsam von ihrem Land vertrieben oder, um einen Ausweg aus ihrem ständigen Hungerdasein zu finden, kamen sie seit 1920 nach Florida.

Heute stellen sie in Miami – zusammen mit den zehn- bis zwanzigtausend ,,Illegalen'' aus Haiti – das Rekrutierungsfeld für die großen Hotelketten, Bars, Restaurants und Vergnügungsbetriebe – als Portiers, Dienstboten, Kellner, Putzfrauen, Köche und Prostituierte für das Millionärspack, das sich an seinem ,,Lebensabend'' hier den Wanst vollschlägt und sich vollaufen läßt. 400000 Exilkubaner in der Stadt werden – soweit sie nicht selber ehemalige Kapitalisten sind und ihr Vermögen in die USA ,,gerettet'' ha-

ständigen Hungerdasein zu finden, kamen sie seit 1920 nach Florida.

Heute stellen sie in Miami – zusammen mit den zehn- bis zwanzigtausend ,,Illegalen'' aus Haiti – das Rekrutierungsfeld für die großen Hotelketten, Bars, Restaurants und Vergnügungsbetriebe – als Portiers, Dienstboten, Kellner, Putzfrauen, Köche und Prostituierte für das Millionärspack, das sich an seinem ,,Lebensabend'' hier den Wanst vollschlägt und sich vollaufen läßt. 400000 Exilkubaner in der Stadt werden – soweit sie nicht selber ehemalige Kapitalisten sind und ihr Vermögen in die USA ,,gerettet'' ha-

ben, von den Kapitalisten als willkommenes zusätzliches Arbeitskräfte- und vor allem Lohndrückerreservoir eingesetzt. Das Ergebnis: Riesenprofite für die Kapitalisten, Hungerlöhne und Überarbeit vor allem für die schwarzen Lohnabhängigen. Trotz Überstunden und Nachtarbeit, trotz Frauen- und Kinderarbeit verdienen 38% aller schwarzen Familien weniger als das offizielle Existenzminimum. Zehntausende hausen nach den großen Hurrikanzerstörungen des letzten Jahres noch heute in Blechhütten und Notunterkünften. Und im Unterschied zu anderen Südstaaten, wo auf dem Land immer noch mehrere zehntausend Schwarze über Landparzellen verfügen oder in den Ghettos der Städte wenigstens ein paar schwarze Ladenbesitzer, Handwerker oder Industriearbeiter ihre Verwandten bei allem eigenen Elend ab und an unterstützen, haben die schwarzen Lohnabhängigen Miamis keine solchen ,,Puffer'' gegen die schweren Lohnsenkungen der letzten Jahre, die sie sowieso noch härter als die übrigen Lohnabhängigen der USA getroffen haben.

Der Aufstand der schwarzen Dienstboten und Hilfsarbeiter von Miami hat die US-Finanzbourgeoisie schwer getroffen. Sie fürchtet weitere schwere Unruhen in den Ghettos des Nordens. Vor allem aber hat sie der Aufstand von Miami an die wachsende Bewußtheit und Entschlossenheit erinnert, mit der die Volksmassen in den Südstaaten seit einigen Jahren die brutale Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen und die sich in solchen – weitgehend spontanen – Aufständen nur verzerrt niederschlägt. Dadurch geraten ihre gewaltigen Extraprofite in Gefahr, die sie aus den schwarzen und mexikanischen Lohnabhängigen auf den Plantagen und in den Fabriken des Südens herauspreßt.

In den sieben Staaten des alten ,,Cotton-Belt'', in Virginia, Nord- und Süd-Karolina, Georgia, Tennessee, Alabama und Mississippi, in denen 13% der US-Bevölkerung und 27% aller Schwarzen der USA leben, beuten die Kapitalisten 3,2 Mio. oder 16% aller Lohnabhängigen der verarbeitenden Industrie aus. Ihre Löhne liegen 20 bis 30% unter dem US-Durchschnitt. Allein in Süd- und Nord-Karolina – gerade 6,9 bzw. 8,0% der Lohnabhängigen sind in diesen Staaten gewerkschaftlich organisiert, gegenüber 26,2% im US-Durchschnitt – sind fast 400000 vorwiegend schwarze Lohnabhängige in der Produktion von Baumwollstoffen und Textilien beschäftigt. Ihre Löhne: *durchschnittlich* 150 Dollar die Woche, das sind knapp über 50% des Durchschnittslohns in der verarbeitenden Industrie. 18000 Textilarbeiter Karolinas sind schwer an Vergiftungen ihrer Lunge durch Baumwollstaub erkrankt.

Auf den Tabakplantagen Nord-Karolinas ziehen die weißen Pflanzer und Tabakmonopole Riesenprofite aus der Ausbeutung von 152000 Wanderarbeitern. Die meisten werden ihnen zu Löhnen von 2,90 Dollar die Stunde und darunter von Sklavenhändlern vermietet, die die Arbeiter außerhalb ihrer Arbeitszeit in Lagern einsperren, ihnen dort über Wuchermieten und -preise den ganzen Lohn wieder abknöpfen und sie ständig von einer Plantage zur anderen jagen. 66% der Arbeiter sind Schwarze, 24% sogenannte ,,Latinos'', d.h. vor allem Mexikaner.

Nachdem sie in den letzten 30 Jahren die Zahl der schwarzen Farmer und Pächter in den Südstaaten von 559000 (1950) auf 47000 gesenkt hatten, begannen in den sechziger Jahren auch die großen Industriemonopole wie General Motors, durch eigene Werke im Süden sich dieses Lohnarbeiterheer direkt zu erschließen. Nach fast zehnjährigen Kämpfen gelang es der Automobilarbeitergewerkschaft endlich im letzten Jahr, die gewerkschaftliche Organisierung dieser Lohnabhängigen von GM zu erkämpfen.

Auch in anderen Branchen konnten die Lohnabhängigen des Südens in den letzten Jahren wichtige Erfolge erzielen. So sind von den 43000 Arbeitern des größten Textilkonzerns in Nord-Karolina und Georgia, J.P. Stevens, jetzt 11000 gewerkschaftlich organisiert. Im März dieses Jahres setzten 2000 Arbeiter eines Faserwerks in Nord-Karolina die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durch. Bereits letztes Jahre hatten 16500 Werftarbeiter in Newport News in Virginia, unter ihnen ⅔ Schwarze, nach einem mehrwöchigen Streik die gleiche Forderung durchgesetzt.





3000 Lohnabhängige aus verschiedenen Südstaaten unterstützen am 17.5. in Laurel, Mississippi, den Streik von 208 Arbeitern einer Geflügelfarm.

Sambia stärkt Selbständigkeit gegen britisches Kapital

z.mif. Mit Wirkung vom 1. April hat die sambische Regierung das volle Eigentum an zwei Gemeinschaftsunternehmen übernommen, die sie bisher mit britischer Kapitalbeteiligung betrieb. Die beiden Unternehmen, die Sambische Einzelhandelsgesellschaft ZCBC und die Nationale Gesellschaft für Arzneimittel NDC, gehören zu den größten Betrieben des Landes. Die ZCBC besitzt neun Kaufhäuser sowie 49 Supermärkte und Läden in sieben Provinzen des Landes; die Arzneifirma NDC produziert und vertreibt Arzneimittel und führt 18 Apotheken. Für die Übernahme – bisher hatte Sambia einen Anteil von 51 bzw. 33% der Aktien – mußte Sambia 2,5 Millionen sambische Kwachas (ca. 3,7 Mio. DM) zahlen. Die Stärkung der Selbständigkeit Sambias auf dem Gebiet der Versorgung mit Nahrungsmitteln ist dringend. Sambias Landwirtschaft ist immer noch von 400 Siedlern abhängig, auf deren Plantagen 60% der vermarkteten landwirtschaftlichen Produktion erzeugt werden. Das britische Kapital hat seine beherrschende Stellung bis heute verteidigt, von den vier Geschäftsbanken sind drei britisch: Barclays mit 45 Filialen in 30 Städten, Standard Bank und Grindlays. Ende April hat der Vorsitzende der Standard Bank Zambia, Elias Chipimo, unter Anspielung auf den Sturz der Regierung Tolbert in Liberia erklärt, die Länder der Dritten Welt müßten ,,Einparteiensysteme zurückweisen, um einen friedlichen Wechsel in der politischen Führung zu ermöglichen.'' Diesen Angriff namens des britischen Kapitals hat Präsident Kaunda zurückgewiesen.

DDR-Führung bei Castro – erweiterte ,,Arbeitsteilung''

z.hku. Vorbereitet hatte die SED ihren zweiten Staatsbesuch in Kuba mit einer wochenlangen Kampagne ,,Hände weg von Kuba!'' – Betriebsversammlungen mit kubanischen Lehrlingen usw., so wie sie es vor einem Jahr mit Vietnam gemacht haben. Der Staatsbesuch war ganz auf Festigung der etwas angeschlagenen Position Kubas als sozialimperialistischer Vorposten in Lateinamerika angelegt. Und natürlich der Stellung der DDR in Kuba. Honecker und Castro eröffneten das von der DDR errichtete Zementwerk in Cienfuegos (Kreditvolumen 150 Mio. Pesos). Die DDR ist maßgeblich an allen RGW-Kapitalanlagen in Kuba beteiligt (Nickelgewinnung, Zuckerverarbeitung); darüber hinaus ist sie vor allem bei der Forcierung des Zitrusfrüchteanbaus engagiert. Der Handel zwischen beiden Ländern soll im nächsten Planjahrfünft um 46% wachsen.

Imperialisten treiben Plünderung der Antarktis voran

z.sta.Sydney. 15 Staaten haben letzte Woche einen Vertrag über die Ausbeutung der Meerestiere in der Antarktis abgeschlossen. Teilnehmer der Konferenz und Erstunterzeichner sind: Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, BRD, DDR, Japan, Neuseeland, Norwegen, Polen, Südafrika, UdSSR, USA und Großbritannien. Der Vertrag beinhaltet die Einrichtung einer Kommission seitens der Mitgliedstaaten, deren Aufgabe die ,,Erhaltung'' der Meereslebewesen der Antarktis sein soll. Artikel 2 der Konvention hält dagegen fest, daß der Begriff ,,Erhaltung'' ,,rationellen Nutzen''

Khieu Samphan: Eine strategische Wende

UNO-Hilfskonferenz in Genf / Sowjetunion und Vietnam verstärken ihre Manöver

z.lup. Anfang Mai hat in Kampuchea die Regenzeit begonnen. Im Juni werden die Monsunregen in voller Stärke einsetzen. Den vietnamesischen Aggressoren wird dann die materielle und zahlenmäßige Überlegenheit ihrer Truppen noch weniger nutzen, während das Demokratische Kampuchea die Überlegenheit des Volkskrieges, der gegenwärtig in Form des Guerillakrieges geführt wird, noch besser zur Geltung bringen kann. Die unten abgebildete Karte zeigt die militärische Lage in Kampuchea im April 1980, also zu Ende der Trockenzeit. Sie wurde von der Botschaft des Demokratischen Kampuchea bei der UNO in Genf veröffentlicht. Die Guerillastreitkräfte haben ihre Operationen so weit ausdehnen können, daß die Operationsgebiete in den an Thailand grenzenden westlichen Gebieten direkt mit den Kampfgebieten im Osten, an der Grenze zu Vietnam, verbunden sind.

Aber auch in den Gebieten, die die vietnamesischen Aggressoren noch militärisch kontrollieren, sind sie politisch vollständig isoliert. Thiounn Mumm, Wissenschaftsminister des Demokratischen Kampuchea, der nach der Okkupation Phnom Penhs im Januar 1979 2000 km zu Fuß durch alle Gebiete Kampucheas marschiert ist und sich im Juni 1979 erneut mehrere Tage in Phnom Penh aufgehalten hatte, berichtete kürzlich: ,,Viele der von den Vietnamesen eingesetzten Dorfvorsteher sind in Wirklichkeit auf der Seite des Widerstandes. Ich bin in Kampuchea sehr bekannt. Viele Leute, vor allem Intellektuelle, kennen mich. Aber niemand hat mich verraten. Bei einer Gelegenheit habe ich mich mit einem Dorfvorsteher und einigen anderen Leuten in der Nähe von Tonle Sap unterhalten. Der vietnamesische Chef kam hinzu und fragte den Dorfvorsteher, ob Thiounn Mumm in der Gegend gesehen wurde. Alle fragten im Chor: ,Wer ist Thiounn Mumm?', obwohl jeder genau wußte, wer ich war. Auf Grund der Erfahrungen während meines langen Aufenthalts kann ich schätzen, daß 99% des kampucheanischen Volkes wollen, daß die Vietnamesen sofort verschwinden.“

sofort verschwinden.“

Auch unter den kampucheanischen Flüchtlingen außerhalb des Landes haben die Regierung und die Kommunistische Partei Kampucheas erfolgreich die Einheitsfront gefestigt. Anfang Mai hat die Föderation der nationalistischen Khmer Frankreichs eine Erklärung veröffentlicht, die zum Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren und das von ihnen eingesetzte Regime in Phnom Penh aufruft. (Bis zu dieser Erklärung war Sihanouk Präsident der Konföderation gewesen.) Im März 1980 hat der Radiosender des Demokratischen Kampuchea berichtet, daß sich So Chhoeun, ein ehemaliger Offizier Lon Nols, sowie ein ehemaliger Offizier der Khmer Serei zusammen mit einem Bataillon der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea angeschlossen und alle ehemaligen Offiziere der Khmer Serei aufgerufen hätten, den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren zu unterstützen. Die kampucheanischen Flüchtlinge in Khao I Dai, einem der größten Flüchtlingslager an der thailändisch-kampucheanischen Grenze, haben einen Aufruf veröffentlicht, der die vietnamesische Politik des Völkermords verurteilt und den sofortigen Abzug der vietnamesischen Truppen entsprechend der UNO-Resolution fordert.

,,Die fünf Monate der jetzt zu Ende gehenden Trockenzeitoffensive bedeuten eine strategische Wende in dem Widerstand unseres Volkes gegen die vietnamesischen Aggressoren. Von nun an kann sich die militärische Situation Vietnams nur noch verschlechtern – und das ist in der Tat unumkehrbar –, während sich unsere Situation auf allen Gebieten verbessert. Wir planen keine Großoffensive in der kommenden Regenzeit. Aber wir werden einen Zermürbungskrieg führen und setzen uns das Ziel, 50000 feindliche Soldaten außer Gefecht zu setzen“, hat Khieu Samphan erklärt.

In dieser Lage verstärken die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren ihre diplomatischen Manöver, damit international die Invasion Kampucheas doch noch als vollendete Tatsache akzeptiert und das Marionettenregime anerkannt wird. Eine wichtige Rolle in diesen Manövern spielt Indien. Bei seinem Besuch dort hatte Pham Van Dong Vietnams Unterstützung der expansionistischen Ambitionen Indiens in Kaschmir (wir hatten über diese Ambitionen in Kommunismus und Klassenkampf 2/80 berichtet) zugesichert. Indira Ghandi hatte in ihrem Wahlprogramm Vietnam die Anerkennung des Marionettenregimes in Phnom Penh versprochen. Gegenwärtig erklären Sprecher des indischen Außenministeriums, diese Frage werde geprüft.

zeptiert und das Marionettenregime

Bei seinem Besuch in Malaysia erklärte Vietnams Außenminister Nguyen Co Thach, Vietnam sei bereit, bei Ende 1980 / Anfang 1981 in Kampuchea geplanten Wahlen Beobachter aus Laos, Indonesien und Malaysia zuzulassen. Währenddessen streuen die Sozialimperialisten gezielt Gerüchte aus, Vietnam lasse über die Invasion Kampucheas mit sich reden. Japanischen Diplomaten gegenüber haben sie in Hanoi erklärt, ein Rückzug der Truppen Vietnams bis an den Mekong sei möglich, wenn Thailand bereit sei, ,,chinesische Waffenlieferungen an Pol Pot“ zu unterbinden und das Marionettenregime anzuerkennen. Kubanische Diplomaten haben erklärt, gegen den Preis einer Anerkennung des Marionettenregimes sei Vietnam bereit, dieses Regime auf eine ,,breitere Basis“ zu stellen.

Die ASEAN-Staaten haben auf der UNO-Hilfskonferenz, die auf ihre Initiative hin vom 26. bis 28. Mai in Genf durchgeführt wurde, ihren einheitlichen Standpunkt erneut bekräftigt: Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea und Durchführung allgemeiner und freier Wahlen in Kampuchea. Dieser Standpunkt entspricht den Forderungen der Regierung des Demokratischen Kampuchea und der Resolution der UNO vom November 1979. Die ASEAN-Staaten stehen aber nicht nur von seiten der Sozialimperialisten und Vietnams unter Druck, sondern auch von seiten der westlichen Imperialisten und vor allem der USA. W. Christopher, stellvertretender US-Staatssekretär für Außenpolitik, hat auf der UNO-Konferenz an die Sowjetunion appelliert, Hubschrauber oder Flugzeuge einzusetzen, um die entlegenen Gebiete Kampucheas mit Nahrungsmitteln zu versorgen, die ansonsten durch die Regenzeit abgeschnitten würden. Ein paar Wochen zuvor hatte R. Holbroke, US-Unterstaatssekretär für Ostasien und pazifische Angelegenheiten, eine Erklärung abgegeben, die Vietnam auffordert, bei der Suche nach einer ,,repräsentativen und blockfreien Regierung in Kampuchea zu helfen“. Ein solcher Wille zur Zusammenarbeit auf seiten der vietnamesischen Aggressoren würde die ASEAN, Japan und die USA dazu bringen, ,,mit ihnen in einem friedlichen und in die Zukunft gewandten Südostasien zusammenzuarbeiten“. Vietnam solle eine ,,konstruktivere Politik in Südostasien“ verfolgen.

Staatssekretär für Außenpolitik, hat

Großbritannien hat jetzt erklärt, es unterstütze die Entsendung einer UN-Friedenstruppe, wenn die Zeit reif sei für Verhandlungen mit Vietnam. Dies sei so lange nicht der Fall, solange es keine Anzeichen für einen vietnamesischen Rückzug gebe und solange die ,,einzige Alternative ein neues Pol-Pot-Regime“ sei.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Sozialimperialisten und die US-Imperialisten versuchen, zu einem zeitweiligen Übereinkommen in der ,,Kampuchea-Frage“ zu kommen, um ihre Rivalität mit um so größerer Wucht auf den Mittleren Osten konzentrieren zu können. Sicher ist bloß, daß ein solcher Schacher der Imperialisten auf Kosten des kampucheanischen Volkes gehen würde, und daß die internationale Isolierung der Regierung des Demokratischen Kampuchea notwendige Voraussetzung für ein solches Komplott wäre. Daß die Bundesregierung für eine Lösung wäre, die die vietnamesischen Aggressoren annehmen könnten, hat Genscher bereits auf der letzten UNO-Generalversammlung erklärt. Dies gilt nach wie vor, auch wenn Genscher sich auf der gemeinsamen Konferenz von EG und ASEAN verpflichten mußte, für die Aufrechterhaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea durch die UNO einzutreten.

Das Hanoier Regime mußte inzwischen zugeben, daß sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Vietnam immer weiter verschärfen und daß es im Inneren Vietnams bewaffneten Widerstand gäbe. – Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat jüngst bekräftigt, daß es nach dem Abzug der vietnamesischen Aggressoren keine Entschädigungen verlangen werde, sondern nur den Wunsch habe, in Frieden zu leben.



Kampuchea, militärische Lage Ende April 1980

Die malayischen Volksmassen erheben sich gegen die inneren und äußeren Feinde

z.mif. Mitte Mai tagte die malaysisch-thailändische Grenzkommission zum 25. Mai. Die beiden Regierungen haben weitere ,,gemeinsame militärische Anstrengungen zur Ausschaltung der kommunistischen Terroristen entlang der gemeinsamen Grenze“ verabredet. Seit Beginn der Neuen Ökonomischen Politik ab 1971 hat die einheimische Bourgeoisie ihre wirtschaftliche Macht erheblich gestärkt. Hatten die ausländischen Imperialisten 1971 62% des Aktienkapitals in Händen, so 1978 nur noch 46%. Die Regierung verbindet diese Politik mit äußerstem Terror gegen die Arbeiter und Bauern. 1975 verschärfte sie das ,,Gesetz über die innere Sicherheit“, das die britischen Imperialisten in ihrem konterrevolutionären Krieg gegen die Volkserhebung 1948–60 eingeführt haben. Bauern und Arbeiter, die sich bewaffnen, können nach diesem Gesetz wegen illegalen Waffenbesitzes gehenkt werden. Innerhalb von zwei Wochen im März dieses Jahres wurden sieben Malayen gehenkt. Die malaysische Bourgeoisie beabsichtigt, in die Fußstapfen der imperialistischen Ausbeuter zu treten. Die Kommunistische Partei Malayas (KPM) leitet den Kampf der Arbeiter und Bauern für die neudemokratische Revolution und setzt mit ihrer Aktionseinheitspolitik die Regierung erheblich unter Druck. Weite Gebiete der malayischen Halbinsel sind befreit.

nen nach diesem Gesetz wegen illegalen

Anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung der KP Malayas verbreitete der Sender ,,Stimme der malayischen Revolution“ zum 30. April 1980 eine ausführliche Erklärung der Partei, in der es unter anderem heißt: ,,Das allgemeine Programm der KPM in der gegenwärtigen historischen Periode besteht in der Errichtung eines Systems der neudemokratischen Politik, Wirtschaft und Kultur in unserem Land. Dieses Programm wird sich während der ganzen Periode der nationaldemokratischen Revolution nicht ändern. Aber da die Lage sich ständig entwickelt, muß es Änderungen in dem besonderen Programm der Partei für bestimmte Perioden geben. Derzeit verfolgen die herrschenden Cliquen von Kuala Lumpur und Singapur nach innen weiterhin hartnäckig eine antikommunistische und volksfeindliche Politik. Der Widerspruch zwischen diesen beiden herrschenden Cliquen einerseits und den Volksmassen aller Nationalitäten und verschiedenen Schichten in unserem Land andererseits ist der Hauptwiderspruch in unserer Gesellschaft.

Unterdessen stellt der sowjetisch-vietnamesische Hegemonismus der wie toll Aggression und Expansion betreibt und Kampuchea mit den Flammen des Aggressionskrieges überzieht, eine zunehmend ernste Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes dar. Der Widerspruch zwischen dem sowjetisch-

Widerspruch zwischen dem sowjetisch-

vietnamesischen Hegemonismus und seinen Helfershelfern einerseits und den Volksmassen aller Nationalitäten und verschiedenen Schichten in unserem Land andererseits verschärft sich und kann zum Hauptwiderspruch in unserer Gesellschaft werden.“



Malaysia exportiert jährlich Gummi im Wert von über 3 Mrd. DM. Die Bauernmassen haben nichts davon.

---

nicht ausschließe. Außerdem kann jedes Mitglied die von der Kommission verhängten restriktiven Maßnahmen, z.B. Fangbeschränkungen, durch einfachen Widerspruch für sich ungültig machen. – Nachdem sie einige Walarten in der Antarktis nahezu ausgerottet haben, stürzen sich die Imperialisten – allen voran die Sowjetunion und Japan – jetzt auf das Hauptnahrungsmittel der Wale, den Krill. Das für ihre Fangflotten Interessanteste ist, daß der Krill in dichten, riesigen Schwärmen ca. 200 m unter der Wasseroberfläche auftritt. Demgegenüber vertreten die Länder der Dritten Welt den richtigen Standpunkt, daß die Antarktis unter die Aufsicht einer internationalen Behörde gestellt werden soll.

Afghanische Quislinge unter den Volksmassen verhaßt

z.gek. Das afghanische Quisling-Regime sucht mit verschiedenen Ködern, Teile der Landbevölkerung wieder unter seine Kontrolle zu bringen. So hat das Landwirtschaftsministerium mit dem Druck von ,,Bodenbüchern“ begonnen. Denjenigen Bauern, die sich dem Regime unterstellen, soll ,,künftig der individuelle Besitz an Grund und Boden beurkundet“ werden. ,,Nach empfindlich spürbarem Produktionsrückgang in jüngster Zeit“ (,,Tribüne“, 20.5.) soll wenigstens die Versorgung der Besatzungstruppen und von ihnen gehaltenen Städte gesichert werden. – In den Städten werden die Okkupanten und ihre Gefolgsleute zunehmend angegriffen. In *Herat* sind, wie Radio Kabul melden mußte, am 25. Mai schwere Kämpfe ausgebrochen. Teile der Stadt waren in der Hand Aufständischer, die zuvor das Provinzhauptquartier der Polizei gestürmt und gesprengt haben. In *Kabul* sind erneut die Mädchen zweier Oberschulen zu Hunderten über die Mauern des bewachten Schulgeländes geklettert. Tausende Schüler anderer Schulen schlossen sich an. ,,Russen raus“, ,,Tod Karmal“, ,,Tod Breschnew“ seien die Sprechchöre gewesen, womit sie zum Innen- und Erziehungsministerium zogen, heißt es in Berichten aus Neu Delhi. Hochrufe dagegen für die iranische Revolutionsregierung, die auf der Islamischen Außenministerkonferenz die afghanischen Befreiungsorganisationen in ihre Delegation aufgenommen hatte. Zum erneuten Mal binnen drei Wochen griffen die Jugendlichen mit bloßen Händen Milizionäre und Agenten des Regimes an, zog sowjetisches Militär auf und richtete ein Massaker an. 50 Mädchen und Jungen seien getötet, eine unbekannte Zahl verletzt und verhaftet worden.

Italien: Wehrpflichtige sollen Polizei verstärken

z.ans.Rom. Der Innenausschuß der italienischen Kammer hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, nach dem in diesem Jahr 4000 wehrpflichtige Jugendliche ihren zwölfmonatigen Militärdienst bei der Polizei ableisten können. Bereits heute ist die Polizeidichte in Italien die höchste in Westeuropa. Bei dem weiteren Ausbau dieses 90000 Mann starken Teils des Unterdrückungsapparates stößt die Bourgeoisie auf Rekrutierungsschwierigkeiten. Sie spekuliert darauf, daß ein Teil der Jugendlichen der völligen Entrechtung in der imperialistischen Armee die einigermaßen geregelte Arbeitszeit bei der Polizei vorzieht. Außerdem sollen sie damit geködert werden, daß der Wehrdienst möglichst in Heimatnähe abgeleistet werden kann. Zur selben Zeit hat der Innenausschuß beschlossen, innerhalb von drei Jahren 300 neue Kommissarstellen bei der Polizei einzurichten. Die Hälfte davon soll mit Reserveoffizieren der Armee besetzt werden. Zu einem Zeitpunkt, wo die Polizisten unter Einfluß der Arbeiterbewegung für Entmilitarisierung, Koalitionsrecht und tariflich geregelte Arbeitsbedingungen kämpfen, versucht die Bourgeoisie mit aller Macht, die Militarisierung der Polizei aufrechtzuerhalten. Anfang Mai haben die Polizisten entgegen ausdrücklichem gesetzlichen Verbot ihre eigene Gewerkschaft gegründet.

Kriegsgesetze gegen die belgischen Volksmassen

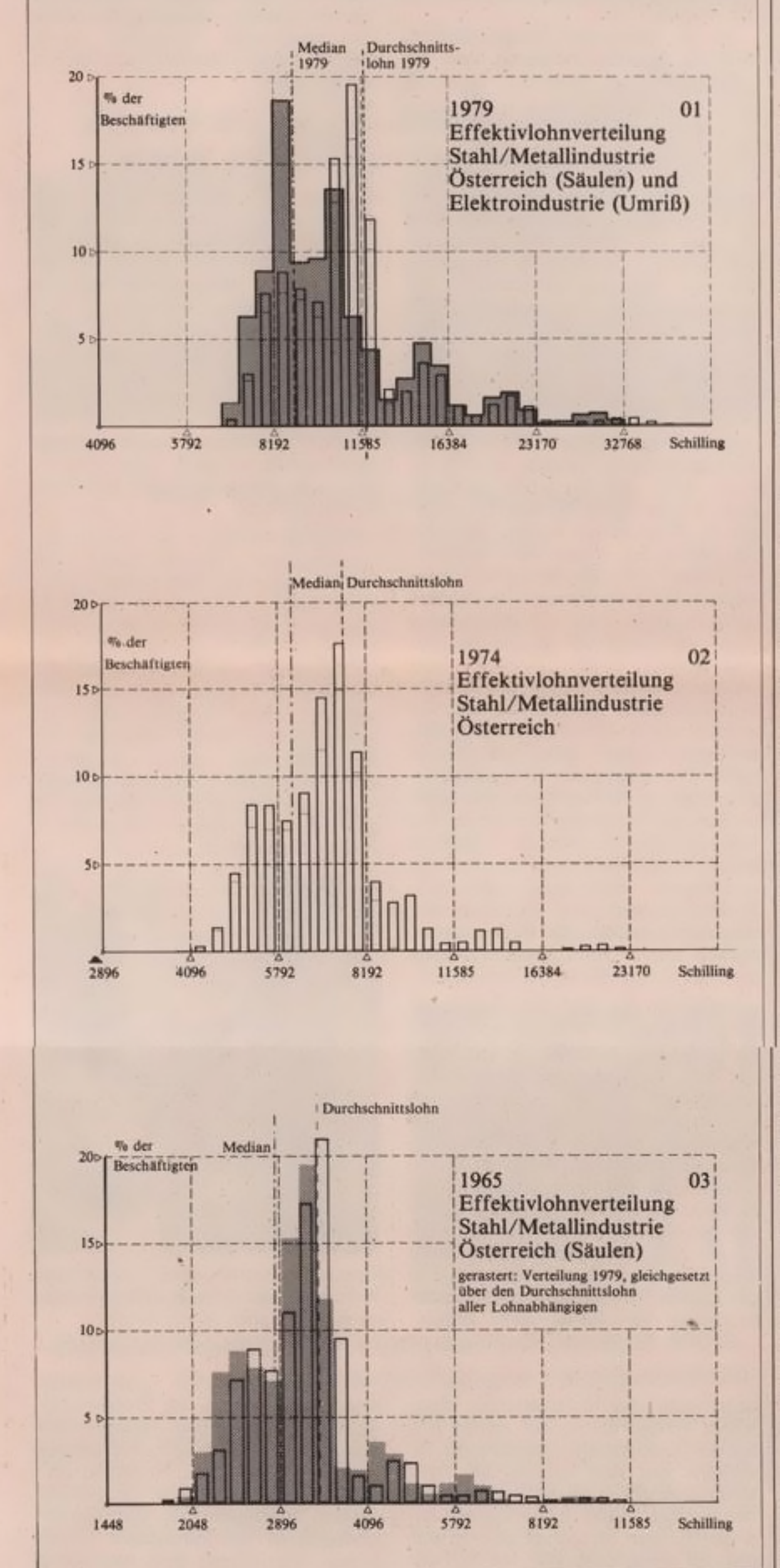
z.elb.Brüssel. Die vormalige belgische Regierung hat es nicht mehr geschafft, die neue arbeitet umso intensiver daran, das ,,Gramme-Gesetz“ unter Dach und Fach zu bringen. Durch einfachen königlichen Federstrich, gutgeheißen vom Ministerrat, können im Fall äußerer Bedrohung der Belagerungszustand ausgerufen, alle Gesetze, die bisher für Kriegszeiten gelten, wie Pressezensur, Abhören der Telefone, Hausdurchsuchungen ohne Vollmacht, Internierung ohne Prozeß, Verbot von Streiks etc., auch in ,,Friedenszeiten“ angewandt werden. Bestimmungen über die Beschlagnahme von Fahrzeugen für die Armee, Einrichtung eines besonderen Kommunikationsnetzes, Bau von etwa zehn kleineren Flughäfen und acht zusätzlichen NATO-Depots liegen dem Parlament zur Abstimmung vor – Vorbereitung auf den dritten imperialistischen Weltkrieg. Um ,,die öffentliche Ordnung im Fall von sozialen Konflikten aufrechtzuerhalten“, soll die Armee gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden können. ,,Die Regierung wird sich insbesondere bemühen, das Recht und die Rechtswelt dem Bürger näherzubringen und unsere Gesetzgebung den heutigen Erfordernissen anzupassen“, kam also die Regierung überein. 1961 scheiterte sie damit, ein dem ,,Gramme-Gesetz“ ähnliches ,,den Bürgern näherzubringen“. Der organisierten Arbeiterklasse alle erkämpften Rechte zu nehmen, Belgien in ein Militärzuchthaus zu verwandeln, das ist die Kehrseite der Kriegsvorbereitungen der belgischen Bourgeoisie.







Arbeiterwohnheime wie der Karl-Marx-Hof in Wien-Döbling (Bild: *1934* nach Artilleriebeschuß), Zentren des bewaffneten Aufstands der österreichischen Arbeiter 1934, sind heute noch Zeugnis ihrer Kampfentschlossenheit; aber auch der offenen Flanke, die die Politik der Sozialdemokratie der Reaktion ließ, die Arbeiterbewegung politisch zu isolieren. – *1943*: Mit Aufstellung von Partisaneneinheiten antwortete die Arbeiterbewegung auf die Besetzung Österreichs durch den deutschen Faschismus. – *1950*: Das 4. Lohn-Preis-Abkommen, von der Regierung Figl der Gewerkschaft abgerungen – max. 10% Lohnerhöhung bei über 40% Preissteigerungen – wurde in Massenstreiks zu Fall gebracht. – *1955*: Der auf dem Vorschlag der Sowjetunion basierende Staatsvertrag fand große Zustimmung bei



Die österreichische Gewerkschaftsbewegung kämpft um die grundlegende Einheit im Lohnkampf

z.anb. Wien. Sowohl auf dem 9. Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes im letzten September als auch auf dem 12. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie Anfang Mai fanden sich die führenden Vertreter von Regierung, Armeeführung, Kapitalistenverband und Katholischer Kirche ein, um ihr jeweils „geändertes Verhältnis" zur Gewerkschaftsorganisation zu erläutern. Besonderes Gewicht erhielten die Kongresse durch die Tatsache, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung ihren 90. Jahrestag der Gründung begeht.

Die Anerkennung, die in den Festtagsreden der vernünftigen Politik des ÖGB, seiner umsichtigen Lohnpolitik, seiner bedeutenden Mitarbeit am Aufbau der Zweiten Republik gezollt wurde, mochte den Anschein erwecken, als gäbe es keine anderen Anliegen der Arbeiterbewegung, als solches neuerlich zu bekräftigen. Das Gegenteil ist der Fall. Betrachtet man diese Staatsfeierlichkeiten unter dem Gesichtspunkt, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund mit 1,64 Mio. Mitgliedern rund 60% aller Lohnabhängigen in einer einheitlichen Klassenorganisation zusammenfaßt, daß seine Mitgliederzahlen nach wie vor steigen, daß vor allem der Organisationsgrad der massenhaft in die Lohnarbeit gepreßten Frauen bereits 49% ausmacht, ist umgekehrt nicht denkbar, daß die Spitzen der Finanzbourgeoisie und ihr Anhang von Politikern, Pfaffen und Generälen dieser Organisation die Anerkennung und gebührende Beachtung versagen. Wenn auch sicherlich diese Bewegung in der Hauptseite noch unter der Führung der sozialdemokratischen Politiker steht, sie vereinigt jahrzehntelange Erfahrung der Arbeiterbewegung im Klassenkampf, sie verbindet alte und junge Arbeiter, und – sie steht gegenwärtig vor Kampfaufgaben, die das gesteigerte Interesse der bürgerlichen Politik am ÖGB wohl erklären.

Weder auf dem Bundeskongreß noch auf dem Metallgewerkschaftstag kam die Lohnfrage zur Sprache. Man kennt das, wie Antragsmaterial in den Schlingen von Geschäftsordnung hängen bleibt. Zweifellos eine Zweckabsicht der Bourgeoisie, und manchem Funktionär selbst zuwider.

In seinen Dokumenten hat der 9. Bundeskongreß des OGB den Vorrang der Vollbeschäftigungspolitik neuerlich bekräftigt. Sein Resümee über die wirtschaftliche Entwicklung seit dem 8. Kongreß 1975 hebt hervor: „In diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten gelang es Österreich, den Beschäftigtenstand nicht nur zu halten, sondern sogar beträchtlich auszubauen. Der starke Preisauftrieb zu Beginn der siebziger Jahre konnte seit dem 8. Bundeskongreß stetig abgeschwächt werden."

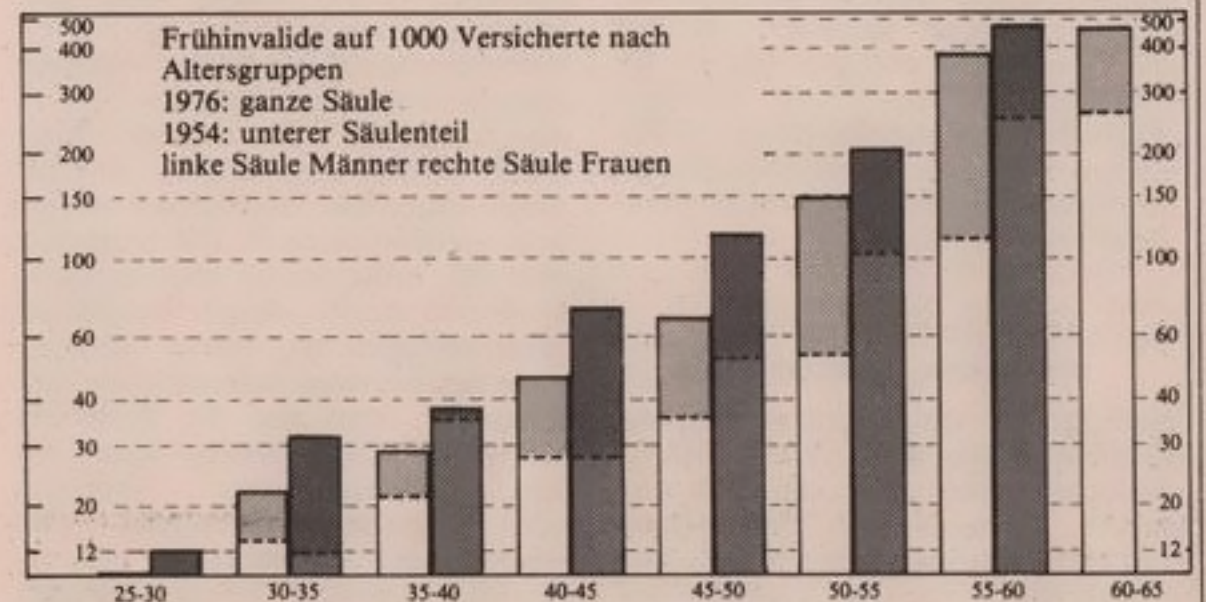
Unter dem Stichwort „Solidarische Lohnpolitik" folgt dann allerdings einschränkend: „Eine gedämpfte Wachstums- und Produktivitätsentwicklung setzt in mehrfacher Hinsicht neue Rahmenbedingungen für die Lohnpolitik der Gewerkschaften: Der langfristige Reallohnzuwachs wird im Durchschnitt aller Voraussicht nach geringer sein als in der Vergangenheit. Die Wirtschaftsentwicklung wird sich wahrscheinlich etwas stärker in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen differenzieren. Für die solidarische Lohnpolitik bedeutet dies, daß vermehrte Anstrengungen notwendig sein werden, um den Beschäftigten aller Wirtschaftsbereiche ein möglichst gleichmäßiges Einkommen zu garantieren, den wirtschaftlich schwächeren Gruppen etwas überdurchschnittlich, um diesen auch eine angemessene Erhöhung ihres Lebensstandards zu sichern."

Während in dieser Resolution die sonst unangefochtene Forderung nach Reallohnerhöhung eingeschränkt wird, an die Stelle derselben eher eine Ausweitung staatlicher Leistungen vor allem für die unteren Lohngruppen in Aussicht gestellt wird, mit der der Staat seiner sozialpolitischen Verpflichtung nachzukommen habe, hält der Bundesvorstand des ÖGB am 13. März 1980 in einem Beschluß fest: „Die Gewerkschaften werden auch „Die Gewerkschaften werden auch 1980 eine reale Einkommenserhöhung für die Arbeitnehmer anstreben. Voraussetzung dafür sind die Erhaltung der Vollbeschäftigung, ein entsprechendes wirtschaftliches Wachstum und relative Preisstabilität."

Zweifellos sind unter Bedingungen der Krise der kapitalistischen Produktion, bei wachsender Reservearmee, steigender Geldentwertung des Arbeitslohns, verschärften Angriffen der Kapitalisten, die Bedingungen für den gewerkschaftlichen Kampf schwieriger. Was beide obigen Resolutionen unterscheidet, ist die Haltung zum Lohnkampf. Genau darum geht es.

Die Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie hat seit einigen Wochen eine Umfrage unter ihren 271000 Mitgliedern organisiert. Thema: Schwerarbeit. Darunter werden alle Formen der besonders intensiven Vernutzung der Arbeitskraft verstanden, also Arbeit bei Nacht und in Schicht, unter besonderen Schmutz-und Lärmbelästigungen, im Akkordsystem. Die lebhafte Beteiligung an dieser Umfrage hat zutagegefördert, daß die Steigerung der Ausbeutung vor allem in der hochkonzentrierten verstaatlichten Stahl- und Metallindustrie, die den höchsten Standard der Schweißauspressung erreicht hat, unmittelbare Maßnahmen gegen den Ruin der Lebenskraft erfordert. Und die Metallgewerkschaft hat demnach Schritte zur Linderung der Überausbeutung wie Urlaubsverlängerung, Herabsetzung des Pensionsalters, Freischichten, längerfristig auch Reduzierung der Wochenarbeitszeit zur Debatte gestellt. Die älteren Arbeiter, die seit 10 und mehr Jahren scharf ausgebeutet werden, halten die Herabsetzung der Altersgrenze für das Dringlichste, die jüngeren sofortige Ausdehnung der Erholzeit, des Urlaubs. All diese einzelnen Forderungen sind vollständig berechtigt und notwendig, aber die Gewerkschaft wird weder das eine noch das andere durchsetzen können, wenn Kapitalistenklasse und Bourgeoisie diese je besonderen vordringlichen Reproduktionserfordernisse der einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse gegeneinander ausspielen können. Wo aber soll die Einheit der Klasse sich herausbilden, wenn nicht im Lohnkampf?

Die nebenstehenden Schaubilder erheben die Verteilung der effektiven Lohnsumme in der österreichischen Stahl- und Metallindustrie. Sie wird deshalb gemeinsam verhandelt, weil sie kollektivvertraglich zusammengeschlossen ist. Als zeitliche Eckpunkte schlossen ist. Als zeitliche Eckpunkte haben wir die Jahre 1965 und 1974, also jeweils unmittelbar vor einer Krise, und 1979 gewählt. Uns interessierte dabei, die obige Einschätzung des Bundeskongresses zur Lohnentwicklung auf ihre materiellen Grundlagen hin zu überprüfen. Wer ungefähr die Struktur der westdeutschen Lohnverteilung vor Augen hat, dem fällt an der Verteilung der Effektivlöhne der österreichischen Metallarbeiter 1979 sofort eines auf: die Spreizung der Lohnklassen ist beträchtlich größer, drei deutliche Gipfelbereiche und zwei scharf ausgeprägte Täler zerklüften das Verteilungsgebirge. Der erste Gipfel liegt bei rund 8000 Schilling, der zweite, zugleich die Konzentration der meistbelegten Lohnklassen, liegt zwischen 10 – 12000 S, der dritte zwischen 15 – 16000. Der erste wird vor allem von den Akkordarbeitern gebildet, deutlich belegbar an der am stärksten belegten Lohnklasse der Elektroindustrie, die sich an genau



Frauen um 45 Jahre, Männer um 55 – drastisch gesteigerte Vernutzung ihrer Arbeitskraft hat ihre Lebenserwartung auf den westdeutschen Stand abgesenkt.

Beschlüsse zur Einführung des Industriegruppenprinzips

Gewerkschaft Gastgewerblicher Arbeitnehmer

(Antrag 11 an den 8. Bundeskongreß des ÖGB, 1975)

Der 8. Bundeskongreß möge beschließen, daß innerhalb der Gewerkschaften das Branchengruppenprinzip verwirklicht wird.

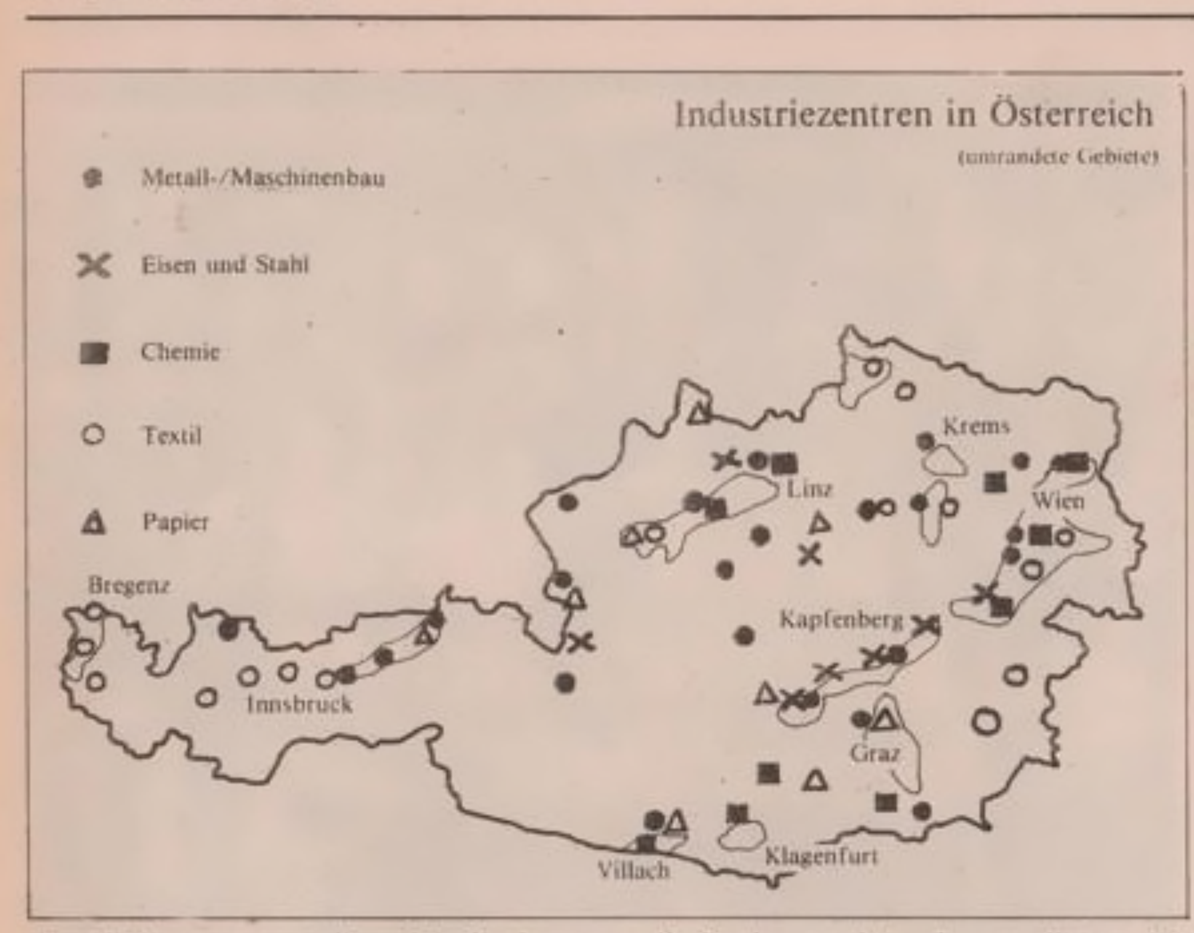
Begründung: In zunehmendem Ausmaß wird Arbeitern der Angestelltenstatus zuerkannt, obwohl die bisherige Tätigkeit gleichgeblieben ist. Danach verlieren die Stammgewerkschaften nicht nur Mitglieder, sondern auch Funktionäre ihrer Betriebsorganisation. Für jene Beschäftigten, die nicht im „klassischen Sinne" Angestellte sind, sollen nach wie vor die Stammgewerkschaften organisationszuständig sein. Denn nicht selten ist es so, daß der Dienstgeber mit der Übernahme von Arbeitern in das Angestelltenverhältnis sich nicht nur Sozialversicherungsbeiträge ersparen will, sondern auch gezielt die Solidarität unter den Arbeitern stört. Nach dem Rezept: Teile und Herrsche.

Gewerkschaft der Chemiearbeiter

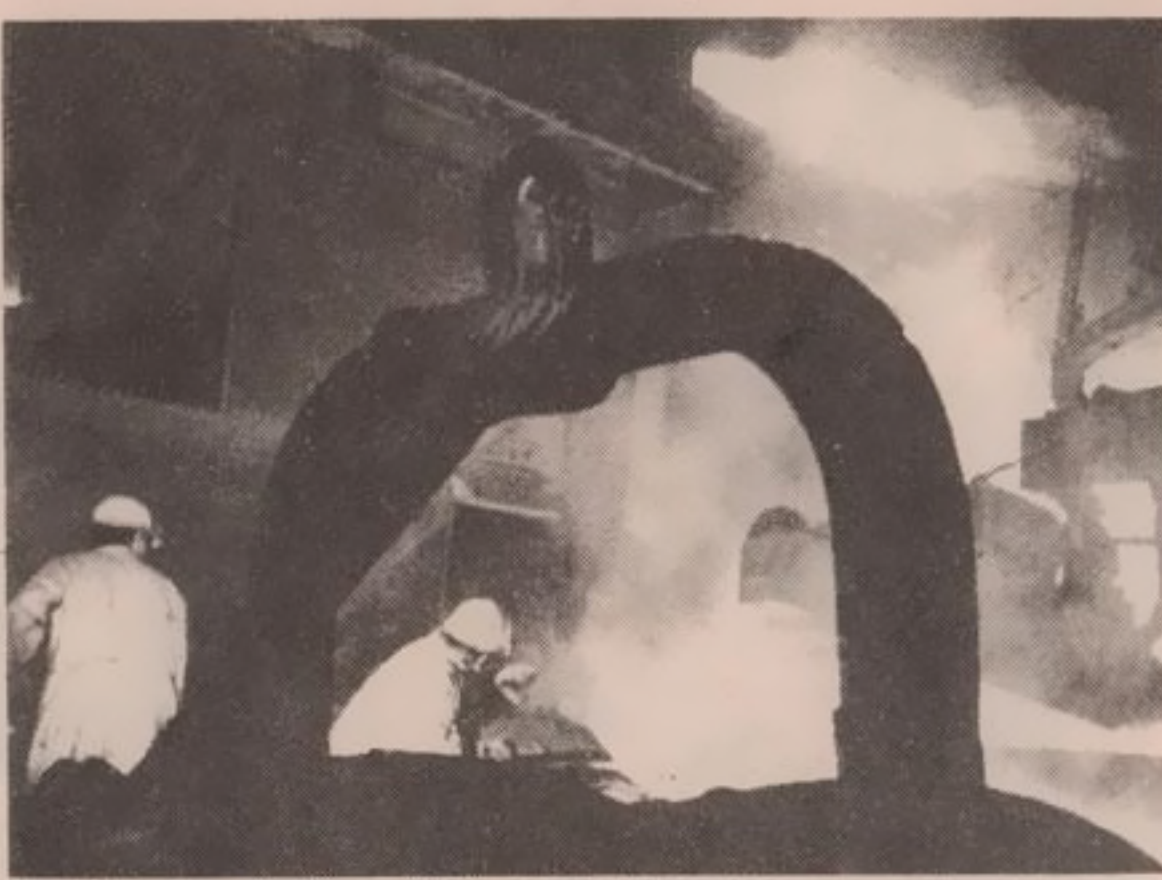
(Antrag an den 8. Bundeskongreß)

(...) Viele Unternehmer und Unternehmensleitungen haben (...) eine große Anzahl von Facharbeitern in das Angestelltenverhältnis übernommen, unter Beibehaltung ihrer bisherigen Tätigkeit. (...) Diese Veränderungen erschweren den Arbeitergewerkschaften eine ausreichende Interessenvertretung, vor allem in den Produktionsbereichen. Einerseits sind es vorwiegend gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen, die angestellt werden, andererseits erfolgt eine sich nicht positiv auswirkende Aufsplitterung des Durchsetzungsvermögens der Kollegenschaft bei der Lösung betrieblicher Probleme. Der ÖGB muß, auch aus organisatorischen Gründen, entsprechende Konsequenzen ziehen und somit eine Reform der Organisationsstruktur vornehmen.

(...) Der Bundeskongreß möge beschließen:







den Volksmassen, weil er sich direkt gegen die Spaltungspläne der westlichen Alliierten richtete. Während die Rote Armee beim Wiederaufbau half, hatten die Westalliierten, vor allem die USA, begonnen sich einzunisten und die Wiedereinrichtung der Gewerkschaften zu behindern. – Von 2,77 Mio. Lohnabhängigen sind heute 37,1% (1,097 Mio.) Frauen. Die Landwirtschaft beschäftigt heute nur mehr 9,5% der unselbständig Erwerbstätigen (*1970*: 14,5). 187000 Nebenerwerbsbauern, zu 95% lohnabhängig, halten unter äußerst harten Bedingungen an ihrem Stück Boden fest (Bild: Kartoffelernte im Paznauntal/Westtirol). 60400 von ihnen sind Teil des Industrieproletariats. – Stahlproduktion *1979*: im Staatsmonopol VÖEST werden Spitzenstandards der Schweißausspressung erreicht.

dieser Stelle befindet. Der zweite Gipfelpunkt umfaßt drei Lohnklassen der mittleren und Teile der oberen Facharbeiter, der dritte, abgetrennt durch eine scharfe Kluft, repräsentiert Spitzenfacharbeiter, Meister und aus den Angestelltenrängen die ersten Kader der Produktionsüberwachung.

Im Vergleich mit Schaubild II und III wird eine Entwicklung nachvollziehbar, die keinerlei Anlaß zur Zufriedenheit des ÖGB mit den letzten Jahren rechtfertigt. Betrachten wir das Jahr 1965, so befinden sich dort rund 61% der Arbeiter in Lohnklassen unterhalb des Durchschnittslohns der Gesamtindustrie, 1974 werden daraus bereits 68%, 1979 gar 72%. Entsprechend rückt der Median, das heißt die Lohnmarke, bis zu der 50% aller Arbeiter rangieren, immer weiter vom Durchschnittslohn nach links ab. Es ist darin nicht einfach nur das absolute Abrutschen der untersten Lohnklassen verborgen, wesentlich einschneidender sind die Umschichtungen sogar unmittelbar in den drei meistbelegten Lohnklassen gewesen. 1965 verdiente ein Facharbeiter ziemlich genau um den Durchschnittslohn, zum Teil etwas mehr. Er war in der Verteilung relativ abgesichert durch Nachrücken der mittleren Lohnklassen; zwar befanden sich etliche auf Niedriglohnniveau, aber sie waren nicht abgehängt. Eindeutige Trennung bestand zwischen dem produktiven Arbeiter und den Aufsehern der Produktion. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre setzte in Österreich ein gewalti-
Jahre setzte in Österreich ein gewalti-
ger Schub der Ausweitung der Produktion ein, in diese Zeit fällt auch die Zusammenballung des Kapitals in der Verstaatlichten, die heute rund ⅓ des Industriesektors umfaßt. Aufgrund hoher Nachfrage nach Facharbeitern sind etliche in die oberen Ränge, gleichziehend mit den besser bezahlten Angestellten gezogen worden. Parallel dazu erfolgte eine erhebliche Auffüllung der unteren und mittleren Lohnklassen, rekrutiert aus ruinierten Bauern und ihren Familien, Frauen und Jugendlichen. Der Sog, der aus diesen Lohnklassen auf den Facharbeiterlohn ausging, weist auf ein weiteres Problem. Die Kollektivvertragslöhne sind lediglich Mindestlohnsätze, der tatsächliche Preis für die Arbeitskraft ist um durchschnittlich 40% höher. In diesem Durchschnitt verbergen sich krasse Unterschiede, die sich von unten nach oben steigern, d.h. die „Überzahlung" der Facharbeiter reicht bis z.T. 70% und mehr, die untersten Löhne der Elektroindustrie z.B. rangieren beim KV-Standard. In Schilling derzeit: mittlerer Facharbeiterlohn 66,48 S/Std. (9,48 DM) bei 40,8% „Überzahlung", Durchschnittslohn eines angelernten Hilfsarbeiters in der Elektroindustrie 37,20 S (5,31 DM) bei 11% „Überzahlung" (KV-Lohn 32,50 S).

Die Umwälzungen in den meistbelegten Lohnklassen haben nicht nur den Facharbeiterstandard durchlöchert, sie haben vor allem auch oberhalb der Facharbeiter die Kluft zur Leitungskaderebene aufgerissen, anders ausgedrückt: wo die qualifizierte produktive Arbeit nach Wert bezahlt wird, findet sie sich neben Kadern der Angestellten, die nicht produktiv arbeiten, während andererseits die abgeschlagenen Facharbeiterränge von weiterem Abrutschen des Lohnstandards bedroht sind, weil sie durch einen seit 1974 deutlich vertieften Einschnitt von der Masse der unteren Lohngruppen getrennt werden. Die zutagetretende Absicht der Kapitalistenklasse ist offenbar, in der Region um 8000 S eine neue Niedriglohnreserve aufzubauen, die auch diesen Standard nur erreicht durch Überausbeutung, vor allem in Akkord. Zweitens: Die politischen Spaltungskeile, die in die Belegschaften getrieben werden sollen, finden in einer ungünstigen Bedingung der Gewerkschaftsbewegung ihre Entsprechung: Wie die unten abgedruckten Anträge – es sind nur drei von zahlreichen und seit Jahren wiederholten – belegen, ist die Durchbrechung des Industriegruppenprinzips, also die getrennte Organisierung aller Angestellten in einer eigenen Einzelgewerkschaft (Gewerkschaft der Privatangestellten) genau das, was die Arbeiterbewegung nicht brauchen kann. Würde man die
nicht brauchen kann. Würde man die
Belegung der Lohnklassen nur der Angestellten untersuchen, ergäbe sich folgendes Bild: Sie rangieren von den untersten bis zu den höchsten Lohnklassen, mitten durch das Verteilungsgebirge geht eine tiefe Schlucht, bei ca. 13000 S, also genau dort, wo auch die Kurve der Gesamtverteilung einbricht. Durch Verwandlung von Facharbeitern in Angestellte, was auch die Anträge der Fachgewerkschaften bezeugen, soll diese Lohnklassenspaltung politisch zementiert werden.

So liegen eigentlich die Aufgaben auf der Hand. Die Vollbeschäftigungspolitik von SPÖ-Regierung und Kapitalistenklasse ist so nicht wiederholbar, das wissen diese Herren selbst. Was also in einer neuerlichen Krise? Die Gewerkschaft allerdings hat allen Grund, das Fazit zu revidieren, zumal sie aus der Mitgliedermasse bereits deutlich darauf aufmerksam gemacht wird. Die unverzügliche Durchführung des Industriegruppenprinzips kann man nicht mehr hinausschieben. Und mögen es vielleicht gerade die Facharbeiter sein, auf die sich die sozialdemokratische Politik stützen konnte, sie hat inzwischen ihre eigene Basis unterminiert.

Der Bundesvorstand wird unverzüglich beauftragt, die Organisationsstruktur des ÖGB neu zu ordnen. Um den Integrationsprozeß zwischen Arbeitern und Angestellten zu entsprechen, ist das Industriegruppenprinzip einzuführen.

Gewerkschaft der Chemiearbeiter

(Antrag an den 9. Bundeskongreß, September 1979)

(...) Der gemäß Beschluß des 8. Bundeskongresses vom Bundesvorstand eingesetzte Organisationsausschuß wird beauftragt, seine Beratungen fortzusetzen, es sollen unter anderem folgende Punkte in die Beratungen miteinbezogen werden:

– Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes in der Weise, daß die Beschlußfassung über Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte wirtschaftlicher Art vom Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat (ZBR) rechtsverbindlich nur gemeinsam ausgeübt werden kann. Dadurch würde die Integration zwischen Arbeitern und Angestellten auch im Funktionsbereich ermöglicht.

– Die Arbeitergewerkschaften und die Angestelltengewerkschaft sollen vom ÖGB-Bundesvorstand aufgefordert werden, innerhalb einer angemessenen Frist Lösungsvorschläge zu unterbreiten ...

– Ob und in welchen Sparten als Beginn gemeinsame Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte abgeschlossen werden, einschließlich eines gemeinsamen Entlohnungsschemas unter Wahrung der Tätigkeitsmerkmale.

Die slowenischen Arbeiterbauern – Niedriglohnreserve des Kapitals

Interview mit drei slowenischen Holzarbeitern aus Kärnten

Könnt Ihr erklären, warum gerade das Holz für die slowenischen Arbeiter und Bauern in Kärnten so große Bedeutung hat, warum, wie Ihr erzählt habt, gerade in dem Bereich die slowenischen Arbeiter einen hohen Qualifikationsstandard besitzen?

Von der Tradition her war das einfach so, daß man bei uns – das orientiert sich eh immer an den Rohstoffen, die in der Region vorhanden sind – auf diesem Sektor gut ausgebildet worden ist. Es kommt von den Bauern her, die ihr Gerät meistens selbst herstellen mußten. Die Industrie ist zwar ursprünglich auf Grundlage des Erzbergbaus aufgebaut worden, inzwischen ist der aber weitgehend zurückgedrängt. In der Nazi-Zeit – man muß schon zugeben, daß die genau gewußt haben, *was* sie ansiedeln – hat man herausgefunden, daß sich in unserer Region vor allem der Holzsektor anbietet. Die Nazi haben damals die Betriebe gegründet, die heute noch die größten sind.

Weißt du, wieviele Arbeiter in diesen Betrieben beschäftigt sind?

Bei FUNDER z.B. ein paar Tausend in mehreren Betrieben, beim LEITGEB so an die 500. FUNDER ist von den Nazi gegründet worden, zuerst war das einmal ein Sägewerk. LEITGEB genauso. Zum zweiten haben wir heute noch alte Strukturen in Kärnten. Die
Herren Grafen gibt es heute noch, sie
Herren Grafen gibt es heute noch, sie sind die größten Waldbesitzer. Und immer schon haben sie viele Leute gebraucht, die ihre Wälder pflegen. Sie besitzen heute nach wie vor die Sägewerke, die Holzexportgesellschaften.

Die Besitzer dieser riesigen Latifundien, die bestimmen bei uns den Preis des Holzes beim Einkauf. Sie bestimmen, welches Sägewerk sie ruinieren. In Zelezna Kapla (Eisenkappel) z.B. haben Bauern vor ein paar Jahren eine Sägewerksgenossenschaft gegründet. Ganz offen hat der dortige Graf einerseits den Einkaufspreis, den die Genossenschaft zahlen konnnte, überboten, andererseits das eingesägte Holz für die Weiterverarbeitung billiger verkauft. Eine Zeit lang haben die Bauern das durchgehalten, dann haben sie zugemacht.

Und die Kleinbauern, wieviel Land haben die?

In unserer Region war deren Wald früher immer Gemeinschaftsbesitz. Konkret ist er erst ab 1886 verteilt worden. Da hatte man einen Schlüssel, daß die kleinen Bauern so ⅔ Wald bekommen und ⅓ Nutzfläche, also Acker. In den Bergen war der Schlüssel nochmal anders, weil es dort natürlich weniger Nutzfläche gibt. Die meisten dort leben davon, daß sie das ganze Jahr im Wald sind. Dazu haben sie nur einen kleinen Garten, der für den Eigenbedarf reicht. Die Produkte davon im Tal zu verkaufen ist überhaupt nicht rentabel.

Im Tal ist es inzwischen aber auch schon so, daß man nicht mehr vom Feldanbau leben kann. Die meisten haben um die 10 ha und weniger, da müssen sie Wald zupachten.

Und das heißt natürlich, daß sie zum größten Teil in das Autofilterwerk KNECHT arbeiten gehen müssen. Sie arbeiten Schicht, einmal am Vormittag, einmal am Nachmittag. Nebenher betreiben sie die Landwirtschaft.

Wenn man sich die Leute ansieht, die das ein paar Jahre gemacht haben, sieht man einfach, daß sie hin sind.

Hat diese Entwicklung sich auch auf die Frauen ausgedehnt?

Natürlich. Entweder gehen sie auch ins Filterwerk, die einzige Fabrik da. Oder sie übernehmen die ganze Feldarbeit; wo früher fünf gearbeitet haben, ist heute nurmehr die Frau.

Oder umgekehrt. Das gibt es auch. In dieser Lage taucht das Problem der Nationalität ganz neu wieder auf. Zum Beispiel: ein Bauer aus meiner Nachbarschaft, der hat früher nur seine Landwirtschaft betrieben. Irgendwann mußte dann der Stall ausgebessert, das
mußte dann der Stall ausgebessert, das
Wohnhaus erneuert werden. Da ist er ins Filterwerk gegangen. Früher war er kulturell sehr aktiv, im Gesangsverein und so. Dann hat er immer weniger Proben besuchen könnnen; um 5 Uhr aufstehen, 8 Stunden Arbeit in der Fabrik, am Band, danach Feldarbeit und anschließend in den Stall. Da sollte er noch zu den Proben kommen?

Ich glaube, daß das von den Herren einkalkuliert ist, die uns vertreiben wollen. Und viel haben sie schon vernichtet. Früher – da waren die Fabriken, die wenigen, noch nicht da – haben die Bauern immer genossenschaftlich zusammengearbeitet, ob auf dem Papier oder nicht. Das war einfach in uns drin, heute müssen wir das von vorne lernen.

Man darf aber nicht vergessen: diese Fabrik, das Filterwerk, ist von außen hineingesetzt worden. Die Rohstoffe werden aus Deutschland herangeschafft. Die fertigen Filter gehen ebenfalls dorthin zurück. Der KNECHT ist vorher in Portugal von den Arbeitern hinausgesetzt worden, bevor er nach Kärnten kam.

Da hat er wohl auch entsprechende Subventionen bekommen?

Und wie. Keinen Groschen haben die selbst aufgebracht. Jetzt, wo das Werk irrsinnig was abwirft, wollen sie noch mal zig Millionen Schilling für die Anschaffung einer neuen Maschine. Sie arbeiten mit offener Erpressung gegen die Arbeiter: Wenn ihr zuviel krank seid, heißt es, schmeißen wir euch raus. Oder – an die Arbeitsmarktverwaltung: wenn ihr uns nicht die entsprechenden Arbeitskräfte besorgt, verlegen wir die Produktion. Dadurch wird natürlich das Lohnniveau auf einem beschämenden Stand gehalten.

Ja, konkret so um die 30 Schilling die Stunde. Bandarbeit. Für besonders Fleißige gibt's dann noch 200 bis 400 Schilling Prämie.

Was bleibt da so netto im Monat?

Für die untersten nicht mal 4000 S (560 DM). Gleichzeitig gibt es eine Spanne bis zu 16–20000 S. Das ist sehr viel für unsere Region.

Und da ist der Betriebsrat natürlich ein Witz, wenn er geschäftsleitungshörig ist. Früher war der Gemeindesekretär. Da hat er halt gelernt, wie man in solche Posten kommt. Außerdem ist er von Geburt aus Besitzer, stammt aus einer Großbauernfamilie.

Dahinter steckt also der entsprechende Besitz, während das für die Masse der slowenischen Arbeiter und Bauern gerade andersherum ausschaut.

Wir sehen das bei unseren Eltern. Wir
Wir sehen das bei unseren Eltern. Wir kommen eigentlich alle aus Bauernfamilien. Mein Vater z.B. ist Pachtbauer. Er hat so um 7 ha und bezieht jetzt Invalidenrente. Was angebaut wird, reicht gerade für den Eigenbedarf, manchmal geht ein Stück Vieh aus dem Stall. Aber das ist nur so was nebenher. Du kannst sagen, das sind so 50000 S, die pro Jahr hereinkommen, aber mindestens soviel muß er auch wieder reinstecken. Wenigstens muß man nicht alles an Nahrungsmitteln kaufen.

Und obwohl diese Lage so ist, halten die Kleinbauern hartnäckig an ihrem Land fest?

Ja, nur ist abzusehen, daß sie das nicht mehr allzu lange schaffen werden. Trotz Filterwerk, trotz des lächerlichen Zuverdienstes dort. Sie halten das einfach körperlich nicht aus.

Da muß man schon einbeziehen, was für ein Bild über die Slowenen in Kärnten verbreitet wird, daß sie nicht so sauber sind, minderwertig halt. Das hängt alles davon ab, ob du sagst, du bist ein Slowene oder nicht. Solange man nicht merkt, was du bist, geht es.

Das geht schon gegen die Kinder, die auf der Straße angegriffen werden, weil sie Slowenisch sprechen. Jedenfalls war das auch der Punkt, an dem wir uns gesagt haben: jetzt zeigen wir, daß es anders läuft.

Unser Projekt geht vom Wald aus. Von den kleinen Bauern, die so bis 20 ha Wald haben. Sie sind darauf angewiesen, weil sie nicht so große Mengen Holz haben, daß sie einen Händler finden. Selbst können sie das ja nicht. Und die Händler bestimmen den Preis. Wir haben vor, eine Genossenschaft zu gründen, die den kleinen Waldbauern den Absatz ihres Holzes garantiert und den Tischlerbetrieben in unserer Region bestimmte Möbelmodelle zur Serienproduktion vorschlägt. Einfache, qualitativ hochwertige Möbel. Wir nehmen das Holz, das die Region bietet. Es ist von sehr guter Qualität: Kiefer, Ahorn, Lärche, Buche.



1977. Mit der Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln bekräftigen die Slowenen in Kärnten ihre Forderung nach Anerkennung der Nationalsprache. In der „Minderheitenfeststellung" unterstützen sie viele österreichische Lohnabhängige.







Kampfaktionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst 1979/80: Gegen das Kostendämpfungsprogramm der Bundesregierung im Gesundheitswesen führte die ÖTV im letzten Jahr unter anderem eine ,,Aktionswoche im Gesundheitswesen" vom 11. – 15.6. durch, die breite Unterstützung fand, hier eine Unterschriftenaktion in Berlin – Kirchliche Mitarbeiter für Abschluß eines Tarifvertrages, gegen kirchengesetzliche Bestimmungen – In zahlreichen Städten wurden Protestaktionen für einen neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende im öffentlichen Dienst und die Einbeziehung der Krankenpfle-

Anträge an den 9. Gewerkschaftstag der ÖTV zu Tarif-, Sozial-, Steuerpolitik und Beamtenrecht

Tarifpolitik

Resolution zur Tarifpolitik: 1. Grundlage der Tarifpolitik ist die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer. 2. Die Tarifautonomie ist Voraussetzung für gewerkschaftliche Tarifpolitik; Einschränkungen der Tarifautonomie wie z.B. Verbeamtung, Aussperrung usw. sind mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwehren. Die Aussperrung ist gesetzlich zu verbieten. 3. Lohnleitlinien für die Tarifpolitik sowie die Beteiligung an der Konzertierten Aktion sind abzulehnen. Tabukataloge und Moratorien sind abzulehnen und zu bekämpfen. 4. Die Gewerkschaft ÖTV geht nicht auf Lohnverzicht ein. Das Interesse auf Lohnerhöhung wird nicht durch andere Interessen eingeschränkt. Zum Beispiel Urlaub. 5. Die ÖTV strebt eine stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Vergütungsgruppen an. Dazu ist eine verstärkte Diskussion über die Forderungsform (Prozente, Sockel und Prozente, Festbetrag) und deren Auswirkungen zu diskutieren. Regelungen in den Tarifverträgen, nach denen eine Erhöhung von Lohnbestandteilen bei Festbetragsforderungen nicht möglich ist (z.B. Zuschläge, Überstunden usw.), sind zu beseitigen. 6. Innerhalb der ÖTV ist eine Diskussion über das gesamte Lohn- und Gehaltssystem zu führen ... (Antrag 362, Bezirkskonferenz Rheinland-Pfalz, Empfehlung der Antragskommission: Material)

Streichung unterste Lohngruppen: Abschaffung der jeweils untersten Besoldungs-, Vergütungs-, Lohngruppe. (372, Kreisdelegiertenkonferenz Stuttgart, Empfehlung: Ablehnung)

Ortszuschlag: Der Ortszuschlag ist auf
Ortszuschlag: Der Ortszuschlag ist auf
die höchste Tarifklasse zu vereinheitlichen und bis zur Stufe 2 (vH) in die Monatsvergütung einzubauen. Die kinderbezogenen Bestandteile werden als Sozialzuschlag gezahlt. (520, Bezirkskonferenz Niedersachsen, Empfehlung: Material)

Arbeitszeit: Der Gewerkschaftstag tritt für folgende Forderungen ein: 1. Einhaltung des 8-Stunden-Tages bzw. der 40-Stunden-Woche, in der nächsten Manteltarifrunde: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. 2. Verbot der Überstunden. 3. Anrechnung einer Stunde Nachtarbeit wie zwei Stunden Tagesarbeit in Bereichen, in denen nach Entscheidung der Gewerkschaft in Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten Nachtarbeit unumgänglich ist. In allen anderen Bereichen: Striktes Verbot der Nachtarbeit. 4. In Zusammenhang hiermit Ausbau der Stellenpläne, damit eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zur Intensivierung der Arbeit führt. (453, Kreisdelegiertenversammlung Göttingen, Empfehlung: Material)

Zur Verkürzung der Arbeitszeit werden in den nächsten Jahren folgende Änderungen tarifvertraglicher Regelungen angestrebt: ... 2. der Jahresurlaub ist für alle Beschäftigungsgruppen auf mindestens 6 Wochen auszudehnen ... (449, Kreisdelegiertenkonferenz München, Empfehlung: Material)

Der Gewerkschaftstag möge beschließen: Sich für ein allgemeines gesetzliches Verbot der Überstunden auszusprechen. (1025, Kreisdelegiertenkonferenz Grenzland, Empfehlung: Erledigt)

Aufgrund der unvermeidlichen und unstrittigen Gesundheitsschädigungen durch Nachtarbeit fordert die ÖTV das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit. Ausnahmen dürfen nur in denjenigen Bereichen gemacht werden, in denen Nachtarbeit unumgänglich notwendig ist und dies von den Tarifpartnern übereinstimmend anerkannt wird. (1035, Bezirkskonferenz NRW II, Empfehlung: Ablehnung)

Bereitschaftsdienst: 1. Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Sonderregelungen 2c und 2e III zum BAT zum nächstmöglichen Termin zu kündigen. Ziel der Neuverhandlungen muß sein: a. Die bisher als ,,Bereitschaftsdienst" bezeichneten Nachtdienste sind als ,,Arbeitsbereitschaft" im Sinne der Arbeitszeitverordnung (§7,2) neu zu definieren. Arbeitsbereitschaft gilt arbeitsrechtlich als Arbeitszeit und ist als Überstundenarbeit zu vergüten. b. Hat ein Arzt im Anschluß an seine reguläre Arbeitszeit von 8 Stunden einen Nachtdienst von 16 Stunden abgeleistet, so darf er am folgenden Morgen die Arbeit nicht fortsetzen, sondern es muß ihm im Anschluß an einen solchen Dienst Freizeitausgleich gewährt werden. c. Diese über 24 Stunden sich erstreckenden Dienste dürfen – von Notfällen abgesehen – nicht öfter als viermal im Monat angeordnet werden. (563, Bezirkskonferenz Hamburg, Empfehlung: Material)

Nacht- und Schichtarbeit: Die ÖTV setzt sich dafür ein, daß Nacht- und Schichtarbeit nur in solchen Bereichen zugelassen wird, in denen sie zur Versorgung der Bevölkerung absolut notwendig ist. Schichtarbeit, die allein aus wirtschaftlichen Gründen durchgeführt wird, wird dagegen von der ÖTV abgelehnt ... Wo Nacht- und Schichtarbeit unvermeidbar ist, muß alles getan werden, um gesundheitliche und soziale Schäden von den betroffenen [illegible] Arbeitnehmern fernzuhalten. Insbesondere ist anzustreben, daß

– Schichtarbeiter einer verbesserten gesundheitlichen Vorsorge unterliegen und einmal jährlich umfassend ärztlich untersucht werden; – für die außerordentlichen Belastungen ein Zusatzurlaub von einer Woche im Jahr und in bestimmten Abständen ein Kururlaub mit ärztlicher Betreuung gewährt wird; – eine Pausenregelung für Schichtarbeiter erarbeitet wird, die den besonderen Belastungen Rechnung trägt und in die Arbeitszeitordnung eingefügt wird; – nach 10 Jahren Arbeit in Wechselschicht ein Jahr lang nur Tagschicht gearbeitet wird; – nach dem 50. Lebensjahr keine Schichtarbeit mehr möglich ist, dies bei voller sozialer Besitzstandswahrung; – Kollegen, die 15 Jahre und mehr im Schichtdienst gearbeitet haben, erhalten nach dem 50. Lebensjahr die 30-Stunden-Woche in Normalschicht bei vollem Lohnausgleich; – einheitliche Schichtzulagen gezahlt werden; – Arbeitnehmer, die im Schichtdienst gearbeitet haben, ab dem 55. Lebensjahr Rente beantragen können; ... (602, Kreisdelegiertenkonferenz Hannover, Empfehlung: Material)

Tarifvertrag Medizinstudenten: Der ÖTV-Hauptvorstand möge die Bundesregierung auffordern, einen entsprechenden Ausbildungs- und Tarifvertrag mit den Vertretungsorganen der Studenten abzuschließen. (670, Kreisdelegiertenkonferenz Dithmarschen, Empfehlung: Ablehnung)

Sozialpolitik

Renten: Der Hauptvorstand erhält den Auftrag, sich mit dem Bundesvorstand des DGB entschieden dafür einzusetzen, daß die Absichten zur künftigen Besteuerung der Renten durchkreuzt werden. (952, Bezirkskonferenz Bayern)

Die Altersgrenze für Schichtarbeiter wird von 65 (63) Jahre auf 55 Jahre zurückgesetzt. (993, Kreisdelegiertenkonferenz München, Empfehlung: Material)

Arbeitslosengeld: Die Delegierten des 9. Gewerkschaftstages fordern: die Zahlung des Arbeitslosengeldes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 80% des zuletzt erhaltenen tariflichen Nettolohns; sollte dieser unter dem tariflichen vorgesehenen Nettolohn liegen, ist letzterer als Bemessungsgrundlage heranzuziehen ... (1002, Bezirkskonferenz Berlin, Empfehlung: Material)

Sozialversicherung: Es soll eine einheitliche Kranken- und Rentenversicherung geschaffen werden. (1050, Kreisdelegiertenkonferenz Bonn, Empfehlung: Ablehnung)

Die ÖTV fordert die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ausschließlich durch die Versicherten (1047, Bezirkskonferenz NRW II, Empfehlung: Annahme)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, umgehend mit dem Gesetzgeber bzw. der Bundesregierung in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel, die volle Beitragszahlung für (Invaliden-,) Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung durch den Arbeitgeber herbeizuführen. (1050, Kreisdelegiertenkonferenz Stuttgart)

Steuerpolitik

Steuersenkung: Die ÖTV wendet sich gegen die in den letzten Jahren insgesamt beträchtlich erhöhte Besteuerung der Einkommen der Beschäftigten durch die wiederholt erhöhten indirekten Steuern und die jetzige Progression ten Steuern und die jetzige Progression der Lohnsteuer. Der Hauptvorstand wird aufgefordert, gegen jede weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer vorzugehen sowie sich für eine Erhöhung des Grundfreibetrages von zunächst einem Viertel des Durchschnittslohnes einzusetzen. (1140, Bezirkskonferenz Bayern, Empfehlung: Material)

Beamtenrecht

Einheitliches Tarifrecht: Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV wird aufgefordert, verstärkt für die Angleichung der Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes einzutreten. Ein erster Schritt hierzu muß die tarifliche Beseitigung der bestehenden arbeits- und sozialrechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sein mit dem Ziel, die jeweils bestehende günstigere Regelung für alle zu vereinbaren. Im Tarifvertrag bestehende Regelungen, die auf das Beamtenrecht verweisen, sind aufzuheben und durch eigenständige tarifvertraglich festgesetzte Normen zu ersetzen. (498, Bezirkskonferenz NRW II, Empfehlung: Material)

... Der unabdingbare Grundsatz einer Reform des Tarif- und Dienstrechts im öffentlichen Dienst ist das uneingeschränkte Koalitions-, Verhandlungs- und Streikrecht für alle Beschäftigten ... (340, Bezirkskonferenz Niedersachsen, Empfehlung: Material)

Radikalenerlaß: Die Gewerkschaft ÖTV und ihre Organe werden aufgefordert, Initiativen zu ergreifen und zu unterstützen, damit der Ministerpräsidentenerlaß vom Januar 1972 zur Bekämpfung Radikaler im öffentlichen Dienst (Extremistenbeschluß) aufgehoben wird. (173, Kreisdelegiertenkonferenz Siegburg, Empfehlung: Material)

Die Antragslage spiegelt Aufschwung der Bewegung in den öffentlichen Diensten wider

z.jük. Vom 8. bis 14. Juni findet in Westberlin der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV statt. 1171 ordentliche Anträge liegen bislang vor, das sind fast doppelt soviel wie auf dem Gewerkschaftstag 1976. Die Mitgliederzahl der ÖTV umfaßte 1975 1058525 Mitglieder und entwickelte sich seitdem bis zum 31. Dezember 1979 um 63331 auf 1121856. Die ÖTV ist weiterhin die angestelltenstärkste Gewerkschaft des DGB, der Frauenanteil ist seit 1975 erheblich gestiegen. Der Umfang und Inhalt der Anträge zeigt, auch im Vergleich zu 1976, daß die Bewegung gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung im öffentlichen Dienst einen Aufschwung genommen hat. Es sind Forderungen aufgestellt, die die Bewegung im öffentlichen Dienst vereinheitlichen können und die den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterbewegung fördern. Anträge mit reformistischen und revisionistischen Interessen überwiegen zwar, aber bedenkt man, daß ein deutlicher Teil der klassenbewußten Anträge nicht über die Bezirksdelegiertenkonferenzen der ÖTV hinausgekommen sind, so ist die Entwicklung doch beachtlich. Grundlage für die Forderungen, wie sie ausschnittsweise nebenstehend dokumentiert sind, sind die Kämpfe in den letzten Jahren gegen den staatlichen Dienstherrn und die Kapitalistenklasse. Insbesondere die Tatsache, daß sich die Arbeiter des öffentlichen Dienstes im Kampf weiter zusammengeschlossen haben, wie etwa im Hafenarbeiterstreik 1978, hatte seine Wirkung auf die ganze Bewegung im öffentlichen Dienst. Gegen die kapitalistische Rationalisierung, wozu auf dem Gewerkschaftstag 1976 schon ein relativ brauchbarer Antrag durchgesetzt werden konnte (Nr. 123), hat sich der Kampf in den Belegschaften ziemlich breit entwickelt, und es sind etliche Forderungen durchgesetzt worden. Die Bewegung der Lehrer hat sich entwickelt im Kampf für Arbeitszeitverkürzung und gegen die Intensivierung der Arbeit, der Zusammenschluß der ÖTV-Beschäftigten mit den Industriearbeitern ist gewachsen. Diese Tatsachen drücken sich auch in den politischen Forderungen aus, die zum Gewerkschaftstag aufgestellt worden sind und die umfangreicher sind als hier dokumentiert wird. Gefestigt werden soll die ,,Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung" in der ganzen Welt, ein Antrag aus Westberlin fordert den ÖTV-Vorstand auf, ,,die Befreiungsbewegungen der Völker der Dritten Welt zu unterstützen, Informationsveranstaltungen durchzuführen und politische Schritte zur Unterstützung einzuleiten. 2. auf die Bundesregierung einzuwirken, daß diese die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung anerkennt." Umfangreich sind die Forderungen zur Entfaltung der Demokratie in den Gewerkschaften unter Gesichtspunkten des praktischen Kampfes gegen den Dienstherrn (Veränderung von Streikrichtlinien, Betriebsgruppen der ÖTV, Mobilisierung während der Tarifkämpfe etc.).

Gegenüber 1976 ist die Taktik des sozialdemokratischen ÖTV-Vorstandes zum Gewerkschaftstag etwas differenzierter. 1976 wurde weitgehend die Politik der Regierungssozialdemokratie unterstützt, und zwar in allen Fragen. 1980 ist das Antragspaket des Vorstandes umfangreicher, er muß mehr der Entwicklung der Bewegung

Vermögenswirksame Leistungen sollen ganz aus Lohnbestandteilen finanziert werden

z.irs. In vielen Betrieben des öffentlichen Dienstes verweigern die Dienstherren bislang die Zahlung der ,,persönlichen Zulage" von 13 DM. Sie muß aber allen Lohnabhängigen ausbezahlt werden, die unter einem Monatsbrutto von 1900 DM verdienen (Bemessungsgrundlage ist die persönliche Grundvergütung plus Ortszuschlag, Stufe 2, nicht dem persönlichen Ortszuschlag), sowie allen Auszubildenden, Schülern und Praktikanten.

Ab dem 1. März 1981 werden die ,,vermögenswirksamen Leistungen" einheitlich für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende auf 26 DM erhöht. Die Dienstherren erhoffen sich, daß sie einen Teil der 1981 mehr zu zahlenden ,,vermögenswirksamen Leistungen" durch direkte Lohnkürzung ersetzen können. Die Einbehaltung der jetzigen Sonderzahlungen (,,Persönliche Zulage" 13 DM und dem Differenzbetrag, wenn die 6,3% Lohnerhöhung nicht monatlich 110 DM beträgt) soll die ,,Mehrleistung" bei den ,,vermögenswirksamen Leistungen" ersetzen. Die Sonderzahlungen sind nämlich nur bis zum 1. März 1981 tariflich gesichert.

Um 270 DM könnte dann der Lohn im Jahre 1981 (berechnet vom 1.3.81 – 31.12.81) der untersten Lohngruppe gekürzt werden. Und genau um 260 DM müssen die Dienstherren ab dem 1. März 1981 die ,,vermögenswirksamen Leistungen" erhöhen.

Das ursprüngliche Ziel der Regierung bei der ,,Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" war, die Vermögensbildungsausgaben in Beteiligungswerten am jeweiligen Betrieb festzulegen. ,,Denn dem Produktivvermögen kommt für die Wertschöpfung in der Volkswirtschaft und für die Grundlagen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, ein besonderer Rang zu ... (es) soll erreicht werden, daß einerseits die Liquidität und die steuerliche Belastbarkeit der Wirtschaft möglichst wenig beeinträchtigt werden ..." (Sozialbericht des Ministeriums für Arbeit und Soziales, 1973). Zu dem Zweck wurden 1971 die Beamten per Gesetz dann gezwungen zum Sparen, und von dem erstmaligen Tarifvertrag der ÖTV wurde ,,Signalwirkung" erhofft. Als absehbar war, daß das Ziel verfehlt wird, wurden 1976 die Prämien um durchschnittlich 6% gekürzt durch das Sparprämien- und Wohnungsbau-Prämiengesetz der Bundesregierung. Die Leistungen für die Sparprämien fallen denn auch ruckartig bis 1978 um 54%, und gleichzeitig sinken alle weiteren Leistungen bis 1978, was auf immer weniger ,,vermögenswirksam sparende" Lohnabhängige hinweist. Daß die ,,Leistungen aus Unternehmen" (s. Tab.) leicht steigen, kommt durch den höheren Anteil der Kapitalisten, den sie tariflich zahlen müssen. Die Metallkapitalisten bezahlen den Gesamtbetrag des 624-Mark-Gesetzes – und sie haben dabei den Vorteil, daß die Arbeitnehmer-Sparzulage, die bar ausbezahlt werden muß, aus dem Lohnsteueraufkommen finanziert wird und die 624 DM steuer- und sozialabgabefrei sind für die Kapitalisten.





geschüler durchgeführt – Für die Durchsetzung der Forderung nach 180 DM mindestens/9% kam es im diesjährigen Lohnkampf zu Streiks bei Bus und Straßenbahn, Versorgungsbetrieben, Bauhöfen, Müllabfuhr weiter bei innerstädtischen Verwaltungsbehörden und vereinzelt in Krankenhäusern – Unterstützung der Kämpfe der Fahrer im privaten Transport- und Personenverkehr – An den diesjährigen 1. Mai-Kundgebungen und Demonstrationen des DGB haben sich viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beteiligt, hier DGB-Kundgebung in München.

im öffentlichen Dienst und des Klassenkampfes Rechnung tragen. An den Fragen, wo direkte Kämpfe gegen den staatlichen Dienstherrn erfolgen oder erfolgt sind, versucht Kluncker ein relativ detailliertes Antragspaket durchzusetzen, das einzelne Forderungen aus den Belegschaften und Bezirken berücksichtigt. Auffällig ist, daß gegenüber allen Bestrebungen, gesetzliche Regelungen bei Arbeiterschutzrechten durchzusetzen, etwa das gesetzliche Verbot von Nachtarbeit, die Ablehnung vom Vorstand beantragt wird; alle Anträge, die Einbeziehung in die Tarifverhandlungen, etwa in den Manteltarif, fordern, als „Material" verwendet werden sollen. Bei den politischen Forderungen ist der Vorstand der ÖTV allgemein, legt sich meist nicht fest, verschiedentlich wird die Bundesregierung unterstützt, wenngleich nicht so aufdringlich wie 1976. Zur Steuerfrage wird z.B. folgender kurzer Antrag eingebracht: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, die zu hohen Steuerbelastungen der Arbeitnehmer insbesondere für die unteren bis mittleren Einkommen abzubauen. Bei der Reform des Einkommenssteuertarifs muß die überaus scharfe Lohnsteuerprogression im Anschluß an die
steuerprogression im Anschluß an die
heutige Progressionszone spürbar gemildert und die Steuerbelastung für Spitzenverdiener erhöht werden. Der Hauptvorstand wird beauftragt, über den Deutschen Gewerkschaftsbund entsprechende Maßnahmen für eine gerechte Steuerpolitik gegenüber Bundestag und Bundesregierung anzuregen."

Bei der Mitbestimmung steigt Kluncker ein und unterstützt einen Antrag, der fordert, das „Mitbestimmungsgesetz von 1976 auf alle Unternehmungen mit einer Bilanzsumme von mehr als 75 Millionen und einem Jahresumsatz von mehr als 150 Millionen DM zu erweitern", gleichzeitig wird Mitbestimmung in Krankenhäusern gefordert sowie in technischen Überwachungsvereinen.

Kluncker hat neulich geäußert, daß der DGB dieses Jahr keine Prüfsteine für die bürgerlichen Parteien aufstellen sollte. Dem entspricht seine Taktik auf dem Gewerkschaftstag. Die Sozialdemokratie setzt auf die Ablehnung von Strauß durch die Arbeiterklasse. Prüfsteine, die auch Prüfsteine der Regierungspolitik sein müßten, könnten in diesem Zusammenhang mindestens hinderlich sein, ist etwa sein Kalkül. Noch ist die Auseinandersetzung im DGB nicht entschieden.

Zwei deutliche Probleme zeichnen sich für die Bewegung im öffentlichen Dienst ab, auch an den Anträgen zum ÖTV-Gewerkschaftstag. Bislang konnte es Kluncker gelingen, alle Anträge gegen die Kriegsvorbereitung der Imperialisten aus dem Antragsmaterial weitgehend fernzuhalten. Soviel dürften es zwar noch nicht sein, aber das ist gefährlich. Dem Gewerkschaftstag liegen zwar ein Antrag zum „Verzicht von Bau auf Mittelstreckenraketen"
von Bau auf Mittelstreckenraketen"
vor, als Annahme plädiert der Vorstand aber für die Unterstützung der Entspannungspolitik der Bundesregierung und fordert konstruktive Vorschläge zu konkreten Abrüstungsverhandlungen. Zum weiteren, gegenüber 1976 sind die Anträge gegen das Beamtenrecht und das besondere Dienstrecht praktisch nicht vorhanden. Baums Taktik, an dieser Frage eher im stillen zu fischen und von „Liberalisierung" zu reden, scheint hier aufzugehen. Bei der Vorbereitung der Lohnbewegung '81, des Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierung kann der Kampf gegen die politische Entrechtung verstärkt werden.

Beiträge zur Vermögensbildung (ohne Anteil der Lohnabhängigen) in Mrd. DM

Träger	1968	1969	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Unternehmen ...	0,36	0,16	2,71	4,18	5,19	4,98	5,08	5,19	5,27
Bund	1,73	1,68	5,68	3,29	4,03	4,66	5,14	6,76	4,36
Länder	0,76	0,79	3,07	2,96	3,12	3,16	2,76	2,53	2,50
Gemeinden	0,06		0,61	0,68	0,71	0,52	0,57	0,55	0,54
Sozialversich....	–	–	–	0,02	0,02	0,02	–	–	–
Private Organisationen	–	–	–	0,05	0,05	0,05	0,04	0,05	0,05
Gesamt	2,92	2,64	12,09	11,03	13,11	13,40	13,59	15,09	12,73

Tarifabschlüsse Vermögenswirksame Leistungen einzelner Gewerkschaften

Jahr	Gewerkschaft	Tarifgebiet	Vermögenswirksame Leistungen
1970	IG Metall	BRD	26 DM / 13 DM für Auszubildende
	ÖTV	BRD	13 DM bis zu einem Bruttolohn von 1000 DM
1971	ÖTV	BRD	13 DM / 6,50 DM für Auszubildende, Beamte werden per Gesetz verpflichtet
	HBV Banken	–	52 DM für alle Beschäftigten
1972	HBV Ersatzk.	–	52 DM für alle Beschäftigten
1973	HBV Vers.	–	52 DM für alle Beschäftigten
1974	HBV Großh.	–	52 DM für alle Beschäftigten
	HBV Zeitgsv.	–	39 DM für alle Beschäftigten
1975	HBV Reiseb.	BRD	26 DM für alle Beschäftigten
1976	IG Metall	BRD	39 DM / 19,50 DM für Auszubildende
1977	IGM (Stahlind)	BRD	39 DM / 19,50 DM für Auszubildende
	HBV Verlage	–	52 DM für alle Beschäftigten
	IG Chemie	Hessen	52 DM
1978	HBV Buchh.	Ba-Wü,Bay	13 DM für alle Beschäftigten
1979	ÖTV	BRD	26 DM Arbeiter, Angestellte, Auszub. ab 1981
1980	IG Metall	BRD	52 DM / 26 DM für Auszubildende

Bemerkung: – Teiltarifgebiete, Betriebstarifverträge

Kündigung der tariflichen Regelung über Bereitschaftsdienste steht zum 30.9.80 an

z. ilh. Nach dem letzten Tarifabschluß hat ÖTV-Vorsitzender Kluncker angekündigt, daß man sich darauf konzentrieren müsse, „Regelungen anzustreben und einzuleiten, die den Schicht- und Wechseldienst erleichtern." (ÖTV-Magazin 4/80) Ausdrücklich ist bei dem Abschluß festgelegt worden, daß Bund, TdL und VKA bereit sind, im Rahmen der Manteltarifverhandlungen auch über die Arbeitsbedingungen im Wechselschichtdienst und in entsprechend zu bewertenden Schichtdiensten zu verhandeln. Darunter fällt mit Sicherheit die Sonderregelung in der Anlage 2c zum BAT über den Bereitschaftsdienst der Ärzte. Zum 30.9.80 kann diese Sonderregelung gekündigt werden. Die ÖTV will bis zum 15.6.80 ein Meinungsbild herstellen.

Verschiedentlich führen Ärzte Arbeitsgerichtsprozesse gegen die Krankenhausträger durch, die z.B. auf die Einschränkung der Bereitschaftsdienste gehen. Am 1.10.80 wird der 1. Prozeß vor dem Bundesarbeitsgericht stattfinden. Ärzte aus dem Cecilienstift Hannover haben von Anfang Januar bis Anfang April jede Minute ihrer ärztlichen Tätigkeit aufgeschrieben. Mit folgendem Ergebnis: durchschnittlich 41,4% des Bereitschaftsdienstes war volle Arbeitszeit; nur 16% der Nächte konnte 6 Stunden und mehr ununterbrochen geschlafen werden; derzeit müssen alle 4,6 Tage Bereitschaftsdienste von jedem Arzt gemacht werden; in dem Untersuchungszeitraum wurden 19 bis 20 Tage durchgearbeitet, ohne einen freien Tag.

Bereitschaftsdienste sind besonders abgefeimte Dienste. Da sie nicht als volle Arbeitszeit gelten, sind Arbeitszeiten von 8 – 16 Uhr Tagdienst, ab 16 Uhr bis zur Frühschicht Bereitschaftsdienst, ab 8 Uhr wieder Tagdienst die Regel. Also ununterbrochene 32-Stundendienste. – Die Forderungen aus den „Grundsätzen zur Schichtarbeit" der ÖTV: tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden, nach jeder Nachtschicht eine arbeitsfreie Zeit von 24 Stunden, Erhöhung der Personalreserven, werden für die anstehenden Verhandlungen eine Richtschnur sein. Doch allein mit der Begrenzung der Arbeitszeit wird das Problem, daß der Lohn nicht reicht, nicht gelöst. Die bisherige Vergütung nach der BAT Sonderregelung wird in 4 Stufen unterteilt, wobei man höchstens bis zu 55% vom Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit bezahlt kriegt, dann wird zweitens noch nach der Häufigkeit des Bereitschaftsdienstes eingestuft. Wobei jeweils nicht berücksichtigt wird, daß der Arzt pro Nacht zu jeder Minute bereit sein muß, seine volle Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Bereitschaftsdienste als volle Nachtarbeit anrechnen – geht die ÖTV unter diesem Gesichtspunkt in die Verhandlungen, wäre es günstig, auch die Frage der Nachtzulage auf den Tisch zu bringen. Sie könnte sich dabei an der bisherigen Festlegung in der Metallindustrie orientieren, wo 30% pro Stunde gezahlt wird, was bei Ecklohngruppe 7 ca. 11 DM ausmacht. Das ist jedenfalls ein beträchtlicher Unterschied zu den bisher 1,50 DM Zuschlag, der im Öffentlichen Dienst gezahlt wird.

Die ÖTV-Jugend kämpft für einen neuen Manteltarifvertrag

z.gel. Mit Wirkung zum 1.1.1975 schloß die ÖTV erstmalig einen Manteltarifvertrag für Auszubildende (MTV-A) mit dem öffentlichen Dienstherrn ab, nachdem es vorher nur zwei Tarifverträge „über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge" von 1961 und für die arbeiterrentenversicherungspflichtigen Lehrlinge von 1963 gegeben hatte. Doch schon Ende 1976 erkannte die ÖTV-Jugend die Unzulänglichkeit des MTV-A und entwickelte Vorschläge für einen neuen MTV-A. Der Bundesjugendausschuß der ÖTV griff die Forderungen auf und setzte Schwerpunkte:

1. „Übernahme aller ausgebildeten Jugendlichen in ein Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht." In dem alten MTV-A war lediglich vorgeschrieben, daß dem Auszubildenden mitgeteilt werden muß, ob er übernommen wird oder nicht.
2. Geltung des MTV-A für Auszubildende „in Einrichtungen der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Krankenpflegehilfe oder in ‚Medizinalfachberufen' (z.B. Hebammen, Entbindungspfleger sowie Krankenpflegevorschüler und Krankenpflegepraktikanten)".
3. „Verkürzung der Probezeit auf einen Monat." In der Regel beträgt die Probezeit drei Monate, in der der öffentliche Dienstherr die Auszubildenden auf ihre Anpassungsfähigkeit und Verfassungstreue prüft.
4. „Ausbildungsvertrag über *alle* Ausbildungsstufen bei Stufenausbildung." Bisher hatte der öffentliche Dienstherr die Möglichkeit – seinem Bedarf entsprechend – einen Teil der Jugendlichen nach einem oder zwei Jahren, je nach Bestehen der Zwischenprüfung, auszusieben.
5. „Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber." Dazu gehören z.B. Fahrtkosten zur Ausbildungsstätte und zur Berufsschule, Unterkunfts- und Verpflegungskosten, soweit die Ausbildung außerhalb des Wohnortes durchgeführt wird, Kosten für Ausbildungskurse und Fachliteratur sowie Übernahme der Prüfungsgebühren.

Der alte MTV-A wurde zum 31.12.1978 gekündigt, es dauerte jedoch fast ein Jahr, bis der Dienstherr mit Hilfe einer Unterschriftenaktion überhaupt an den Verhandlungstisch gezwungen werden konnte. In den Verhandlungen zeigte sich der Dienstherr zu fast keinerlei Zugeständnissen bereit. Die ÖTV-Jugend führte dagegen Informationsstände und Veranstaltungen während der Arbeitszeit durch. Der Dienstherr scheint die Taktik zu verfolgen, die Verhandlungen so lange hinauszuzögern, bis der alte MTV-A auch für diejenigen nicht mehr gilt, die ihre Ausbildung vor dem 31.12.1978 begonnen haben. Voraussichtlich Ende Juli 1980 wird ein neuer Verhandlungstermin stattfinden, an dem die Große Tarifkommission der ÖTV teilnimmt. Sie ist grundsätzlich zu Kompromissen bereit, will jedoch nicht von der Forderung nach Übernahme nach der Ausbildung und Einbeziehung der Krankenpflege in den MTV-A abweichen. Die Interessen der 70000 Auszubildenden werden auch auf dem ÖTV Gewerkschaftstag verhandelt.

Baum: „Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts Punkt für Punkt durchsetzen"

z.mak. Bundesminister Baums jüngste Äußerungen zum besonderen Dienstrecht für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dokumentieren in etwa seine Taktik: „Anfang vergangenen Jahres habe ich darauf hingewiesen, daß das Wort von der ‚Dienstrechtsreform' als Schlagwort inzwischen belastet ist mit falschen Erwartungen. Ich habe gesagt, daß ich dieses Wort in Zukunft vermeiden möchte. Dies bedeutet aber keinen Abschied von der Aufgabe der Fortentwicklung des Dienstrechts. Wer dies meint, hat mich gründlich mißverstanden ... Ich möchte hier noch einmal wiederholen, daß es darum geht, die einzelnen Maßnahmen, die zur Fortentwicklung der Struktur des öffentlichen Dienstrechts notwendig sind, nüchtern und realistisch Punkt für Punkt durchzusetzen." (Alle Zitate aus der Rede Baums vor der Zentralen Beamtentagung des DGB am 10.3.80, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 28 vom 14.3.1980)

Als „Einzelvorhaben", die „im Rahmen dieser Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts verwirklicht" wurden, gelten: Bisher wird in einigen Dienststellen das neue einheitliche Beurteilungswesen des Bundesinnenministeriums erprobt. Das stößt auf erbitterten Widerstand der Beschäftigten. Als weiteres kündigt Baum „die Einführung einer erweiterten Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung" für die Beamten und Richter an, obwohl er wisse, daß „für die erweiterte Teilzeitregelung keine breite Zustimmung erreicht werden konnte". Als Zuckerbrot preist Baum das noch nicht verabschiedete „Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 1980", das für den mittleren Dienst ein neues Spitzenamt, nämlich die Besoldungsstufe A9 plus Zulage vorsieht. Allerdings soll damit zugleich die Probezeit verlängert werden, und während der Probezeit „wird die Besoldung leistungsorientiert nach A5 und A6 bzw. A9 und A10 differenziert."

Während Baums bisheriger Amtszeit ist, was die besondere Entrechtung der Beschäftigten durch die Verpflichtung auf die „freiheitlich demokratische Grundordnung" und die Grundsätze des Berufsbeamtentums angeht, kein weiterer Vorstoß versucht worden. Ganz offensichtlich stecken ihm die Niederlagen, die seine Vorgänger Genscher und Maihofer durch die Kämpfe der Bewegung gegen das Beamtenrecht und besondere Dienstrecht haben einstecken müssen, noch in den Knochen. Weniger Aufhebens, Punkt für Punkt, ist Baums Taktik.

Das Bundeskabinett hat am 17.1.1979 neue „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue" verabschiedet, die statt der Regelanfrage beim Verfassungsschutz solche Anfragen dann vorsehen, „wenn tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, daß der Bewerber nicht die Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erfüllt". Die Abschaffung des Beamtenrechts und besonderen Dienstrechts für Arbeiter und Angestellte muß erst noch erkämpft werden.



Programmlohn bei HDW: Die Einheit der Arbeiter wird erschwert

Mit der Fusion der Howaldtswerke Kiel und Hamburg und der Deutschen Werft beginnt auch die Einführung des Programmlohns in Kiel. In der Paneelhalle 1970, in der Profilhalle 1971, in der Brennerei 1973 sowie bei den Verformungsmaschinen und in der Plattenschmiede in den Hallen 1 und 2. Am 19.7.1974 wurde dann eine Betriebsvereinbarung über den Programmlohn abgeschlossen. Dies ermöglichte der Geschäftsleitung in Kiel, den Programmlohn auf alle Bereiche auszudehnen, „denn der Programmlohn „soll die augenblicklichen Leistungsvereinbarungen ablösen' (§ 1.1 Betriebsvereinbarung).

Bis jetzt sind 1417 Werker in Programmlohn und einige Abteilungen im Vorprogramm. In den nächsten 2 Jahren sollen sämtliche Bereiche mit Akkordentlohnung in den Programmlohn überführt werden. Wie die Arbeit und Entlohnung definiert wird, legt die Betriebsvereinbarung fest. Von der Arbeitsvorbereitung wird ein Programm erstellt, in dem die Ausfallzeit, Verteilzeit, Erholzeit, kleine Störzeiten und Wartezeiten, sowie Qualität und Leistung für mehrere Arbeiter enthalten sind.

Wird dieses Programm von den Werkern erreicht, so entspricht dies einer Entlohung von 100%. Diese 100% sind aufgeteilt nach einem Festbetrag von 80% und einem variablen Teil von 20%. Ist also das Verhältnis zwischen gebrauchter und Ist-Zeit größer als 1, sinkt der Lohn entsprechend um diesen Faktor. (Gebrauchte Zeit geteilt durch Ist-Zeit = 101% geteilt durch 100% = 1,01 Programmfaktor. Der Programmfaktor bedeutet 1% über der Programmzeit gleich 1% weniger Lohn.) Dieser variable Teil bildet somit das Werkzeug zur Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit.

In der Profilbearbeitung der Halle 3 ist es der Geschäftsleitung im letzten Monat gelungen, den Programmlohn auf 90% zu senken. Für die Kollegen auf 90% zu senken. Für die Kollegen bedeutet das eine Lohneinbuße zwischen 210 und 290 DM im Monat.

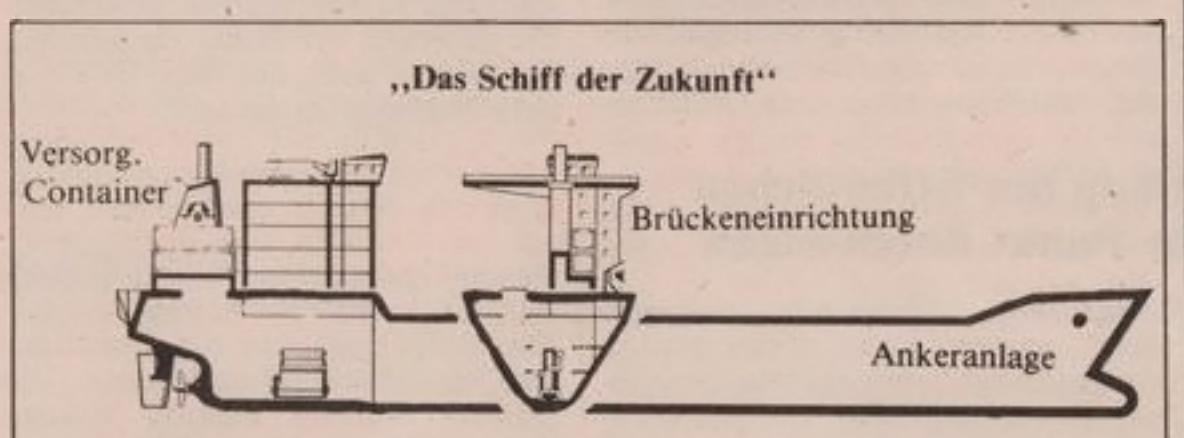
Gleichzeitig stellt sich für die Werker das Problem, daß keiner mehr sagen kann, ob ihre Leistung dem Programm entspricht. Ein Kollege aus dem Stellagenbau, in dem im letzten Jahr der Programmlohn eingeführt wurde, bemerkte: „Seit wir im Programmlohn arbeiten, machen wir immer mehr, aber nachrechnen können wir gar nichts!"

Dagegen gibt es das System der Fachvertreter. Diese Fachvertreter sind in allen Akkord- und Programmlohnbereichen vorhanden. Sie werden von den Kollegen genutzt, um gegenüber der Arbeitsvorbereitung bessere Akkord- und Programmzeiten durchzusetzen.

So ist es z.B. den Werkern in der Halle 6 gelungen, in der ständigen Auseinandersetzung um die Programmzeiten ihre 100% jeden Monat durchzusetzen. Das ist der Geschäftsleitung ein Dorn im Auge, weshalb sie in ihrem 7-Punkte-Programm zu den Strukturmaßnahmen die Fachvertreter abschaffen will.

Die Durchsetzung des Programmlohns gegen die Belegschaft konnte nur gelingen, weil erstens keine Erfahrungen von Seiten der Arbeiterbewegung vorlagen und zweitens die Kollegen im Durchschnitt 1.-DM die Stunde mehr verdienten als in der alten Entlohnung. Vergleicht man die derzeitigen Löhne im Akkord und im Programm, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Bei der Einstufung vom Akkord- in den Programmlohn wird vom Betriebsrat bei Lohngruppe 7 die Programmlohngruppe 17 angestrebt. Lohngruppe 7 sind 10,09 DM, Programmlohngruppe 17 sind 14,32 DM. Um also in der Lohngruppe 7 auf die gleiche Lohnhöhe zu kommen, müßte der Kollege 142% Akkord arbeiten. Der Akkorddurchschnitt auf der Werft liegt bei ca. 33% und in der Elektronik bei 22%.

Die Arbeitsleistung im Programmlohn wird vermittels Anwendung des Multi-Moment-Verfahrens errechnet. In zufällig ausgewählten, von den Werkern unkontrollierbaren Zeitabständen werden die Daten über die Arbeitsbedingungen, Qualität und Intensität der Arbeit durch reines Beobachten statistisch erfaßt. Schon die kleinste Veränderung dieser Daten, z.B. ein neues Schweißgerät, zusätzlicher Kran, andere Arbeitsmethode genügen zur Veränderung der festgelegten Programmzeitderung der festgelegten Programmzeitwerte und führt zur Steigerung der Arbeitshetze. Dagegen führen die Kollegen einen zähen Kampf. Keine Betriebsversammlung vergeht ohne Angriffe auf die Geschäftsleitung. Die Erfahrungen der Werker von HDW-Kiel haben dazu geführt, daß der Vertrauensleutekörper von HDW-Hamburg mehrheitlich sich gegen die Einführung des Programmlohns ausgesprochen hat und keine Verhandlungen darüber zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung geführt werden sollen.



HDW: Tradition in der Kriegsproduktion

Verläßliche Stütze für die Expansion seit 142 Jahren

r.san. 1838 wird in Kiel die Eisengießerei „Schweffel & Howaldt" gegründet. Bereits 10 Jahre später werden dort für die Errichtung der deutschen Flotte 2 Kanonen und 3000 Granaten hergestellt. 1871 wird Kiel neben Wilhelmshaven Reichskriegshafen. Die rasche Entwicklung der Reichsmarine bis zur Jahrhundertwende aufgrund der Kolonialkriege in Afrika ist Sprungbrett für die nun in eine AG umgewandelten Howaldtwerke: Die Kaiserl. Marine kommt den ständig wachsenden Aufträgen nicht mehr nach.

Mit Beginn des 1. Weltkrieges werden die Arbeiter für die Kriegsproduktion zu Überstunden gezwungen. Mit Kriegsende werden viele von ihnen entlassen.

1926 erwirbt der Reeder Diederichsen der „Swentine-Dock-Gesellschaft" das Aktienkapital in der Höhe von 200000 Mark der Howaldtwerke und nennt die neue Gesellschaft „Howaldtswerke AG". 1930 werden die Howaldtswerke AG, Abteilung Hamburg gekauft. 1938 beginnt die Kriegsproduktion für den 2. imperialistischen Weltkrieg: 1 Motortanker und 3 U-Boot-Begleitschiffe lassen die Howaldt-Kapitalisten bauen. Während des Krieges wird die Werft ausschließlich für die Kriegsproduktion verwandt. 1937 verkauft Diederichsen auf Veranlassen der Faschisten seinen Aktienbesitz an die „Deutsche Werke Kiel AG", ehemals Kaiserl. Werft. Die Faschisten wollen die Werft für die U-Boot-Produktion sowie für Bau und Reparatur von Kriegsfahrzeugen. In dem neuen Aufsichtsrat sitzen u.a. das Oberkommando der Kriegsmarine und die Commerzbank. Der Rückkauf der Wert erfolgt 1943.

Unmittelbar nach der Kapitulation werden die Hafenanlage und die zerstörte Werft von den britischen Truppen beschlagnahmt und vorrübergehend besetzt. Der Arbeiterklasse gelingt es, die Demontage zu verhindern. Um nicht wegen Terminverzögerungen durch Materialmangel ihren „guten Ruf" zu verlieren, zwingen die Howaldt-Kapitalisten die Arbeiter zu Überstunden und Sonntagsarbeit. Die Reprivatisierung der Werft ist von der Bourgeoisie sorgfältig geplant: 1952 kauft der Bund die Kieler Hütte AG und läßt für sie die Berechtigung zum Betrieb einer Schiffswerft eintragen. Diese kauft dann 1953 für fast 18 Mio. DM die Kieler Werke der Howaldtwerke. 1955 Fusion mit der Deutschen Werke Kiel AG, auf deren Trockendocks die Howaldt-Kapitalisten seit 1945 produzieren lassen. Mit Beginn des Aufbaus der Bundesmarine sichern sich die Howaldt-Kapitalisten gemäß ihrer Vergangenheit die Aufträge. Den Arbeitern hingegen gelingt es, führend im Schleswig-Holstein im Metallarbeiterstreik 1956 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durchzusetzen. 1959 übernimmt der staatliche Salzgitterkonzern die Kieler Howaldtwerke. In dem Jahr sind die Howaldtwerke größte Schiffswerft der Welt, 1966 liegen sie bereits auf dem 8. Platz und 1971 auf dem 11. Platz. Um der drückenden Konkurrenz durch Japan Paroli zu bieten, wird die Deutsche Werft in Hamburg 1972 in den Konzern eingegliedert und es erfolgt der Zusammenschluß zur „Howaldt Deutsche Werft AG" (HDW).

1978 haben die HDW-Kapitalisten von der Bremer Vulkan-Werft einen Untervertrag für den Bau von zwei Fregatten bekommen, und im Sonderschiffbau (Kriegsproduktion) nehmen sie gegenwärtig den ersten Platz im U-Bootbau für die Bundesmarine ein. Tradition verpflichtet.

Kapitalkonzentration und Diversifikation

Mit dem „Schiff der Zukunft" erneute Expansion ins Auge gefaßt

r.thc. Mit dem Absinken von HDW von Platz eins auf der Weltrangliste der Werften auf Platz neun von 1959 bis heute, hat sich der Konkurrenzkampf von HDW zusehends verschärft. Die japanischen Werften haben in dieser Zeit einen entscheidenden Produktivitätsfortschritt erreicht. Dies gelang vor allem durch frühzeitig von japanischen Regierungen forcierte Rationalisierungsfeldzüge, die eine enorme Verdichtung des Arbeitstages für die japanischen Werftarbeiter nach sich zogen. Genau in diesem Bereich konzentrieren sich die Anstrengungen der HDW-Kapitalisten.

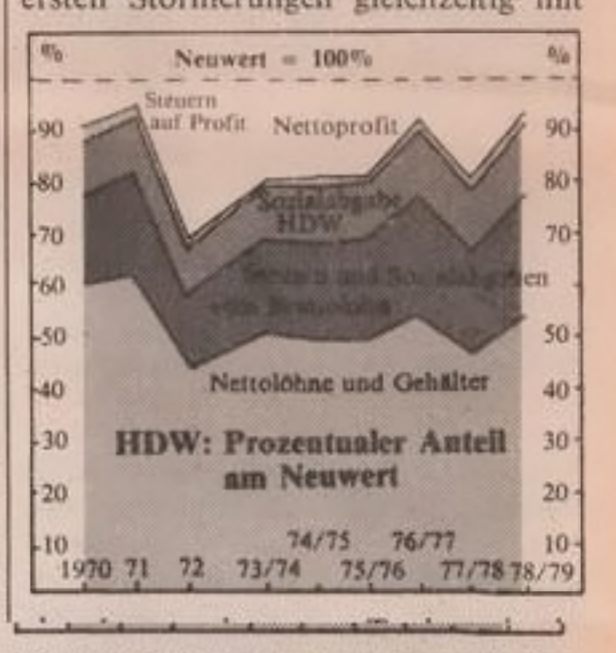
1979 hat der HDW-Vorstand ein „neues" Unternehmenskonzept vorgelegt, das vorsieht, Kapital zu konzentrieren (Stillegung vom Werk Diedrichsdorf, Kiel und Reduzierung im Werk Reiherstieg, Hamburg), um auf der anderen Seite über ein 100 Mill. DM Investitionsprogramm Kapital auf höherer Produktivitätsstufe einzusetzen. Dazu gehört im wesentlichen die Rationalisierung in der Fertigung. Die Montage der Sektionen beim Schiffbau soll weitgehend automatisiert werden, wobei an eine computergesteuerte Montagestraße gedacht ist. Die Bauweise ist bereits soweit vervollkommnet worden, daß die Sektionen vollständig ausgerüstet sind und im Dock nur noch zusammengesetzt werden brauchen. Auf diese Weise wurden gerade 3 Frachter hergestellt, deren Bauzeit so um ⅓ verkürzt werden konnte. Dennoch stieg der Preis pro BRT in den letzten vier Jahren von 1900 auf 5300 DM. Er liegt damit um gut ⅓ über dem Preis, den die japanischen Werften fordern. Um hier Abhilfe zu schaffen, soll das „durchlöcherte" Akkordsystem vollständig durch den Programmlohn ersetzt werden, um „Leistungsreserven der Mitarbeiter zu mobilisieren" (Henke). Siehe dazu nebenstehenden Artikel. Dieser Prozeß wird von der Bundes- und Landesregierung gefördert. 12,5% erhält HDW pro Neubau von der Neubausumme. Das sind für 1980 ca. 42 Mill. DM. Diese Gelder erhalten die Werften nur, wenn Rationalisierung und „Substanzerhaltung" garantiert werden. Zur Substanzerhaltung hat HDW für 16 Mill. DM, zur eigenständigen Schiffsausrüstung, die Firma Hagenuk mit 1400 Beschäftigten aufgekauft.

Konkurrenzvorteile erhoffen sich die HDW-Kapitalisten weiterhin über ein Diversifikationsprogramm. Mit dem Bau von Müllverbrennungsanlagen, Kühlanlagen sowie Offshorebetriebseinheiten (Ostseeöl!) soll der Markt ausgeweitet werden. So ausgerüstet wurde HDW ein Forschungsauftrag für das „Schiff der Zukunft" von der Bundesregierung übertragen. Ein Prototyp soll 1982 vom Stapel laufen (siehe Bild). Bei dem Bau dieses Schiffes kommt es auf eine weitgehende Standardisierung der einzelnen Schiffsteile an, so daß, je nach Verwendung, nur die Teile zum Massengut-, Stückgutoder Öltransport zusammengesetzt werden müssen. Garantiert werden soll eine 1-Mannbedienung aller wesentlichen Schiffsfunktionen wie Schiffsführung, Navigation sowie für An- und Vonbordeinrichtungen. Vorläufiges Ziel ist es diese Schiffe mit einer Größe von ca. 20000 BRT mit 10 bis 12 Mann Besatzung fahren zu lassen.

Allgemeine Daten HDW:

Arbeiter: 8519
Angestellte: 3319
Auszubildende: 869
Ausländer: .... über 20%
Umsatz 1979: .... 1039 Mill. DM
Aufsichtsrat: Ernst Pieper (Salzgitter), Dr. Jürgen Westphal, Rudolf Titzck (Wirtschafts- bzw. Finanzminister in S-H), Dr. Wilhelm Nölling, Hamburg.
Hauptprodukte: Schiffbau, U-bootbau, Schiffsausrüstung, Offshoretechnik, Müllverbrennung, Isoliertechnik, elektronische Schiffsausrüstung.
Kapitaleigner: 75% Salzgitter AG, 25% Land Schleswig-Holstein.

Im Schaubild sind die Bestandteile dargestellt, aus denen sich der Neuwert, der bei HDW Jahr für Jahr entsteht, zusammensetzt. Es zeigt deutlich die Krise, in der sich die HDW-Kapitalisten befinden: der Anteil des Nettoprofits sinkt tendenziell. Nachdem 1971 ein Minimum von 6,9% erreicht hat, wurde durch die Fusion mit der Deutschen Werft, Hamburg, eine Wende erreicht. Die neugeschaffenen Kapazitäten konnten kurzfristig die Produktivität erhöhen (Großtankerbau im 1 Mio.-Tonnen-Dock). Allerdings kommt es bereits kurze Zeit später zu ersten Stornierungen gleichzeitig mit



der Ansammlung von Tankern in der Geltinger Bucht. Der jetzt vorhandene hohe Anteil an konstantem Kapital bei sinkendem Neuwert drückt auf den Profit. Die Bundesregierung und Landesregierung schreitet mit Werfthilfeprogrammen ein (77/78). Deutlich sichtbar ist der sich in 8 Jahren fast verdoppelnde Anteil an Steuern vom Bruttolohn vom Neuwert.

